



15 | 2010

63. Jg., 31.–32. KW, 13. August 2010

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

Gabriel Felbermayr, Eckhard Janeba, Holger Görg, Ansgar Belke, Michael Pflüger und Stefan Ebner

- Schadet Deutschlands Exportpolitik den Nachbarn?

Daten und Prognosen

Erich Gluch und Ludwig Dorffmeister

- Europäischer Wohnungsbau: Wird Deutschland das Zugpferd?

Matthias Balz

- Branchen im Blickpunkt: Das Brauereigewerbe

Im Blickpunkt

Jana Lippelt

- Kurz zum Klima: Das Ozonloch – ein vergessenes Problem?

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifode.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Dr. Christa Hainz, Annette Marquardt, Dr. Chang Woon Nam,
Dr. Gernot Nerb, Dr. Wolfgang Ochel.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

Schadet Deutschlands Exportpolitik den Nachbarn?

3

In den letzten Monaten stand das deutsche »Exportmodell« in der Kritik. Die deutschen Überschüsse seien mitverantwortlich für die Defizite der Nachbarländer und schaden den Handelspartnern, lautet der Vorwurf. Ist diese Einschätzung gerechtfertigt? Für *Gabriel Felbermayr*, Universität Hohenheim, entbehren die Behauptungen einer soliden Grundlage. Dies bedeute nicht, dass die Ungleichgewichte nicht Anlass zu Sorge bieten, doch das fundamentale Problem liege in den Finanzmarktinstitutionen, und nicht auf den Güter- oder Arbeitsmärkten, und es handele sich dabei auch nicht um ein Problem »made in Germany«. Eine »wirkliche« Exportpolitik Deutschlands im Sinn der klassischen Instrumente der Exportförderung gebe es nicht, der Vorwurf laute eher, dass Deutschland durch seine Arbeitsmarktpolitik indirekt Exportpolitik betreibe und durch die Lohnzurückhaltung seine Wettbewerbsfähigkeit auf unfaire Weise und zum Schaden der Nachbarn verbessert hätte. Aber langfristig führen Arbeitsmarktreformen in einem Land zu geringer Arbeitslosigkeit bei den Handelspartnern. Allerdings wirken, laut Felbermayr, Fehlanreize aus dem »De-facto-Haftungsverbund Währungsunion« in Deutschland wie eine Exportförderungspolitik, nutzen aber den Nachbarn und schaden den Deutschen. Nach Ansicht von *Eckhard Janeba*, Universität Mannheim, ist Deutschland zwar auf makroökonomischer Ebene kein Vorwurf zu machen, da die maßvolle Haushaltspolitik den langfristigen konstitutionellen Vorgaben entspricht. Gleichwohl habe der deutsche Staat – und nicht nur dieser – auf mikroökonomischer Ebene Politikentscheidungen getroffen, die sich in Handelsverzerrungen niederschlagen. Dies zu ändern, wäre eine Aufgabe für die deutsche Politik. *Holger Görg*, Universität Kiel, betrachtet die Frage von der Eben der Firmen aus. Eine relativ kleine Anzahl von Firmen zeichnet verantwortlich für einen Großteil der deutschen Exporte. Dies sind hochproduktive Unternehmen, die im ausländischen Wettbewerb bestehen können. Für Importeure gilt jedoch genau das Gleiche: es sind relativ wenige, und sie sind hochproduktiv. Durch Importe kommt neue Technologie ins Importland, die von diesen einheimischen Firmen angewendet werden kann. Wenn nun beispielsweise Frankreichs Exporte nicht so sind, wie von Regierungsseite gewünscht, liegt das zu einem gewissen Teil mit an den beteiligten Unternehmen. Diese könnten durchaus von Importen profitieren, indem sie Zugang zu Technologie bekommen. *Ansgar Belke*, Universität Duisburg-Essen, verdeutlicht, dass die Exporterfolge Deutschlands auf Wettbewerbsvorteilen, die man sich durch Innovationen, technischen Fortschritt und einer moderaten Lohnpolitik über Jahre hinweg erarbeitet hat, beruhen. Deutschland sei an den Weltmärkten in erster Linie bei Investitionsgütern führend. Diese Produkte würden von Spanien, Portugal oder Griechenland nicht in vergleichbarer Qualität hergestellt, von daher gehen für diese Länder auch keine Marktanteile verloren. Außerdem habe Deutschland durch sein Exportmodell auch die Rolle einer *europäischen Konjunkturlokomotive* ausgefüllt, da seine hohen Exporte als Vorleistungen auch regelmäßig hohe Importe nach sich ziehen. Deutschlands Exporte nützen also den Nachbarn gegenwärtig mehr, als sie ihnen schaden. Dennoch sollte Deutschland durch Erhöhung seiner Kaufkraft Verantwortung für die Rückführung der Leistungsbilanzungleichgewichte in der Eurozone übernehmen – am besten durch eine stärkere Flexibilisierung seines Dienstleistungssektors und eine Senkung der Lohnnebenkosten. Auch *Michael Pflüger* und *Stefan Ebner*, Universität Passau, sehen vor allem hausgemachte Ursachen für die Spannungen innerhalb des Euroraums. Richtig sei jedoch, dass die – wohlbegründete – Lohnzurückhaltung, die in den letzten Jahren in Deutschland geübt wurde, den europäischen Nachbarn kontraktive Impulse und Anpassungslasten beschert habe. Angesichts der gegenwärtigen Lage der Weltkonjunktur fordere die amerikanische Administration von Deutschland zu Recht stärkere Impulse für die Weltkonjunktur.

Daten und Prognosen

Nur langsame Erholung im europäischen Wohnungsbau – wird Deutschland das Zugferd?

Ausgewählte Ergebnisse der Euroconstruct-Sommerkonferenz 2010

25

Erich Gluch und Ludwig Dorffmeister

Bereits 2008 und 2009 erlebte der europäische Wohnungsbau kräftige Einbußen. In diesem Jahr dürfte dieser Baubereich ebenfalls schrumpfen, wenn auch »nur« um rund 3%. 2011 und 2012 wird ein Erholungsprozess mit Wachstumsraten von 2^{1/2} bzw. 3^{1/2}% einsetzen. Die Zahl der Wohnungsfertigstellungen wird dieser Entwicklung nur mit einigem Abstand folgen: Die voraussichtlich knapp 1,5 Mill. fertiggestellten Wohnungen 2012 dürften nämlich nur unwesentlich über dem Ergebnis dieses Jahres liegen. Wesentliche Beiträge dürften dabei vor allem von Deutschland und Spanien kommen.

Branchen im Blickpunkt: Das Brauereigewerbe

Temporär in der Gunst des heißen Sommerwetters und der Begeisterung in Deutschland für die Fußball-Weltmeisterschaft

37

Matthias Balz

Nachdem für den Mai 2010 noch gemeldet wurde, dass der Bierabsatz in Deutschland auf den niedrigsten Maiwert seit 1993 gesunken sei, konnte das Brauereigewerbe in den Folgemonaten aufatmen. Die Begeisterung über die Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika und der außergewöhnlich heiße Sommer sorgten für ein Hoch beim Bierabsatz in Deutschland. Nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests machte der gesamte Getränkebereich im Juli 2010 in Deutschland einen außergewöhnlich großen Produktions- und Absatzsprung.

Im Blickpunkt

Kurz zum Klima: Das Ozonloch – ein vergessenes Problem?

40

Jana Lippelt

Im September 2009 ratifizierte Timor-Leste (Osttimor) als letztes von 196 Ländern das »Montreal-Protokoll über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen«. Das Protokoll von 1987 stellt damit das bedeutendste multilaterale Umweltabkommen und die erste internationale Vereinbarung dar, die eine weltweite Ratifizierung erlangte. Die Problematik des Ozonlochs ist inzwischen weitgehend aus der öffentlichen Debatte verschwunden. Mehr als 20 Jahre nach dem Montrealer Abkommen ist die Wissenschaft jedoch zu neuen Erkenntnissen über die Zusammenhänge zwischen Ozonloch und Klimawandel gelangt. Der Artikel gibt einen Überblick über die Bedeutung des Ozonlochs für Umwelt und Klima und diskutiert Politikmaßnahmen zur Abschaffung ozonschichtschädigender Substanzen.

In den letzten Monaten stand das deutsche »Exportmodell« in der Kritik. Die deutschen Überschüsse seien mitverantwortlich für die Defizite der Nachbarländer und schaden den Handelspartnern, lautet der Vorwurf. Ist diese Einschätzung gerechtfertigt?

Schadet Deutschlands Exportpolitik den Nachbarn?

Europa zerfällt in zwei Blöcke: Länder, die wie Deutschland Außenhandelsüberschüsse aufweisen (z.B. Österreich, Niederlande, Schweiz, aber auch Belgien und Tschechien), und solche mit negativen Saldi (wie etwa Frankreich, Großbritannien, Polen oder Spanien).¹ Es handelt sich dabei nicht etwa um eine konjunkturelle Erscheinung, sondern um ein langfristiges, strukturelles Problem. Die Bruchlinie läuft quer durch die EU, aber auch durch die Gruppe der Euroländer. Und die Zahlen sind durchwegs beeindruckend. Der deutsche Außenhandelsüberschuss lag 2008 bei 7,1% des Bruttoinlandsprodukts. Vorläufige Zahlen für 2009 zeigen einen nur unwesentlich kleineren Überschuss.

In der wirtschaftspolitischen Debatte scheint in den letzten Monaten die Idee Platz gegriffen zu haben, dass, erstens, die deutschen Überschüsse *verantwortlich* seien für die Defizite der Nachbarländer und dass, zweitens, bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen Deutschlands auf *unfaire* Weise zu der gegenwärtigen Situation geführt hätten. Beide Behauptungen entbehren einer soliden Grundlage. Dies bedeutet nicht, dass die Ungleichgewichte nicht Anlass zu Sorge bieten, doch das fundamentale Problem liegt in den Finanzmarktinstitutionen, und nicht etwa auf den Güter- oder Arbeitsmärkten, und es handelt sich dabei nicht um ein Problem made in Germany.

Hat Deutschland eine Exportpolitik?

Vor einer näheren Diskussion muss zunächst gefragt werden: Hat Deutschland

überhaupt eine Exportpolitik? Die Instrumente der klassischen Außenhandelspolitik stehen in einer Zollunion mit gemeinsamem Binnenmarkt wie der EU einem einzelnen Mitgliedsland nicht zur Verfügung. Über potentiell wettbewerbsverzerrenden Subventionen wacht die Kommission, und die Währungsunion verhindert eine Manipulation des nominellen Wechselkurses. Nur wenige direkte Exportförderungsinstrumente wie z.B. Exportkreditgarantien (Hermes-Deckung) oder die Förderung von Auslandsmessen sind legitim. Diese sind allerdings entweder für den innereuropäischen Handel irrelevant oder, gemessen am Fördervolumen, unbedeutend.

Es drängt sich also der Verdacht auf, dass es keine wirkliche Exportpolitik Deutschlands gibt, jedenfalls dann nicht, wenn man die Analyse auf die klassischen Instrumente der Exportförderung beschränkt. Auf diese zielt die aktuelle Debatte, angestoßen durch die französische Finanzministerin Lagarde in einem Interview mit der Financial Times am 16. März dieses Jahres, aber auch gar nicht ab. Eher geht es um den Vorwurf, dass Deutschland durch seine Arbeitsmarktpolitik indirekt Exportpolitik betreibt. Es wird suggeriert, dass die deutsche Lohnzurückhaltung als Konsequenz der Hartz-IV-Reformen die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf unfaire Weise und zum Schaden der Nachbarn verbessert hätte.

Hartz IV und die Wettbewerbsfähigkeit

Die EU-Mitglieder haben, im Gegensatz zur Industriepolitik, in der Arbeitsmarktpolitik weitgehende Autonomie. Und Deutschland hat im Vergleich zu manch



Gabriel Felbermayr*

¹ Daneben gibt es eine Reihe von Ländern mit nahezu ausgeglichenen Außenhandelspositionen, z.B. Italien.

* Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D., lehrt am Institut für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Außenwirtschaft, an der Universität Hohenheim.

anderen EU-Ländern diese Autonomie für Reformen genutzt. Die Hartz-IV-Reformen haben das Lohnanspruchsniveau für wenig qualifizierte Arbeitnehmer gesenkt. Sie haben die Gewerkschaften zu einer stärker beschäftigungsorientierten Lohnpolitik veranlasst. All dies hat die tatsächlichen Lohnzuwachsrate gesenkt.

In der modernen Literatur zu friktionellen Arbeitsmärkten ist eine Reduktion des Lohnanspruchsniveaus nicht zwingend wohlfahrtssteigernd. Der Wohlfahrtseffekt hängt von der Verteilung der Verhandlungsmacht zwischen den Tarifparteien und von technologischen Parametern ab. Hohe Arbeitslosigkeitsraten (jenseits von 5%) sind in dieser Modellwelt aber eine klare Indikation von Ineffizienz. Insofern besteht wenig Zweifel daran, dass die Hartz-IV-Reformen die deutsche Wohlfahrt wirklich erhöht haben. Durch höhere Beschäftigung ist das Pro-Kopf-Einkommen der Deutschen gestiegen, obwohl das Lohnanspruchsniveau und die realen Durchschnittslöhne gefallen bzw. stagniert sind.

Niedrigere Arbeitskosten führen *ceteris paribus* zu geringeren relativen Lohnstückkosten. Die empirische Evidenz zeigt, dass die Außenhandelsaldi mit eben diesen relativen Lohnstückkosten korreliert sind (vgl. Mongelli und Wyplosz 2009). Weil die Arbeitsmarktpolitik die Lohnstückkosten beeinflusst, ist klar, dass Hartz IV eine Rolle für die europäischen Ungleichgewichte gespielt haben könnte.

Schadet Deutschlands Lohnzurückhaltung den Nachbarn?

Im einfachsten Analyse Rahmen ist die Antwort auf obige Frage einfach: Nein. Der Grund ist, dass exogen geringere Lohnkosten in Deutschland den Nachbarn zum Vorteil gereichen, indem sie deutsche Exporte günstiger machen und damit dem Ausland zu einer Terms-of-trade-Verbesserung verhelfen.

Dieses Argument bleibt im Kern bestehen, wenn realistischere Modelle betrachtet werden, in denen Handel nicht auf Ausstattungsunterschiede zwischen Ländern, sondern auf Produktdifferenzierung und sektorale Produktivitätsunterschiede zurückzuführen ist. Wenn eine wohlfahrtssteigernde Reform des Arbeitsmarktes in Deutschland zu einer Reduktion der Arbeitslosigkeit und zu einem Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens im Vergleich zu einer Situation ohne Reform führt, dann profitieren die Nachbarn. Wenn der Einkommensanstieg in den Konsum geht, dann steigt auch die Nachfrage Deutschlands nach Erzeugnissen der Nachbarn. Die Terms of trade der Nachbarn verbessern sich, und die Wohlfahrt dort steigt. In der Regel wird dies sogar dazu führen, dass die Arbeitslosigkeit bei den Nachbarn sinkt. Dieses Argument wird in unterschiedlichen Modellrahmen von Felbermayr, Larch und Lechthaler (2009)

und Egger, Egger und Markusen (2009) gezeigt. Wenn der Einkommensanstieg gespart und nicht verkonsumiert wird, dann nimmt das Angebot an Ersparnis auf dem Finanzmarkt zu. Die Nachbarn profitieren nun durch die günstigere Verfügbarkeit von Kredit, zumindest wenn sie Nettoschuldner sind. Ganz ähnliche Ergebnisse würde man übrigens in Modellen erwarten, in denen nicht die Arbeitsmarktinstitutionen verbessert werden, sondern die Arbeitsproduktivität steigt.

Wenn Handel aufgrund von Ausstattungsunterschieden stattfindet, gibt es allerdings ein Gegenargument. Im Heckscher-Ohlin-Modell spezialisiert sich das kapitalreiche Land (Deutschland) auf kapitalintensive Güter, die es exportiert. Wenn nun die Arbeitslosenunterstützung fällt und die Beschäftigung steigt, sinkt die effektive Kapitalausstattung des Landes relativ zur Beschäftigung. Der komparative Vorteil bei den kapitalintensiven Gütern schrumpft und jener bei den arbeitsintensiven Gütern steigt. Deutschland produziert mehr von den arbeitsintensiven Gütern selbst; seine Importnachfrage fällt, und seine Terms of trade verbessern sich. Das Ausland wird schlechter gestellt.² Das Problem bei dieser Betrachtung ist, dass das Heckscher-Ohlin-Modell des *intersektoralen* Handels für den europäischen Binnenhandel empirisch bedeutungslos ist. In keiner bilateralen Handelsbeziehung der Welt ist der Anteil von *intra*sektoralen Handel größer als zwischen Deutschland und Frankreich.

Empirische Ergebnisse in Felbermayr, Larch und Lechthaler (2009) zeigen, dass in der langen Frist und im Durchschnitt Arbeitsmarktreformen in einem Land zu geringer Arbeitslosigkeit bei den Handelspartnern führen und dass dies unabhängig von Ausstattungsunterschieden geschieht. Es ist also auch empirisch so, dass Reformen in einem Land den Nachbarn tendenziell nutzen.

Reformstau bei den Nachbarn schadet Deutschland

Aus den empirischen Resultaten folgt, dass ein Reformstau in einem Land seinen Handelspartnern schadet. Wenn im Ausland das Lohnniveau künstlich hochgehalten wird, so dass die Arbeitslosigkeit über dem effizienten Niveau liegt, dann ist das Pro-Kopf-Einkommen dort niedriger, als es sein müsste. Genauso wie Arbeitsmarktreformen in Deutschland den Nachbarn nutzen, würden Reformen bei den Nachbarn den Deutschen nutzen. Die Datenlage steht also im Widerspruch zu der von Frau Lagarde bemühten Vorstellung. Nicht Deutschland schadet mit seinen Reformen seinen Partnern, sondern der Reformstau bei den Nachbarn schadet allen.

² Diese Möglichkeit wird z.B. in Helpman und Itskhoki (2010) diskutiert.

Häufig vernimmt man die Idee, dass eine Senkung des Lohnanspruchsniveaus in einem Land die Nachbarn ebenfalls zu Sozialabbau *zwingt* und dass dies zu einer Situation führt, die insgesamt zu ineffizient geringen Lohnersatzleistungen führt. Genau das Gegenteil scheint der Fall zu sein: Wenn Deutschland seinen Arbeitsmarkt reformiert, so dass sein Pro-Kopf-Einkommen steigt, dann sinken die Anreize im Ausland, es ihm gleich zu tun. Der Grund ist, dass das Ausland von den deutschen Reformen profitiert, auch wenn es selbst keine Änderungen durchführt. Wenn Reformen in den Nachbarländern politisch schwierig durchzusetzen sind, besteht die Gefahr, dass das Vorpreschen Deutschlands diese Reformen letztendlich weiter verzögert, weil die Dringlichkeit sinkt.

Wir haben es also nicht mit einem »race to the bottom« zu tun, in dem Reformen strategische Komplemente sind (reformiert ein Land, steigen die Anreize in den andern, auch zu reformieren), sondern mit dem Gegenteil. Arbeitsmarktreformen, so suggeriert es jedenfalls der empirische Befund, sind strategische Substitute: wenn ein Land reformiert, sinken anderswo die Anreize.

Könnte Deutschland sich durch seine ehrgeizigen Reformen selbst geschadet haben? Dies ist theoretisch durchaus möglich, wenn es damit Reformen in den Nachbarländern nachhaltig unwahrscheinlich gemacht hat. Allein, realistisch ist dies nicht. Die empirischen Resultate für die eng verflochtene Gruppe der reichen OECD-Staaten zeigen, dass der Nutzen einer Reform zwar auch den Nachbarn zu Gute kommt, dieser Effekt allerdings um eine Größenordnung kleiner ist als der Effekt auf die eigene Arbeitslosigkeit. Es wäre immer noch besser – und zwar für alle einzeln – wenn die sinnvollen Arbeitsmarktreformen überall durchgeführt werden würden.

Die oben angeführten Argumente können zur Erklärung von Außenhandlungsungleichgewichten beitragen. Nehmen wir an, es gibt Länder, die die notwendigen Reformen der Arbeitsmarktinstitutionen auf die Zukunft verschoben haben. Dann folgt aus der intertemporalen Außenhandelstheorie, dass diese Länder in der Gegenwart Außenhandlungsdefizite aufweisen sollten und Länder mit effizienteren Institutionen Außenhandlungsüberschüsse. Die Reformverweigerer verschulden sich mit dem Versprechen, in der Zukunft jene Reformen durchzuführen, die ihnen die Rückzahlung der Schulden erlauben werden.

Die Währungsunion als deutsche Exportförderungsinstitution

Nun ist es aber so, dass der deutsche Außenhandlungsüberschuss zwischen 1999 und 2002 besonders stark gestiegen ist und seither auf relativ hohem Niveau verharrt. Die

Hartz-IV-Gesetze traten aber erst 2005 in Kraft. Exportpolitik, die über den Arbeitsmarkt operiert, scheint die Dynamik des Außenhandlungs saldo also nicht zu erklären. Vielmehr ist es augenscheinlich, dass der Anstieg der Nettoexporte zeitlich mit der Einführung des Euro zusammenfällt. Der Anstieg der Nettoexporte zu diesem Zeitpunkt ist zu einem großen Teil durch höhere Exporte in die Eurozone zu erklären (2000 war Frankreichs Außenhandlungsposition im Aggregat ausgeglichen; 2008 hat Deutschland mit keinem anderen Land größere Überschüsse als mit Frankreich). Beide Länder haben mit Ländern außerhalb Europas insgesamt sehr viel ausgeglichener Außenhandlungs saldi. Es liegt also nahe zu vermuten, dass die Einführung des Euro ursächlich mit den beobachteten Ungleichgewichten zu tun hat.

Vor der Währungsunion spiegelte sich das Risiko, dass einzelne Länder zahlungsunfähig (oder: -unwillig) werden könnten, in Zinsaufschlägen auf Staatsanleihen wider. Nach der Währungsunion verschwanden diese nahezu, obwohl die Währungsunion *an sich* die Bonität der Schuldner nicht verändern hätte sollen. Es sei denn, es wurde damit ein Haftungsverbund über alle teilnehmenden Länder instituiert. Dann müssten sich die Zinsen angleichen. Genau das ist passiert. Die Märkte gingen von einem De-facto-Haftungsverbund aus und betrachteten gegenteilige Beteuerungen für nicht glaubwürdig. Es kam mithin zu einer Subventionierung der Kreditaufnahme in Ländern geringerer Bonität durch Länder mit höherer Bonität (allen voran Deutschland). Deutsche Kapitalabflüsse finanzierten die Außenhandlungsdefizite mancher Nachbarn (und tun das immer noch) und sind buchhalterisch zwingend mit Nettoexporten Deutschlands verbunden. Man kann also die von Deutschland mitgestaltete Währungsunion als Exportförderungsprogramm betrachten, weil sie zu Kapitalabflüssen aus Deutschland geführt hat. Wurden dadurch die Nachbarn beschädigt? Nein. Ganz im Gegenteil. Durch den nun de facto schlagend werdenden Haftungsverbund kommt es zu einem Transfer. Die bisher implizite Subventionierung Länder schlechterer Bonität wird nun explizit. Im Gegensatz zum Fall der Hartz-IV-Gesetze hat Deutschland von dieser Subventionierung allerdings nichts. Es wäre besser gewesen, Deutschland hätte seine Ersparnisse nicht exportiert, sondern im Inland verkonsumiert oder investiert. Dann wären die Nettoexporte geringer, aber die Wohlfahrt höher. Dies heißt nun aber nicht, Deutschland wäre mit einer Erhöhung seiner Staatsverschuldung besser daran. Diese würde die fundamentale Distorsion, nämlich die Fehlpreisung von Risiken durch ein falsches Design der Währungsunion, nicht neutralisieren.³

Zusammenfassung

Schadet die deutsche Exportpolitik den Nachbarn? Eine explizite deutsche Exportförderungs politik existiert nicht. Die

³ Diese Sicht findet sich auch in Fuest et al. (2010).

Hartz-IV-Reformen in Deutschland haben in der Tat die Wettbewerbsfähigkeit erhöht und können als implizite Exportförderung verstanden werden. Die Reformen nutzen aber den Nachbarn genauso wie den Deutschen. Die Vorstellung, dass es den Nachbarn besser gehen könnte, wenn Deutschland weiterhin der kranke Mann in Europa wäre, ist geradezu grotesk. Das bedeutet aber nicht, dass alles in Ordnung ist. Die Fehlanreize aus dem De-facto-Haftungsverbund Währungsunion wirken in Deutschland wie Exportförderungs politik, nutzen den Nachbarn und schaden den Deutschen. Wenn die wirtschaftspolitische Reaktion auf die Ungleichgewichte darin besteht, die Löhne in Deutschland künstlich wieder über das effiziente Niveau zu heben, werden alle Länder beschädigt. Vielmehr muss sich die Politik einer Reform des Eurosystems widmen und das Design der Währungsunion grundlegend überdenken.

Literatur

- Egger, H., P. Egger und J. Markusen (2009), »International Welfare and Employment Linkages Arising From Minimum Wages«, NBER Working Paper 15196.
- Felbermayr, G., M. Larch und W. Lechthaler (2009), »Unemployment in an Interdependent World«, CESifo Working Paper 2788.
- Fuest, C., W. Franz, M. Hellwig und H.-W. Sinn (2010), »Zehn Regeln zur Rettung des Euro«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18. Juni, 10.
- Helpman, E. und O. Itskhoki (2010), »Labour Market Rigidities, Trade and Unemployment«, *Review of Economic Studies* 77(3), 1100–1137.
- Mongelli, F. P. und C. Wyplosz (2009), »Unfulfilled Threats and Unexpected Challenges«, in: B. Mackowiak, F.P. Mongelli, G. Noblet und F. Smets (Hrsg.), *The Euro at Ten – Lessons and Challenges*, European Central Bank, Frankfurt am Main, 24–57.



Eckhard Janeba*

Exportweltmeister Deutschland – gewinnen wir auf Kosten anderer Länder?

Hallo, wir sind »Weltmeister« – Niemand hat beim Export eine so rasante Steigerung wie Deutschland. Das sollte doch ein Trost sein – trotz des schmerzhaften 0:1 gegen Spanien. Diese bizarre Schlagzeile kann man sich nicht ausdenken, sie ist Realität. Die Rhein-Neckar Zeitung titelte so am 9. Juli 2010 auf ihrer Frontseite kurz nach dem Verlust des Fußball WM-Halbfinals gegen Spanien. Die Schlagzeile zeigt beispielhaft, welcher Natur der Diskurs in den Medien über ökonomische Sachverhalte ist und wofür ökonomische »Erfolge« mittlerweile erhalten müssen. Aber der Reihe nach. Gesellschaftliche Identität und identitätsstiftende Ereignisse sind wichtig, gerade in einer wirtschaftlichen Krisensituation, wie sie die Welt seit Jahrzehnten nicht gesehen hat.¹ Der Fußball kann dies bedienen. Aber die Exportstatistik? Wohl kaum. Schlimmer wiegt jedoch, dass mit der suggerierten Substitution zwischen Fußballerfolgen und Handelsbilanzüberschüssen (bzw. deren Steigerung) ökonomische Einsichten auf den Kopf gestellt werden. Es lohnt sich, diese Einsichten in Erinnerung zu rufen.

Erstens: Fußballspiele sind Nullsummenspiele, Außenhandel nicht. Im WM-Halbfinale kann nur Spanien oder Deutschland gewinnen, aber nicht beide. Außenhandel jedoch ist in der Regel ein »Spiel«, bei dem beide Seiten gewinnen (auf mögliche Ausnahmen kommen wir noch zu sprechen). Es handelt sich um einen Tausch über Grenzen, der darauf basiert, dass jede Seite etwas exportiert, was sie relativ günstig produzieren kann, um etwas zu importieren, was die andere Seite relativ günstig herstellt. Die Idee der komparativen Kostenvorteile ist so alt wie die

* Prof. Eckhard Janeba ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft und Wirtschaftspolitik, an der Universität Mannheim.

¹ Neuere Studien untersuchen den Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrise und politischem Extremismus (vgl. Brückner und Grüner 2010).

Nationalökonomie selbst und ist in ihren Grundzügen nach wie vor richtig.

Zweitens: Gewinne beim Fußball mögen Identität und positive Gefühle stiften, zumindest kurzfristig. Handelsbilanzüberschüsse haben aber keinen ökonomischen Wert an sich. Nutzen oder Wohlbefinden wird durch Konsum von Gütern (und den vielen anderen schönen Dingen des Lebens) generiert. Ein Exportüberschuss zeigt aber nur an, dass ein Land in einem gegebenen Jahr mehr produziert als konsumiert, weil es eine höhere Präferenz für zukünftigen Konsum hat, und dass der Rest der Welt sich umgekehrt verhält. Dieses klappt auf Dauer nur, wenn die dadurch entstehenden nationalen Vermögenszuwächse des Exportlandes irgendwann wieder abgebaut werden, in dem das ursprüngliche Exportland dann zum Importland wird, denn kein Land kann auf lange Frist immer mehr konsumieren als produzieren. Wie lange die lange Frist sein wird ist nicht klar, mitunter aber sehr lang. Die Tatsache, dass Deutschland schon seit Jahrzehnten einen Handelsbilanzüberschuss aufweist, mag das als Naturgesetzmäßigkeit erscheinen lassen, aber dem ist nicht so.

Drittens: Die deutsche Fußballnationalmannschaft spielte bei der WM besser, als viele erwartet hatten, und steigerte sich bis zum Halbfinale. Diese positive Änderung ist schön, zeigt aber auch, dass der Bezugspunkt ein niedriges Niveau an Erwartungen oder tatsächlichen Leistungen war. Das Zitat aus der Rhein-Neckar-Zeitung zur *Änderung* der deutschen Exporte ist in dieser Hinsicht richtig und gleichzeitig irreführend. Richtig ist die Analogie insofern, als dass sich die Exporte (und Importe!) in Deutschland im Vergleich zum Tiefststand in 2009 stark erholt haben (vgl. BMWi 2010). Die Analogie ist irreführend, denn sie gibt die starke prozyklische Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft wider. Im Aufschwung wachsen die deutschen Exporte stärker als in den meisten anderen Ländern, aber im Abschwung fallen sie auch kräftiger. Allerdings überträgt sich die Verbesserung der Exporte nicht eins zu eins in eine Erhöhung des BIP. Dies gilt insbesondere für Deutschland, da nur ein Teil der Wertschöpfung deutscher Exporte in Deutschland selbst generiert wird, und ein beachtlicher Teil durch Importe von Vor- und Zwischenprodukten aus dem Ausland erfolgt (vgl. Sinn 2006). Dies schwächt die Prozyklizität ab, aber nur zum Teil.

Determinanten der Leistungsbilanz

Deutschland sollte sich also nicht über Exportüberschüsse an sich freuen. Wie sieht es mit der Gegenseite aus, also den Ländern insbesondere in Südeuropa, die Importüberschüsse aufweisen? Nach der Logik der obigen Argumentation müsste dies an sich ebenfalls unproblematisch sein. Deshalb überrascht es, wenn gewichtige Stim-

men wie die französische Finanzministerin Christine Lagarde im März 2010 und wiederholt Nobelpreisträger Paul Krugman Deutschland vorwerfen, zu wenig für die internationale Erholung der Wirtschaft zu tun und durch den Exportüberschuss sich auf Kosten der Importüberschussländer insbesondere in Südeuropa zu regenerieren. Die Logik des Vorwurfs ist subtiler als die obigen Argumente, da Deutschland hier eine aktive Politik unterstellt wird. Es lohnt sich, diesen Vorwurf näher zu untersuchen und der Frage nach Ursachen von Handelsbilanzüberschüssen nachzugehen.

Eine mögliche Erklärung für Handelsbilanzüberschüsse sind Wechselkursmanipulationen, also eine künstliche Unterbewertung der heimischen Währung, um die Exportfähigkeit der eigenen Wirtschaft zu fördern. Dieses Argument hat in bestimmten Fällen seine Richtigkeit. Der Vorwurf eines manipulierten Handelsüberschusses wird von den USA gegenüber China häufig erhoben. In diesem Fall sind die USA das Land mit einem riesigen Handelsbilanzdefizit und China das Land mit dem Exportüberschuss, gerade bilateral mit den USA. Es spricht manches dafür, dass die chinesische Zentralbank in der Tat den Renminbi unterbewertet.² Wenn zusätzlich das Importland den eigenen Gegenwartsverbrauch hochhält, wird der daraus resultierende Außenhandel möglicherweise sogar gegen die komparativen Kostenvorteile geführt, was für alle Beteiligten wohlfahrtsmindernd ist (vgl. Deardorff 2010). Für Deutschland kann dieses Argument nicht greifen. Der Handelsbilanzüberschuss Deutschlands mit den südeuropäischen Ländern kann nicht das Ergebnis eines manipulierten nominalen Wechselkurses sein, da diese Länder alle den Euro als gemeinsame Währung benutzen.

Abseits der nominalen Wechselkurse kann ein Land einen niedrigen realen Wechselkurs haben, nämlich dann, wenn die realen Produktionskosten niedrig sind. Hier hat Deutschland in der Tat in den vergangenen Jahren durch Lohnzurückhaltung seine Wettbewerbsfähigkeit verbessert. Allerdings lässt sich daraus kein Vorwurf stricken. Die Lohnstückkosten in Deutschland waren zu Anfang des Jahrzehnts am obersten Ende in Europa, was sich in hoher Arbeitslosigkeit bei Geringqualifizierten ausdrückte (vgl. Sinn 2006). Deutschland hat also seine Wettbewerbsfähigkeit verbessert. Dieser Vorteil gilt aber nicht nur gegenüber den südeuropäischen Ländern, sondern gegenüber allen Ländern. Es wäre eigenartig, wenn man zum Schutze der Südeuropäer Deutschland untersagen würde, seine Wettbewerbsfähigkeit und damit seine absoluten Kostenposition zu verbessern, was die beidseitige Vorteilhaftigkeit von Außenhandel auf der Basis relativer Kostenvorteile nicht unterminiert. Anders gesagt: Der Vorwurf wäre nur dann schlüssig, wenn

² Für eine alternative Erklärung des chinesischen Sparphänomens und Handelsbilanzüberschusses siehe jedoch Song, Storesletten und Zilibotti (2009).

es keinen Handel zwischen EU und Nicht-EU Ländern gäbe. Dem ist aber nicht so.³

Zur Rolle staatlicher Intervention

Die Argumente von Lagarde und Krugman gehen jedoch weiter und beziehen sich auf die mangelnde Konsumneigung bzw. zu hohe Sparneigung Deutschlands. Hier hilft es sich in Erinnerung zu rufen, dass gesamtwirtschaftlich der Handelsbilanzüberschuss (genauer Leistungsbilanzüberschuss) der Differenz von Sparen und Investitionen entspricht. Insofern würde mehr privater oder staatlicher Konsum (und das heißt weniger Sparen) in Deutschland zu einer Verringerung des Handelsbilanzüberschusses beitragen. Aber auch dieses Argument ist aus verschiedenen Gründen nicht überzeugend. In der Krisensituation 2008 und 2009 war eine Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch staatliche Intervention begründet, denn die Zurückhaltung der Konsumenten angesichts drohender Arbeitslosigkeit ist verständlich und hätte zu einer großen Nachfragerückgang führen können. Dies hat die damalige Bundesregierung erkannt und mit den Konjunkturprogrammen I und II mit einem Volumen von etwa 84 Mrd. € gegengesteuert. Aber die Krise ist vorbei. Die Weltwirtschaft wird Schätzungen zufolge im Jahr 2010 um über 4% wachsen (vgl. BMWi 2010). Fiskalische Stimuli zur kurzfristigen Nachfragestabilisierung sind also nicht notwendig. Stattdessen ist die Konsolidierung der staatlichen Haushalte wichtiger. Die Staatschuldenquote ist durch die Krise in vielen Ländern dramatisch angewachsen⁴, so auch in Deutschland von 65% in 2007 auf geschätzte 84% in 2011, und wird weiter ansteigen. Dies ist nicht nur wegen konstitutioneller Schranken notwendig. Die neu formulierte Schuldenbremse im Grundgesetz verlangt, dass auf Bundesebene das strukturelle Defizit auf 0,35% des BIP ab 2016 reduziert wird. Für die Länderhaushalte gilt sogar eine strukturelle Neuverschuldung von Null ab 2020. Der Weg dorthin

ist schwer und verlangt Steigerungen der jährlichen Einsparungen (vgl. SVR 2009).⁵

Eine gewisse Zurückhaltung im privaten und staatlichen Konsum ist aber auch aus anderen Gründen angemessen. In vielen Ländern, allen voran in den USA, aber auch in Spanien und in England, war die hohe Konsumneigung Folge einer Immobilienblase. Hohe und mitunter stark steigende Immobilienpreise spiegelten den Konsumenten ein höheres Vermögen vor als es Fundamentaldaten nahe legen würde, und erlaubten gerade in den USA mittels Refinanzierung der Hypothek den eigenen Konsum durch höhere Verschuldung zu finanzieren. Das Ergebnis ist bekannt. Die geringen Steigerungen der Immobilienpreise in Deutschland haben daher zu einem relativ günstigen Krisenverlauf beigetragen. Deutsche Privathaushalte und der Staat sind aber auch aus einem weiteren Grund klug beraten, in Maßen zu konsumieren und mehr zu sparen. Die deutsche Gesellschaft altert stark. Damit gehen einher erhöhte Gesundheitsausgaben und Renten bzw. Pensionen für Senioren. Die BIZ schätzt für Deutschland bei gegebener gesetzlicher Lage einen Anstieg der altersbedingten Staatsausgaben zwischen 2011 und 2050 auf etwa 6 Prozentpunkte des BIP.

Freispruch Deutschland?

Ist Deutschland also von allen Vorwürfen freizusprechen? Die Antwort lautet nein. Zwar ist Deutschland auf makroökonomischer Ebene kein Vorwurf zu machen, da die maßvolle Haushaltspolitik den langfristigen konstitutionellen Vorgaben entspricht und auch konjunkturpolitisch momentan angemessen erscheint. Gleichwohl hat der deutsche Staat – und nicht nur dieser – auf mikroökonomischer Ebene Politikentscheidungen getroffen, die sich in Handelsverzerrungen niederschlagen. Die folgende Auswertung

Tab. 1
Handelsverzerrende Maßnahmen während der Wirtschaftskrise

Staat	Anzahl der betroffenen und von anderen Ländern verursachten Maßnahmen	Anzahl der verschuldeten Maßnahmen (national/national + EU)		
		Rot	Gelb	Grün
Deutschland	367	20/29	2/14	1/5
Frankreich	324	5/14	3/15	1/5
Italien	314	10/19	0/12	0/4
UK	316	15/24	1/13	0/4
Russland	176	69	12	17
China	533	19	18	7
USA	382	14	50	4
Japan	306	12	2	0

Legende: Grün = vermutlich nicht handelsdiskriminierend, Gelb = Maßnahme diskriminierend wenn implementiert oder implementiert und vermutlich diskriminierend, und Rot = Maßnahme implementiert und mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit diskriminierend.

Quelle: Global Trade Alert (<http://www.globaltradealert.org/>); Berechnungen und Zusammenstellung des Autors auf Basis des Suchtools dieser Website.

³ Die fast ausgeglichene Leistungsbilanz der EU ist kein Widerspruch, denn sie zeigt nur, dass sich die Handelsströme zwischen EU und Rest der Welt in etwa saldieren. Für eine genauere Analyse der Bestimmungsfaktoren von Leistungsbilanzen siehe auch den aktuellen Kommentar von Wyplosz (2010).

⁴ Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (2010) beziffert den Anstieg der Verschuldungsquote für fortgeschrittene Volkswirtschaften von 76% des BIP in 2007 auf 100% in 2011.

⁵ Die Kriterien des Maastrichtvertrages auf europäischer Ebene verlangen eine Verschuldungsquote von 60% des BIP. Diese Zahl ist in weite Ferne gerückt. Der Bailout von Griechenland und die Auferlegung des Rettungsfonds im Mai 2010 mögen suggerieren, dass diese konstitutionellen Beschränkungen keine Bindungswirkung entfalten. Die Kriterien sind ökonomisch immer noch richtig und für Deutschland sie die neuen Grundgesetzregelungen sogar eher restriktiver.

stammt von der Webseite *Global Trade Alert*, die Verstöße gegen die Grundsätze des freien internationalen Handels zusammenträgt. Die Erfassung der Verstöße erfolgt dezentral und mag deshalb selbst punktuell fehlerhaft oder ungenau sein. Dafür ist die Aktualität der Daten und der

Umfang der abgedeckten Länder ein Vorteil, der hier genutzt werden soll.

Tabelle 1 gibt einen Überblick über weltweite Politikmaßnahmen, von denen die aufgelisteten Länder selbst nega-

Tab. 2
Von Deutschland verschuldete Maßnahmen

Nr.	Maßnahme	Art der Maßnahme	Beginn der Maßnahme	Finanzielles Volumen	Erläuterung
1	Sanierungskausel	Staatshilfe	01.01.2009	900 Mill. €	Steuerliche Behandlung von Verlustvorträgen bei Sanierungsfällen
2	SoFFin-Bürgschaften für Hypo Real Estate	Bailout/Staatshilfe	23.12.2009	8 und 10 Mrd. € mit unterschiedlichen Laufzeiten und Bedingungen	
3	Rekapitalisierung und Bürgschaft	Bailout/Staatshilfe	02.06.2009	Rekapitalisierung 5 Mrd. € Bürgschaft 12,7 Mrd. €	Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)
4	Rekapitalisierung und Risikoschirm	Bailout/Staatshilfe	30.04.2009	Rekapitalisierung 3 Mrd. € und Schutzschirm 10 Mrd. €	HSH Nordbank AG
5	Kapitalbeteiligung und Risikoschirm	Bailout/Staatshilfe	19.12.2008	Kapitalbeteiligung 10 Mrd. € Risikoschirm für Asset backed securities bis zu 4,8 Mrd. €	BayernLB
6	SoFFin-Garantie für Sicherungseinrichtungsgesellschaft deutscher Banken	Bailout/Staatshilfe	01.02.2009	6,7 Mrd. €	Für private Banken in Deutschland
7	KfW-Kredite	Staatshilfe	01.01.2009	Kreditvolumen von 15 Mrd. €	KfW-Sonderprogramm 2009 für Unternehmen bis zu 500 Mill. € Umsatz
8	Bürgschaften	Bailout/Staatshilfe	08.10.2009	1,2 Mrd. €	Hapag-Lloyd
9	SoFFin-II-Rekapitalisierung	Bailout/Staatshilfe	15.05.2009	Rekapitalisierung 8,2 Mrd. € und Bürgschaftsprogramm bis zu 15 Mrd. €	Commerzbank
10	Risikokapital für kleine und mittlere Unternehmen	Staatshilfe	01.01.2009	2 Mill. € für Risikokapital und 4 Mill. € für junge innovative Unternehmen	Technologiefonds Mecklenburg-Vorpommern
11	Hilfen für kleine und junge Unternehmen	Staatshilfe	01.01.2009	20 Mill. €	Frühphasenfonds Brandenburg
12	Finanzhilfen für Forschung und Entwicklung	Staatshilfe	01.01.2009	360 Mill. € für 2009–2014	Bereich Transport und Infrastruktur
13	Günstige Kreditkonditionen zur Finanzierung von Investitionen	Staatshilfe	26.01.2009	6 Mrd. €	
14	Finanzhilfen für Forschung und Entwicklung von innovativen Firmen in Rheinland-Pfalz	Bailout/state aid measure	01.01.2009	10 Mill. € jährlich, insgesamt 70 Mill. €	
15	Finanzhilfen für Forschung und Entwicklung im ökologischen Landbau	Staatshilfe	01.01.2009	40 Mill. € für 2009–2013	
16 bis 20	Verlängerung von Stützungsmaßnahmen im Rahmen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes	Bailout/Staatshilfe	17.10.2008, 27.10.2008	ohne Angabe	

Quelle: Global Trade Alert (<http://www.globaltradealert.org/>); Zusammenstellung des Autors auf Basis des Suchtools dieser Website.

tiv betroffen sind (»Opfer«) und die von diesen Ländern selbst ausgehen (»Täter«). Dabei wird zwischen verschiedenen Stufen der Handelsdiskriminierung unterschieden (grün = vermutlich nicht handelsdiskriminierend, gelb = Maßnahme diskriminierend wenn implementiert oder implementiert und vermutlich diskriminierend, und rot = Maßnahme implementiert und mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit diskriminierend). Deutschland ist Opfer von 367 Maßnahmen (aller drei Stufen) anderer Länder, etwa auf dem Niveau der USA, aber mehr als die anderen großen europäischen Länder. Auffällig ist, dass Russland wesentlich weniger, China aber deutlich mehr von ausländischen Maßnahmen betroffen ist. Ähnlich wie beim Fußball können Länder sich an ein Schiedsgericht wenden, hier bei der Welthandelsorganisation, um gegen die Verletzungen internationaler Handelsgrundsätze zu klagen. Leider dauern diese Verfahren jedoch meist Jahre.

Interessant ist nun, die Täterrolle der einzelnen Länder näher zu untersuchen. Hierbei ist zu beachten, dass manche der Maßnahmen auf EU-Ebene stattfinden und damit die Verursachung nicht im engeren Sinne einem einzelnen Land zugerechnet werden kann. Dieses wird bei den EU Ländern mit zwei Zahlen verdeutlicht. Die erste Zahl gibt die rein nationalen Maßnahmen, die zweite die Gesamtzahl (national plus EU) zum Ausdruck. Hier zeigt sich, dass Deutschland bei den mit rot gekennzeichneten Interventionen in der Spitzengruppe liegt: 20 Maßnahmen. Dieses ist mehr als in allen anderen aufgelisteten Ländern inklusive China, allerdings deutlich weniger als in Russland, das mit 69 Maßnahmen die Liste klar anführt.

Natürlich sind die reine Aufzählung und der numerische Vergleich allein wenig informativ. Tabelle 2 erläutert die 20 mit rot gekennzeichneten Maßnahmen. Hierbei fällt auf, dass fast alle Maßnahmen in den Bereich der Staatshilfen fallen, insbesondere Rettungsmaßnahmen für öffentliche Banken. Hinzu kommen aber auch Maßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen der Investitions- sowie Forschungs- und Entwicklungsförderung. Letztere sind vom fiskalischen Volumen her meist gering. Dagegen ist die Förderung der deutschen Banken massiv. Die staatliche Unterstützung war zum Zeitpunkt eines drohenden Systemkollapses im Finanzsektor gerechtfertigt. Eine dauerhafte staatliche Unterstützung ist aber nicht sinnvoll und sollte vor dem Hintergrund der internationalen Verzerrung rückgängig gemacht werden.

Fazit

Die deutschen Exporte nehmen seit Mitte 2009 wieder zum Teil deutlich zu (ebenso wie die Importe). Dies ist ein gutes Zeichen insofern, als dass damit die Erholung der Weltwirtschaft zum Ausdruck kommt. Die Statistik ist aber kein Grund

zum Jubeln, denn Handelsbilanzüberschüsse und deren Steigerung sind keine ökonomischen Werte an sich, sondern letztere zeigen gerade für Deutschland die Abhängigkeit von der Weltkonjunktur an. Vorwürfe, die den Handels- und Leistungsbilanzüberschuss als Ergebnis verkehrter deutscher Politik sehen, sind auf makroökonomischer Ebene nicht berechtigt. Deutschlands zurückhaltende Konsumneigung auf privater und staatlicher Ebene ist angesichts der konstitutionellen Schranken und der langfristig auch ökonomisch notwendigen Anpassung wegen der Alterung der deutschen Gesellschaft gerechtfertigt. Gleichwohl hat der deutsche Staat Maßnahmen ergriffen, die auf makroökonomischer Ebene sehr wohl international verzerrende Effekte auslösen. Dies zu ändern wäre eine Aufgabe für die deutsche Politik.

Literatur

- Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (2010), 80. *Jahresbericht*, Basel.
- Brückner, M. und H.P. Grüner (2010), »Rise of Political Extremism: Theory and Evidence«, CEPR Discussion Paper No.7723.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi, 2010), »Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland«, *Monatsbericht* (6), 52–62.
- Deardorff, A.V. (2010), »A trade theorist's take on global imbalance«, erschienen am 16. April 2010 auf Vox, <http://www.voxeu.org/index.php?q=node/4959>.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR, 2009), *Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen, Jahresgutachten 2009/10*, Wiesbaden.
- Sinn, H.-W. (2006), »The Pathological Export Boom and the Bazaar Effect: How to Solve the German Puzzle«, *The World Economy* 29(9), 1157–1175.
- Song, Z., K. Storesletten und F. Zilibotti (2010), »Growing like China«, erscheint demnächst in *American Economic Review*.
- Wyplosz, Ch. (2010), »Germany, current accounts and competitiveness«, erschienen am 31. März 2010 auf Vox, <http://www.voxeu.org/index.php?q=node/4820>.



Holger Görg*

Sind Exporte und Importe denn auf einmal schlecht?

Spätestens seit der Kritik der französischen Wirtschaftsministerin Lagarde am deutschen Exportüberschuss steht das deutsche »Exportmodell« (falls es so etwas gibt) unter Beschuss. Die Hauptkritikpunkte scheinen sich im Grundsatz folgendermaßen zusammenfassen zu lassen: Deutschlands Stärke als Exportnation schadet den Handelspartnern, da diese deutsche Güter einführen und dadurch selbst zu wenig exportieren. Dieser Handelsüberschuss gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der Handelspartner und führt möglicherweise zu stärkerer Verschuldung der Importländer, insbesondere innerhalb der EU. Dies, so wird argumentiert, dürfte Krisen wie zurzeit in Griechenland, Spanien oder Portugal verschärft haben.

Über diese Kritik wurde in den letzten Monaten viel diskutiert und viel geschrieben. Vor allem wird dabei auf der Makroebene argumentiert, siehe, z.B. Wyplosz (2010). Er argumentiert stichhaltig, dass es keine überzeugende Evidenz für einen kausalen Zusammenhang zwischen deutschen Exportüberschüssen und Defiziten in den südlichen EU-Ländern gibt, weshalb die Kritik von Frau Lagarde zurückgewiesen wird. Diese Argumentation ist natürlich einleuchtend und zeigt eine der großen Fallen, in die politisch geführte Diskussionen gerne geraten, nämlich, von möglichen Korrelationen zwischen Variablen zu leicht auf deren kausalen Zusammenhang zu schließen. Dafür gibt es in der öffentlichen Diskussion unzählige Beispiele, und es soll darauf hier nicht näher eingegangen werden.

Stattdessen soll in diesem Artikel das Augenmerk weg von der Makroebene – dem möglichen Zusammenhang zwi-

schen der Exportleistung eines Landes, der Zahlungsbilanz und Länderdefiziten – auf eine andere Dimension gelenkt werden, um der Debatte vielleicht ein paar neue Impulse zu verleihen. Diese Dimension ist die Ebene der Firmen, also der Akteure auf der Mikroebene. Natürlich haben Exporte und Importe wichtige Auswirkungen auf Handels- und Zahlungsbilanzen, die nicht vernachlässigt werden dürfen. Es sind jedoch nicht Länder, die exportieren und importieren. Diese Entscheidungen werden zum größten Teil von Firmen getroffen und durchgeführt.¹ Und diese Unternehmensentscheidungen haben volkswirtschaftliche Auswirkungen – durch die Charakteristika der Firmen, die im Export und Import agieren, und der Güter, die gehandelt werden.

Firmen als Ex- und Importeure

In einer aktuellen Studie zum Export- und Importverhalten von deutschen Firmen von Vogel et al. (2009) zeigen die Autoren, dass im Jahr 2005 61% aller Firmen im verarbeitenden Gewerbe weder exportieren noch importieren.² 9% exportieren nur, während 11% ausschließlich importieren. Die restlichen 19% der Firmen exportieren und importieren Güter im selben Jahr. Also: weit mehr als zwei Drittel aller deutschen Firmen exportieren nicht!

Ein weiterer interessanter empirischer Befund hinsichtlich der Exportaktivität von Firmen ist, dass die meisten Exporteure relativ wenig exportieren. In Deutschland sorgen etwa 10% aller Exporteure für rund 90% aller Exporte im verarbeitenden Gewerbe (vgl. Mayer und Ottaviano 2008). Und: Exporteure sind im Durchschnitt signifikant produktiver als Nichtexporteure. Dies sind die Firmen, die wettbewerbsfähig genug sind, um auf Exportmärkten erfolgreich zu agieren. Dies ist übrigens nicht anders in anderen EU-Ländern und, ja auch, Frankreich, wie in den Studien von Mayer und Ottaviano (2008) und anderen gezeigt wird.

Das bedeutet, dass nur relativ wenige Firmen, nämlich die sehr produktiv und wettbewerbsfähigen, exportieren. Dies wirkt sich im Gegenzug positiv auf die aggregierte Produktivität des Landes aus, was sich im Produktivitätsniveau und -wachstum zeigt. Von dieser Seite aus gesehen sind Exporte also positiv für das Heimatland.

Die Kehrseite der Medaille sind die Importe. Ist die Implikation, dass Importe mit weniger Produktivität verbunden sind? Ganz im Gegenteil. Neuere Studien, die nicht nur Export-,

* Prof. Holger Görg, Ph.D., ist Professor für Außenwirtschaft an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und Koordinator des Forschungsprogramms »Internationale Wirtschaft und internationale Wirtschaftspolitik« am Kieler Institut für Weltwirtschaft.

¹ Natürlich können auch Einzelpersonen und staatliche Institutionen selbst exportieren oder importieren.

² Die Datengrundlage ist das Umsatzsteuerpanel des Statistischen Bundesamtes. Erfasst werden darin alle umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen – d.h. Unternehmen mit mehr als 17 500 € Umsatz pro Jahr (vgl. Vogel et al. 2009).

sondern auch Importdaten auf Firmenebene auswerten, zeigen, dass hochproduktive Firmen importieren – also das gleiche Ergebnis wie für Exporteure. Beispielsweise zeigt ein Paper von Vogel und Wagner (2008), dass Unternehmen, die sowohl importieren als auch exportieren, die höchste Produktivität aufweisen, gefolgt von Unternehmen, die ausschließlich importieren oder exportieren. Die am wenigsten produktiven Unternehmen sind solche, die nicht im ausländischen Markt agieren. Ähnliche Studien gibt es für andere Länder, z.B. für Belgien von Muûls and Pisu (2009).

Zusammenfassend lässt sich hier erst einmal Folgendes feststellen. Eine relativ kleine Anzahl von Firmen zeichnet verantwortlich für einen Großteil der deutschen Exporte. Dies sind hochproduktive Unternehmen, die im ausländischen Wettbewerb bestehen können. Für Importeure gilt jedoch genau das Gleiche: es sind relativ wenige, und sie sind hochproduktiv. Und: das ist nicht nur der Fall in Deutschland, sondern auch in anderen EU-Ländern. Also kann die Kritik, dass starke Importe zwangsläufig schlecht für das Importland sind, unter diesem Gesichtspunkt entkräftet werden.

Wissenstransfers durch Importe

Bei den Importen bleibt es jedoch nicht nur dabei, dass die Importeure produktive Firmen sind. Was wahrscheinlich noch wichtiger ist, ist, dass es durch die Importe zu Wissenstransfers kommt. In den Gütern, die exportiert und importiert werden, ist Wissen und Know-how enthalten. Dieses Wissen wird durch internationalen Handel ins Ausland transferiert, es kommt zu internationaler Wissensdiffusion. Dies ist nicht erst seit der Studie von Coe und Helpman (1995) klar. Durch Importe kommt neue Technologie ins Importland, die von einheimischen Firmen angewendet werden kann.

Die neuere Evidenz spricht dafür. In einer aktuellen wissenschaftlichen Studie benutzen Coe et al. (2008) Daten für eine Anzahl von OECD-Ländern (einschließlich Deutschland und Frankreich) und zeigen, dass ausländisches Wissen durch Importe transferiert wird. Dadurch kommt es zu Produktivitätssteigerungen in der Importindustrie im Ausland. Um es etwas spezifischer auszudrücken: je höher die Technologieintensität der Importe (ausgedrückt durch Forschungs- und Entwicklungsausgaben im Exportland), umso höher das Produktivitätswachstum der importierenden Industrie im Importland. Und dieser Mechanismus ist auch am Werk, wenn es um hochindustrialisierte Länder geht. Oder anders gesagt: Deutschland profitiert durch das Wissen, das durch Importe aus Frankreich ins Land kommt, und umgekehrt profitiert Frankreich durch höheres Produktivitätswachstum von Importen aus Deutschland.

Das Produktivitätswachstum ist höher, je höher die Technologieintensität der Importe. Hier gibt es gute Nachrichten

für Deutschlands Handelspartner: Laut Berechnungen von Clemens und Schumacher (2010) ist Deutschland der weltweit größte Exporteur von forschungs- und technologieintensiven Gütern. Das bedeutet, dass Deutschlands Handelspartner höhere Produktivitätseffekte durch Importe aus Deutschland erwarten können, als Deutschland es durch Importe aus dem Ausland erwarten sollte.

Ein aktuelles Forschungspapier von Bitzer et al. (2010) führt diesen Argumentationsfaden weiter. Sie zeigen in einer empirischen Analyse auf der Basis einer theoretischen Diskussion, dass es durch diesen Wissenstransfer zu einer Verschiebung des komparativen Vorteils kommen kann, die dazu führt, dass die Produktivität in der Exportindustrie fällt, da sich die Produktion ins Ausland verschiebt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Firmen im Importland die Technologie, die durch den Handel transferiert wird, assimiliert haben und nun die Güter selbst produzieren. Die empirische Evidenz von Bitzer et al. (2010), die diese Argumentation unterstützt, beruht ebenfalls auf OECD-Daten. Dies zeigt klar, dass sich auch hochindustrialisierte Länder, wie z.B. Deutschland und Frankreich, durch Importe Wissen ihrer Handelspartner aneignen, das dann ebenfalls zum eigenen Vorteil eingesetzt werden kann.

Diese These wird auch durch die Berechnungen von Clemens und Schumacher (2010) unterstützt. Sie zeigen, dass Deutschlands komparativer Vorteil in technologieintensiven Waren in den letzten zehn Jahren gesunken ist. Sie führen dies nicht auf eine allgemeine Schwäche der Wirtschaft, sondern auf gestiegene Importe zurück. Mit anderen Worten: es scheint, als hätten Firmen durchaus die Technologie verinnerlicht, durch die sie durch Importe aus Deutschland Zugang bekommen haben. Dies ermöglicht es ihnen nun, die Güter selbst zu produzieren und diese auch nach Deutschland zu exportieren. Also aus Sicht der Handelspartner ein durchaus positiver Handelseffekt.

Dieser Mechanismus zeigt sich auch auf der Firmenebene. Zahlreiche Studien für Industrie- und Entwicklungsländer belegen, dass Firmen und Industrien ihre Produktivität durch die Einfuhr von Zwischenprodukten steigern können (z.B. vgl. Görg et al. 2008). Firmen »outsourcen« die Produktion dieser Vorleistungen und spezialisieren sich auf ihre Kernkompetenz im Heimatland, und sie können das zusätzliche Wissen nutzen, das sie durch die Importe zur Verfügung haben. Der Ausbau dieser Kernkompetenz ermöglicht dann eine Steigerung der Produktivität und damit einhergehend der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens.

Allesamt also gute Gründe, warum die Einfuhr von Gütern als positiv angesehen werden sollte. Warum also diese harsche Kritik an der »Exportnation« Deutschland?

Steigerung der Exporte und Wettbewerbsfähigkeit

Ein Argument das, zumindest unterschwellig, bei Frau Lagrande mitzuspielen scheint, ist, dass Deutschland nicht genug aus Frankreich importiert, und dass dies Deutschlands Schuld ist. Der Verdacht der mangelnden Inlandsnachfrage in Deutschland wurde schon häufig diskutiert und von einigen, wie z.B. Wyplosz (2010) auch durchaus kritisch hinterfragt. Daher soll dieses Thema hier außen vor bleiben.

Was die Ergebnisse zahlreicher der Studien zum Exportverhalten von Firmen jedoch nahelegen, ist, dass das Verhalten des Importlandes nicht das alleinig ausschlaggebende Kriterium für Exporte ist. Ebenfalls eine wichtige Rolle spielt die »Wettbewerbsfähigkeit« der Unternehmen. Nur »gute« Firmen werden Exporteure, d.h., diejenigen, die produktiv sind (vgl. z.B. Bernard und Jensen 2004). Wenn die Exportleistung eines Landes gesteigert werden sollte, wären Wirtschaftspolitiker gut beraten, sich die potentiellen Firmen genau anzuschauen. Sind sie wettbewerbsfähig und produktiv genug, um im internationalen Markt zu bestehen? Und wenn nicht, wie könnte denn die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens dergestalt gesteigert werden, dass es zu einem Exporteur wird?

Arbeitskosten per se haben damit im Allgemeinen wenig zu tun. Was hier viel wichtiger ist, sind technologische Charakteristika der Firmen – F&E, Innovationen, qualifizierte Arbeitskräfte und Ähnliches. Hier sollte die Wirtschaftspolitik ansetzen und die Rahmenbedingungen schaffen, damit Firmen sich in diesen Bereichen verbessern können. Ein Hinweis vielleicht, dass Frankreich, anstatt sich über deutsche Reformen – die teilweise auf diese Aspekte abzielen – zu beschweren, selbst über adäquate wirtschaftspolitische Maßnahmen nachdenken sollte.

Um bei Reformen und dem Arbeitsmarkt zu bleiben: Ein interessanter Aspekt, der ebenfalls in die Debatte mit aufgenommen werden sollte, wird ein einem aktuellen Beitrag von Felbermayr et al. (2010) thematisiert. Sie argumentieren auf der Basis von Handelsmodellen der neueren Generation, dass Arbeitsmarktreformen im Exportland die Beschäftigung im Handelspartnerland grundsätzlich positiv beeinflussen können. Dies liegt daran, dass Arbeitsmarktreformen die Beschäftigung im Inland erhöhen und dadurch die Nachfrage, auch nach Importgütern, steigern. Inwieweit diese theoretische Möglichkeit auch durch empirische Evidenz gestützt wird, ist jedoch nicht ganz klar. Hier gibt es gewiss noch Forschungsbedarf, um dieses Argument überzeugend zu untermauern. Aber es sollte zumindest zum Nachdenken anregen.

Fazit

Da Frau Lagrande den Ball klar in das deutsche Spielfeld schießt, sollte man sich nicht scheuen, diesen auch wieder zurückzuspielen: wenn Frankreichs Exporte nicht so sind, wie sie sich sie wünscht, hat das zu einem gewissen Teil mit den beteiligten Unternehmen zu tun. Diese können durchaus von Importen profitieren, indem sie Zugang zu Technologie bekommen. Sie können aber auch von der heimischen Politik gefördert werden, indem man politische Maßnahmen ergreift, die zu mehr Forschung, Innovationen und Qualifikationen führen.

Literatur

- Bernard, A.B. und J.B. Jensen (2004), »Why Some Firms Export«. *Review of Economics and Statistics* 86, 561–569.
- Bitzer, J., H. Görg und P.J.H. Schröder (2010), »Can trade really hurt? An empirical follow-up on Samuelson's controversial paper«, *Economic Inquiry*, in Druck.
- Clemens, M. und D. Schumacher (2010), »Deutschland im Außenhandel mit forschungsintensiven Waren gut aufgestellt«, *Wochenbericht des DIW Berlin* (9), 11–17.
- Coe, D.T. und E. Helpman (1995), »International R&D Spillovers«, *European Economic Review* 39, 859–887.
- Coe, D.T., E. Helpman und A.W. Hoffmaister (2008), »International R&D Spillovers and Institutions«, IMF Working Paper No. 08/104.
- Felbermayr, G., R.J. Langhammer, M. Larch und W. Lechthaler (2010), »Deutsche Lohnzurückhaltung hilft den Nachbarn«, www.oekonomenstimme.org.
- Görg, H., A. Hanley und E. Strobl (2008), »Productivity effects of international outsourcing: Evidence from plant level data«, *Canadian Journal of Economics* 41, 670–688.
- Mayer, T. und G.I.P. Ottaviano (2007), *The Happy Few: The internationalisation of European Firms*, Bruegel, Brüssel.
- Muûls, M. und M. Pisu (2009), »Imports and Exports at the Level of the Firm: Evidence from Belgium«, *The World Economy* 32, 692–734.
- Vogel, A., F. Burg, S. Dittrich und J. Wagner (2009), »Zur Dynamik der Export- und Importbeteiligung deutscher Industrieunternehmen – Empirische Befunde aus dem Umsatzsteuerpanel 2001–2006«, Working Paper 148, University of Lüneburg.
- Vogel, A. und J. Wagner (2008), »Export, Import und Produktivität wissensintensiver KMUs in Deutschland«, Working Paper 104, University of Lüneburg.
- Wyplosz, C. (2010), »Deutschland, Leistungsbilanz und Wettbewerbsfähigkeit«, www.oekonomenstimme.org.



Ansgar Belke*

Schaden deutsche Exporte den Nachbarn? Oder: Bei wem liegt der Schlüssel zur Lösung?

Die zuletzt von Frau Lagarde eloquent zugespitzte These, das exportorientierte »Geschäftsmodell Deutschland« habe sich zu einer Gefahr für die europäische Gemeinschaftswährung entwickelt, scheint mittlerweile voll ausdiskutiert zu sein. Es gibt mehrheitlich Konsens in einigen grundlegenden Analysebestandteilen, die ich im Folgenden zuerst darlege. Bei der Frage »Schadet Deutschlands Exportpolitik den Nachbarn?« scheiden sich jedoch die Geister, und es lassen sich ein »Germano-centric view« mit der Antwort »Nein«, dem im Wesentlichen außer Deutschland noch die ehemaligen »Hartwährungsländer« Finnland, die Niederlande und Österreich eindeutig anhängen, und die Sicht der übrigen Eurozoneländer mit der Antwort »Ja« unterscheiden. Dieses Szenario wird unmittelbar verständlich und erscheint höchst anreizkompatibel, eröffnet die EU-Schuldenkrise doch ein Zeitfenster für eine grundlegende Umgestaltung der EU- und Eurozonen-Governance. So erscheint der jetzige Zeitpunkt für die Mehrheit der Länder geeignet, für eine Europäische Wirtschaftsregierung, verstanden als institutionalisierte Koordinierung antizyklischer Fiskalpolitik, einzutreten (vgl. Belke 2009).

Angesichts der beschriebenen Mehrheitsverhältnisse ergibt sich somit für Deutschland die strategische Notwendigkeit zu analysieren, wie es sein Exportmodell in der Eurozone weiter betreiben kann, ohne bei der Gestaltung der künftigen EU- und Eurozonen-Governance ins Hintertreffen zu geraten – d.h. sich am Ende einem neuen Regelwerk anschließen zu müssen, das man vorher aus lauter

»Germano-Centricism« nicht mitgestaltet hat. Ein warnendes und dramatisches Beispiel in diesem Zusammenhang sind die gegen die deutsche Minderheit im EZB-Rat im Mai beschlossenen Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank. Es wird der deutschen Regierung somit nichts anderes übrig bleiben, als im Rahmen eines »Package Deals« bei der Gestaltung zukünftiger Governance-Strukturen Zugeständnisse an die ehemaligen »Weichwährungsländer« zu machen – zumindest so lange, wie man es angesichts hoher Handels- und Seigniorage-Gewinne sowie hoher Austrittskosten als vorteilhaft erachtet, in der Eurozone zu bleiben und dabei weiter das erfolgreiche Exportmodell zu verfolgen. Im Folgenden wird argumentiert, dass es bei der Art möglicher Zugeständnisse aus deutscher Sicht durchaus noch positiven Gestaltungsspielraum gibt.

Deutschland: Leistungsbilanzüberschüsse nicht in Stein gemeißelt

Nach meiner Lesart lassen sich insgesamt gute Gründe dafür anführen, dass die bis zum Ausbruch der Finanzkrise aufgetretenen Leistungsbilanzdivergenzen in der Eurozone in einem gewissen Umfang *fundamentale Phänomene* waren, die in Dauer und Umfang *wenig wünschenswert* waren. Die südeuropäischen Leistungsbilanzdefizitländer bauten zum Beispiel deutlich weniger Ersparnisse auf, als aufgrund der Höhe und des Wachstums ihrer Pro-Kopf-Einkommen, der Einkommensverteilung und der Bevölkerungsstruktur angemessen und typisch wäre. Zudem wurde deutlich, dass Lohnzuwächse und Konsum allein nicht zu einem nachhaltigen Wachstum führen. Umgekehrt verhält es sich für die Überschussländer: Lohnzurückhaltung und Exporte allein sind für sich genommen keine hinreichende Basis für ein sich selbst ragendes, nachhaltiges Wachstum. Man denke nur daran, dass Deutschlands chronische Konjunkturschwäche der vergangenen Jahre sehr viel mehr auf eine schwache Investitionstätigkeit, statt auf einen schwachen Binnenkonsum zurückzuführen ist (vgl. Sinn 2010). Da Deutschland bei der Nettoinvestitionsquote zum Schlusslicht unter den OECD-Ländern geworden ist, ist es legitim zu fragen: Lohnt es sich für Deutschland wirklich noch, seine Ersparnisse im selben Umfang wie bisher zu exportieren? Warum als nicht einmal eine Umkehrung der Verhältnisse? Prinzipiell ließe sich also auch ein Abschmelzen der deutschen Kapitalexporte ins Ausland, also des Überschusses der deutschen Leistungsbilanz, befürworten.

Sehr grundsätzlich ausgedrückt spricht also nichts dagegen, dass Deutschland seine Ersparnisse ins Inland umlenkt und seiner inländischen Wirtschaft Kredit für neue Investitionen gibt. Nur müssten sich die Defizitländer dann nach anderen Finanzierungsquellen umsehen, darunter

* Prof. Dr. Ansgar Belke ist Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomik an der Universität Duisburg-Essen, Forschungsdirektor Internationale Makroökonomie am DIW Berlin und Mitglied des »Monetary Expert Panel« des Europa-Parlaments.

vor allem eine höhere Binnensparnis, oder Austeritätsprogramme fahren. Sie auf zusätzliche Transfers der EU hoffen zu lassen, ist hingegen kontraproduktiv (vgl. Belke und Schnabl 2009). Denn die EU-Schuldenkrise war maßgeblich darauf zurückzuführen, dass die Märkte erkannten, dass Länder wie Portugal und Griechenland aufgrund ihres jahrelangen privaten und staatlichen exzessiven Überkonsums nicht mehr in der Lage waren, ihren heimischen Kapitalstock durch heimische Ersparnis zu refinanzieren. Ihre Insolvenz wurde zu einer realen Gefahr. Dasselbe gilt für die Stärke der Immobilienbooms in Spanien und Irland, die getrost schon lange vor Ausbruch der Finanzkrise als übertrieben bezeichnet werden konnte. In beiden Fällen waren die Einkommenserwartungen ex post weit überzogen.

Ausgeglichene Leistungsbilanzen taugen nicht als kurz- bis mittelfristige Zielgröße

Andererseits können *dauerhaft ausgeglichene* Leistungsbilanzen *nicht optimal* sein – auch nicht für Deutschlands Nachbarn. Leistungsbilanzungleichgewichte sind also per se nicht zu verdammen. Auch gibt es ex ante kein eindeutiges Kriterium dafür, ab welcher Höhe ein Überschuss oder ein Defizit exzessiv ist und ab wann es schädlich ist. Internationaler Handel stellt eben *kein Nullsummenspiel* dar, sondern nützt sämtlichen Handelspartnern – gerade dann, wenn er in einem Integrationsraum ohne Handelsbarrieren wie der EU stattfindet. Dann aber erhöht auch der intertemporale Austausch von Gütern und Dienstleistungen, also das Entstehen von Leistungsbilanzüberschüssen oder -defiziten, den Wohlstand in allen beteiligten Ländern. Vor allem gibt er bewussten Konsum-, Spar- und Investitionsentscheidungen hinreichend Raum. Lässt beispielsweise die Altersstruktur einer Volkswirtschaft auf ein verringertes Erwerbspersonenpotential schließen, kann ein Leistungsbilanzüberschuss und der entsprechende Aufbau von Nettoauslandsvermögen selbstverständlich als Folge bewusster privater Entscheidungen gesehen werden (vgl. Belke, Schnabl und Zemanek 2010). Kritisch ist dabei die Verwendung des dem Leistungsbilanzüberschuss entsprechenden Kapitalexportes. Da die niedrigen Realzinsen in den Defizitländern und die übertriebenen Wachstumserwartungen, die in Immobilienpreisblasen endeten, die Leistungsbilanzdefizite in einigen Ländern über ein Maß hinaus, das *ex post* als effizient zu bezeichnen ist, erhöht haben, ist ein nachhaltiger Rückgang dieser Leistungsbilanzdefizite notwendig. Insofern als die hierin enthaltenen Importe deutschen Exporten entsprechen, ergibt sich bei diesen ebenfalls Korrekturbedarf (vgl. Belke und Gros 2007). Dieser hat sich bisher wohl nur wegen des milliarden schweren Rettungsschirms noch nicht eingestellt, der das Risiko von Auslandssparanlagen stark verringert.

Relative Konkurrenzfähigkeit der Länder der Eurozone untereinander hängt von der Wettbewerbsfähigkeit auf Drittmärkten ab

Vielfach übersehen wird, dass die relative Wettbewerbsfähigkeit der Länder der Eurozone untereinander auch von deren Wettbewerbsfähigkeit auf Drittmärkten abhängt. Ein erstarkender Euro wird das bereits bestehende Konfliktpotential in der EWU demnach noch verschärfen.¹ Dieses spiegelt sich in den Leistungsbilanzsalden einzelner EWU-Mitglieder wider. Deutschlands Industrie, die immer noch hohe Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaftet, ist es gewöhnt, einer starken Währung mit Kosteneinsparungen, Lohnausterität und hochwertigen Produkten zu begegnen. Hingegen waren in den südlichen Ländern der Währungsunion in der Vergangenheit Geldmengenexpansion und Abwertungen als Therapie gegen Leistungsbilanzdefizite üblich. Da diese in der Währungsunion nicht mehr möglich sind, drohen harte Einschnitte in der Lohnpolitik und damit steigende politische Unzufriedenheit. Denn mit der Krise bleiben die Kapitalzuflüsse in Südeuropa aus, die seit der Gründung der Europäischen Währungsunion hohe Lohnabschlüsse und steigende Leistungsbilanzdefizite finanzierten. Erhöht sich in Deutschland, wie vielfach gefordert, der Konsum und sinkt damit die Ersparnis, dann verringern sich (ohne einen Rettungsschirm!) auch die deutschen Kapitalzuflüsse in den Süden der Union, und der Anpassungsdruck dort wäre noch stärker (vgl. Belke und Schnabl 2009; Belke, Schnabl und Zemanek 2010).

Nachfragezwang und Lohndiktat – wem schaden deutsche Exporte wirklich?

Erstaunlich ist, dass eben jene Analysten, die Deutschland vor weniger als zehn Jahren seine hohen Löhne und nicht mehr zeitgemäßen Strukturen vorhielten, sich jetzt an seiner »unfair« hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit reiben. Ebenso wie sie Ursache und Wirkung vertauschen, indem sie den deutschen Exporteuren vorwerfen, dem Rest Europas die Abnahme seiner Güter gleichsam aufzuzwingen und sie damit ins Handelsdefizit zu drängen. Haben die Deutschen denn wirklich zuerst geliefert, oder wollte man in den Ländern mit Handelsdefiziten nicht erst die Waren?

¹ Die Zweifel an der Stabilität des Dollar mehren sich. Die Unzufriedenheit der Dollarperipherie – vor allem China und Russland – mit dem expansiven makropolitischen Kurs der USA wächst. Der Exit aus der quantitativen Lockerung der Federal Reserve ist in die Ferne gerückt. Obama spricht von exportgetriebenem Wachstum. Die Europäische Zentralbank zeigt sich hingegen entschlossener hinsichtlich einer zeitigen monetären Strafung. Sollten sich diese Erwartungen verfestigen, werden die Halter der Weltollarreserven trotz Netzwerkeffekten zugunsten der Dollarhaltung Reserven graduell von Dollar in Euro umtauschen. Die entsprechende Aufwertung des Euro wäre mit hohen Anpassungslasten für die europäische Exportindustrie verbunden. Bereits jetzt befindet sich der Wechselkurs des Dollar zum Euro bereits über der früher von den betroffenen Branchen angeführten »Schmerzgrenze« für deutsche Exporteure (vgl. Belke und Schnabl 2009).

Aber Stopp; dies ist ebenso billige Polemik wie die Einwürfe, Deutschland hätte sich bis zum Ausbruch der Finanzkrise an den auf Droge (d.h. der Vermögenspreisblase) befindlichen verarmten Südländern über sein Exportmodell gesundgestoßen und müsse dies nun durch freiwillige Exportselbstbeschränkung, Konsumzwang und Lohnerhöhung im eigenen Hause wieder gut machen. Um politischen Scheingefechten zu entgehen und die Diskussion auf eine rationale Basis zu stellen, ist es, wie so häufig, schon ausreichend, sich einmal die Daten über die Struktur des inner-europäischen Außenhandels näher anzuschauen und hieraus die Konsequenzen zu ziehen (vgl. Belke 2010a).

In der Tat, das Wachstum in Deutschland ist in den letzten 20 Jahren entscheidend von den Ausfuhren bestimmt worden. Seit Beginn der neunziger Jahre ist der Anteil der Exporte am Bruttoinlandsprodukt im Rahmen der Globalisierung von 25 auf über 40% gestiegen. Von einigen Nachbarn in der Eurozone wird derzeit vorgebracht, dass die Exporterfolge Deutschlands auf dem Rücken anderer Länder erzielt werden. Wie oben schon ausgeführt, ist diese Logik und die vorgetragene Vehemenz weniger ökonomisch fundiert als vor dem Hintergrund zu verstehen, dass sie von den Ländern, die bisher in der Eurozone über ihre Verhältnisse gelebt haben, und Frankreich, das sich nach außen als Speerspitze einer geplanten europäischen Wirtschaftsregieung versteht, strategisch forciert wird.

Denn die Exporterfolge Deutschlands beruhen auf Wettbewerbsvorteilen, die man sich durch *Innovationen, technischen Fortschritt und einer moderaten Lohnpolitik* über Jahre hinweg erarbeitet hat. Deutschland ist an den Weltmärkten in erster Linie bei Investitionsgütern führend. Diese Produkte werden von Spanien, Portugal oder Griechenland nicht in vergleichbarer Qualität hergestellt, von daher gehen für diese Länder auch keine Marktanteile verloren. Aus Sicht der Franzosen könnte man jetzt noch bedauern, dass die Deutschen nicht mehr von ihren Gütern, wie teure Handtaschen, Champagner und französische Delikatessen, nachfragen – von Produkten der Luft- und Raumfahrt, Arzneimitteln und Maschinen mal ganz abgesehen. Es geht um unvollkommenen Wettbewerb, zu dem sich vorstehend genannte Länder erst noch Zugang verschaffen müssen. Um bei diesen Gütern Exporterfolg zu haben, spielt der Preis kaum eine Rolle. Ergo kann sich Deutschland seinen Exporterfolg auch nicht durch Preis- und Lohndumping ergaunert haben. Im Gegenteil: keiner hat diese Länder gezwungen, deutsche Güter nachzufahren. Das tun sie freiwillig. Gerade die starke Nachfrage von Ländern der Eurozone, die aufgrund des Euros erhebliche Zinseinsparungen verzeichneten, wurden von deutschen Exporteuren genutzt. Warum gab es diese Zinseinsparung, die von den südeuropäischen Ländern alternativ auch zur Haushaltskonsolidierung hätten eingesetzt werden können? Nicht zuletzt wegen der Stabilitätsreputation der im Euro aufgegangenen Deutschen Markt!

Darüber hinaus können deutsche Unternehmen ihre Produkte nicht einfach im Inland absetzen, private Haushalte konsumieren schließlich keine Fertigungsmaschinen (vgl. Belke 2010a).

Deutschland hat durch sein Exportmodell auch die Rolle einer *europäischen Konjunkturlokomotive* ausgefüllt, da seine hohen Exporte als Vorleistungen auch regelmäßig hohe Importe nach sich gezogen haben. Berücksichtigt man längere Wertschöpfungsketten und den immer wichtiger werdenden Sinnschen »Basareffekt«, dann haben deutsche Exporte immer mehr französische Vorlieferanten profitieren lassen. Durch Lohnzurückhaltung haben sich die deutschen Arbeitnehmer dem Importwettbewerb zumindest in den letzten Jahren erfolgreich gestellt. Damit den Importen auch ein hoher Preiswettbewerb verbunden war, hat dies vor allem den deutschen Konsumenten einen erheblichen Einkommensgewinn (sic!) gebracht. Das Exportgeschäft sichert folglich konkurrenzfähige Arbeitsplätze im In- und Ausland an und sorgt dafür, dass die Unternehmen in der Globalisierung fit bleiben. Bei einem Rückzug Deutschlands aus den Exporten wären also Wohlfahrtsverluste für den gesamten Euroraum zu erwarten. *Von einer Beschränkung Deutschlands profitiert daher niemand.* Stattdessen kommt es für andere Länder darauf an, durch strukturelle Anpassungen Wettbewerbsvorteile zu erzielen.

Die Integration der Länder in die Weltwirtschaft wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen, so dass neue Absatzchancen entstehen. Deutschland ist nicht auf europäische Absatzmärkte angewiesen. Gleichzeitig kommen China und Indien und wohl auch die USA viel schneller aus der Krise, obwohl sich die EU in ihrer Lissabon-Strategie darauf festgelegt hatte, der international wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum zu werden. Wer in dieser Situation trotzdem von Deutschland verlangt, seine Exportstärke und damit seinen Wettbewerbsvorteil freiwillig abzubauen, argumentiert fahrlässig und stellt die gesamte Union zur Disposition (vgl. Belke 2010a).

Im Gegensatz zu den Exporterfolgen stieg der Konsum in Deutschland in den letzten Jahren nur geringfügig. Denn die Bevölkerung in Deutschland sinkt, und viele Menschen – gerade in der schrumpfenden Mittelschicht – revidieren ihre langfristigen Einkommenserwartungen nach unten.² Das liegt auch an der hohen Besteuerung der Arbeitseinkommen, an der sich nicht zuletzt wegen der hohen staatlichen Haushaltsdefizite wohl wenig ändern wird. Deshalb erhöhen viele Menschen ihre Sparquote und halten sich beim Konsum zurück. Dies ist rational und eine Änderung dieses Verhaltens kann von Seiten des Staates auch nicht

² Die Sicht, dass die deutlich geringere Geburtenzahl in Deutschland zur Konsumzurückhaltung beitragen hat, wird von vielen französischen Ökonomen gestützt.

erzungen werden – ein staatlicher Konsumzwang ist nicht in Sicht!

Mögliche Reaktionen der Wirtschaftspolitik

Wie soll die Wirtschaftspolitik im Euroraum auf die dauerhaften Asymmetrien der Leistungsbilanzsalden reagieren? Derartige Empfehlungen setzen eine detaillierte Analyse der Ursachen voraus. Es wäre verkürzt zu sagen, diese lägen nur in zu hoher Verschuldung des privaten und des öffentlichen Sektors, also in zu hohem Privatkonsum und mangelnder Budgetdisziplin in den Defizitländern.³ Denn es besteht empirisch nicht nur ein enger Zusammenhang zwischen privater bzw. öffentlicher Neuverschuldung und der Risikoprämie auf Staatsanleihen, sondern auch zwischen dem Leistungsbilanzsaldo und der Risikoprämie. Finanzmärkte vermuten also dort, wo die Ausgabenwünsche erheblich größer sind als die Einkommen, also in Ländern mit hohen Leistungsbilanzdefiziten, dass die notwendige Konsolidierung der Staatsfinanzen besonders schwer durchsetzbar ist. Die Dynamik der Nachfrage war in den vom Vertrauensverlust bedrohten Defizit-Ländern höher und die Lohnstückkosten sowie das Preisniveau stiegen stärker als im Kernland Deutschland. Außerdem wiesen die genau diese Länder hohe Leistungsbilanzdefizite und zuletzt auch sehr hohe Budgetdefizite auf. Umso erstaunlicher und einseitig ist es deshalb, dass in der öffentlichen Diskussion häufig allein die divergierenden Lohnentwicklungen als Ursache der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte genannt werden (vgl. Belke, Schnabl und Zemanek 2010).

Um einen nachhaltigen Rückgang der Leistungsbilanzdefizite zu forcieren, wird in der öffentlichen Diskussion beispielsweise gefordert, die Überschussländer sollten mittels expansiver Finanzpolitik oder höherer Lohnabschlüsse die Nachfrage stimulieren. Dabei stellt eine expansive Finanzpolitik allerdings schon wegen der in der Finanzkrise deutlich gestiegenen öffentlichen Neuverschuldung keine sinnvolle Alternative mehr dar (vgl. Belke 2009, 2010b).

Höherer Lohnabschlüsse in Deutschland als Lösung?

Höhere Lohnabschlüsse (etwa über den Produktivitätsfortschritt und die erwartete Inflationsrate von knapp unter 2% abzüglich eines krisenbedingten Vorsichtsabschlags hinaus) mit dem Ziel der Beeinflussung der Leistungsbilanz der Überschussländer bedeuteten eine intendierte Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der Überschussländer. Französische Kommentatoren bezeichnen Deutsch-

land wegen des Exportüberschusses zwar als »das China Europas« (Jacques Attali) und sprechen von Lohndumping in Deutschland. Das exportorientierte »Geschäftsmodell Deutschland« habe sich sogar zu einer Gefahr für die europäische Gemeinschaftswährung entwickelt. Die Kritik richtet sich dabei nicht so sehr auf den zu hohen Exportüberschuss Deutschlands, sondern auf die ebendort zu schwache Inlandsnachfrage. Sie sei durch die Lohndämpfung entstanden, die im krassen Gegensatz zu anderen großen Volkswirtschaften in Europa wie Frankreich, Großbritannien und Spanien stand.

Eine dynamischere Binnenkonjunktur kann nicht durch eine reine Umverteilung zwischen Löhnen und Beschäftigung angeregt werden. Da Deutschlands Sicherungspuffer gegenüber krisenbedingten Entlassungen durch Kurzarbeit u.a. aufgebraucht ist und man sich im Falle eines konjunkturellen Rückschlags wieder am Rande erhöhter Arbeitslosigkeit, d.h. an einer kritischen Lohnkostenschwelle, befindet, würde jede aufgezwungene Erhöhung der Lohnkosten zu geringerer Beschäftigung führen. Dann aber würde auch die gesamtwirtschaftliche Kaufkraft der Arbeitnehmer – die Lohnsumme, definiert als Lohn mal Beschäftigung – durch Lohnsteigerungen nicht angekurbelt, sondern gekappt werden. Es würden negative Konjunkturimpulse gesetzt (vgl. Belke, Schnabl und Zemanek 2010). Zumal auch hier im Ungewissen bleibt, wer denn in Deutschland überhaupt der einsichtige Adressat staatlicher Forderungen »par ordre de mufti« sein sollte. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen der deutschen Exportindustrie jedenfalls haben sich schon dagegen ausgesprochen.

Ein Schlüssel für den Abbau der Defizite liegt bei den Defizitländern

Der offensichtlichste Schlüssel für den Abbau der Defizite liegt bei den Defizitländern, zumal sich zumindest in Spanien und Griechenland die Salden im Warenhandel auch gegenüber Ländern außerhalb des Euroraums deutlich verschlechtert haben. Das Problem der Asymmetrie von Leistungsbilanzsalden ist somit zumindest in der Eurozone *kein Nullsummenspiel*. Aussagen wie »Exzessive Konkurrenz in Europa nicht akzeptabel. Wenn sich alle so verhielten, dann träten wir in eine Depression ein.« entbehren also einer theoretischen Grundlage. Die Defizitländer müssen ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit steigern, um ihre Exporte zu steigern oder Importe zu ersetzen.

Zugegeben: *weltweit* gesehen kann die Sache durchaus anders liegen, insofern als die Exporte des einen die Importe des anderen sind und man davon abstrahiert, dass weltweiter Handel allen Beteiligten nützt. Nur: betrachtet man das gegenwärtige Szenario strategisch aus europäischer Sicht, so scheinen dieses Mal die US-Amerika-

³ Eine der wichtigsten Lektionen der EU-Schuldenkrise ist, dass ein hoher privater Schuldenstand früher oder später auch in einen hohen Schuldenstand des öffentlichen Sektors mündet.

ner ein Problem zu haben, die bisher immer nach der Maßgabe handelten: »Der Außenwert des Dollar und das hohe Leistungsbilanzdefizit der USA ist Euer Problem«. Dieses Mal könnten die gerechtfertigten *gemeinsamen* Sparbemühungen der Europäer, deren Exporte durch den anhaltenden Boom in den Schwellenländern gestützt werden, kombiniert mit einer *gemeinsamen* Erhöhung ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit ein zunehmendes strategisches Problem für die USA mit ihrer nach wie vor ultralockeren Makropolitik darstellen (vgl. Belke und Schnabl 2010). Zusammen mit einer möglichen Anfechtung der Rolle des US-Dollar als Leitwährung durch die Märkte sorgt dies für ein Gemisch, das einige US-amerikanische Kommentatoren – allen voran Paul Krugman – offensichtlich zunehmend nervös werden lässt.

Automatischer Abbau der Asymmetrien als First Best-Lösung

Von der Inlandsnachfrage der Defizitländer werden angesichts der anstehenden Konsolidierungsmaßnahmen der staatlichen Haushalte sowie der teilweise hohen Schuldenstände bei privaten Haushalten und Unternehmen kaum spürbare Impulse auf die Arbeitsnachfrage in den Defizitländern ausgehen. Eher ist zu erwarten, dass in diesen Ländern eine Umstrukturierung der Produktion und Beschäftigung in Richtung handelbarer Güter und mehr Exporte erfolgt. Zumal die Überschussländer auch mehr importieren werden – wegen ihres geringeren Konsolidierungsbedarfs und da der während der Finanz- und Wirtschaftskrise relativ geringe Anstieg der Arbeitslosigkeit das Wachstum der Löhne nur wenig dämpft. Es könnte also auch ohne »Paternalismus« in Gestalt von Leistungsbilanzdefizitregeln, Lohndiktat und anderem zu einem Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte in der Eurozone kommen. Soweit die Lehrbuchvorstellung.

Die Geschwindigkeit der notwendigen Anpassung hängt in der Realität vor allem davon ab, wie flexibel die Löhne und Preise reagieren (vgl. Belke und Gros 2007). Die Politik kann dies beeinflussen, indem sie marktliche Anpassungen an die sich ändernden Rahmenbedingungen (wie Lohnsenkungen im überdimensionierten Immobiliensektor) nicht unterdrückt, sondern unterstützt. Zudem sollte die Notwendigkeit des Anpassungsprozess nicht durch finanzielle Zuwendungen aus anderen Ländern des Euroraums oder sogar Ankündigungen eines »Bailouts« konterkariert werden.

Da dieser Prozess kurzfristig jedoch politisch wohl wenig akzeptiert ist – genau dies haben der im Mai beschlossene Hilfsschirm für die Euroländer und die Anleihekäufe der EZB gezeigt –, dürfte die automatische Anpassung insgesamt relativ langsam in Gang kommen, so dass die Leistungsbi-

lancialsalden kurzfristig sogar wieder größer werden könnten. Das Gewährleistungsgesetz hat im Kern verhindert, dass die in den bisherigen Defizitländern höheren Anlagerisiken deutsche Sparer als Kapitalanleger abschrecken, ihre Ersparnisse dorthin zu exportieren (vgl. Sinn 2010).

Ein anderer Schlüssel liegt bei Deutschland

Zwar zeigen IWF-Daten, dass der kombinierte Leistungsbilanzüberschuss der drei kleineren Gläubigerstaaten Schweden, Schweiz und Niederlande mittlerweile etwas größer ist als der isolierte Überschuss Deutschlands. Die Anpassung auf der Gläubigerseite muss deshalb sicherlich nicht nur von Deutschland allein geleistet werden. Trotzdem ist es für Deutschland, wie zu Beginn ausgeführt, strategisch eminent wichtig, eigene Beiträge zur Lösung des Asymmetrieproblems anzubieten.

Es müssen verlässliche Rahmenbedingungen her, die die Planungssicherheit bei Unternehmen und privaten Haushalten verstärken. Dazu zählt im Nachgang der Krise auch eine nachhaltige Finanzpolitik, die auf eine glaubwürdige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte setzt und Handlungsspielräume zurück gewinnt (vgl. Belke 2010b). Deutschland sollte seine Binnennachfrage allenfalls durch Steuerreformen oder eine Senkung (!) der Lohnnebenkosten im Niedriglohnbereich fördern. Die höhere Binnennachfrage würde dann für ein »Crowding In« der Flexibilisierungen sorgen. Keinesfalls sollte es versuchen, diese durch eine angeordnete Erhöhung seiner Lohnstückkosten anzukurbeln, deren Niveau ohnehin über dem Durchschnitt der EU liegt. Viel intelligenter als zu Zwangskonsum aufzurufen wäre es auch, die Erhöhung der regionalen und sektoralen Arbeitskräftemobilität in Europa viel stärker als bisher zu forcieren. Denn dann würde eine relative Lohnzurückhaltung nicht von Dauer sein und sich auch keine dauerhafte relative Abwertung erzeugen können.

Was dringend fehlt, und hierauf verweisen speziell viele französische Kollegen, ist trotz seiner Größe die *Erhöhung der Effizienz des Dienstleistungssektors* in Deutschland (vgl. EZB 2006). Auch der frühere IWF-Chefökonom Raghuram Rajan führt häufig als Ergebnis seiner Analyse der globalen Ungleichgewichte aus, dass die Unterentwicklung der Service-Kulturen eine große Schwäche der Exportmodellländer Japan und Deutschland sei. Es können hier noch große Produktivitätsreserven und über höhere Löhne auch Kaufkraftreserven gehoben werden (vgl. EZB 2006). Ein Fokus auf die Förderung des Dienstleistungssektors wäre ein Angebot »zur Güte« an Frankreich.

Schließlich argumentiert Hans-Werner Sinn zu Recht, dass Deutschlands chronische Konjunktur- und Binnen-

nachfrageschwäche der vergangenen Jahre sehr viel mehr mit schwacher Investitionstätigkeit zu tun hatte als mit schwachem Binnenkonsum. Folgerichtig könnte Deutschland anbieten, seine Binnennachfrage durch eine höhere Nachfrage nach Investitionen durch domestizierte Ersparnis zu erhöhen. Man könnte Investitionen in Deutschland fördern, indem die Standortqualität verbessert wird. Damit würde man dem mit Leistungsbilanzüberschüssen einhergehenden Kapitalexport entgegenwirken (vgl. Sinn 2010). Wenn dies ohnehin als Aufgabe einer an Wirtschaftswachstum orientierten Wirtschaftspolitik ausgelegt wird, ergeben sich *keine wirtschaftspolitischen Handlungsnotwendigkeiten konkret zum Abbau von Leistungsbilanzsalden in den Überschussländern*. Einzubeziehen in derartige Überlegungen ist jedoch, dass viele Investitionen an kostengünstigen Standorten außerhalb Deutschlands erfolgen. Dies wiederum stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und erhält Arbeitsplätze in Deutschland.

Würden hingegen Vorschläge staatlich verordneten Konsumzwangs und zentral von der EU kommende Vorschriften zur Nivellierung der Löhne ernsthaft in Erwägung gezogen, bedeutete dies einen Rückfall in längst vergangen geglaubte Zeiten der Planification, d.h. die zentral gelenkte Planwirtschaft. *Das Schlechteste, was passieren könnte, wäre ein Rückfall in die imaginäre Welt der »Soft Options«* im Rahmen einer Europäischen Wirtschaftsregierung, die eine Zentralisierung der Fiskalpolitik anstrebt und es Politikern erlaubt, die EZB unter Druck zu setzen, den Euro weiter abzuwerten.

Dies alles wäre gleichbedeutend mit dem Ende der Eurozone, da es von den Bürgern nicht dauerhaft akzeptiert würde. Von den Bürgern der ehemaligen Hartwährungsländer nicht, da sie befürchten müssen, in die Rolle dauerhafter Transfergeber gedrängt zu werden, und von denjenigen in früheren Schwachwährungsländern ebenfalls nicht, da sie mit höheren Importpreisen und Einkommensverlusten rechnen müssen, sobald Deutschland freiwillig seine internationale Wettbewerbsfähigkeit durch höhere Löhne abbaut. Und dies, ohne ihre eigenen Exporte erhöhen zu können. Vielmehr müssten sie um Vorleistungsexporte nach Deutschland bangen, wenn Deutschland beim Export von Hochtechnologiegütern beispielsweise durch das in derselben hochwertigen Güterliga spielende Japan ersetzt würde (Belke 2010a). Ein Blick in die Daten schützt vor zu billiger Polemik. Deutschlands Exporte nützen den Nachbarn gegenwärtig mehr, als sie ihnen schaden. Dennoch sollte Deutschland durch Erhöhung seiner Kaufkraft Verantwortung für die Rückführung der Leistungsbilanzungleichgewichte in der Eurozone übernehmen – am besten durch eine stärkere Flexibilisierung seines Dienstleistungssektors und eine Senkung der Lohnnebenkosten.

Literatur

- Belke, A. (2009), »Be Coordinated in Times of Crisis?«, Blog »Eurointelligence«, 18. März 2009, <http://www.eurointelligence.com>.
- Belke, A. (2010a), »Nachfragezwang und Lohndiktat – Wem schaden teurere deutsche Exporte wirklich?«, Blog »Wirtschaftliche Freiheit«, 22. März 2009, <http://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=2987>.
- Belke, A. (2010b), »Entretien avec Ansgar Belke – Baisser les dépenses publiques pour restaurer la croissance«, *La Tribune*, 14. Mai 2010.
- Belke, A. und D. Gros (2007), »Instability of the Eurozone?«, in: M. Heise, R. Tilly und P.J.J. Welfens (Hrsg.), *Financial Market Integration, Structural Change and Growth – 50 Years of EU Dynamics*, Springer, Erlin-Heidelberg, New York, 75–108.
- Belke, A. und G. Schnabl (2009), »Stresstest für die Geldpolitik – Die Frage nach der künftigen Leitwährung könnte durch ein Kräfteressen zwischen der Federal Reserve und der EZB entschieden werden«, *Financial Times Deutschland*, 8. September 2009, 24.
- Belke, A., G. Schnabl und H. Zemanek (2010), »Current Account Imbalances and Structural Adjustment in the Euro Area«, *Journal of International Economics and Policy* 7, 83–127.
- EZB (2006), »Competition, Productivity and Prices in the Euro Area Services Sector«, Occasional Paper Series 44, European Central Bank, Frankfurt/Main, April.
- Sinn, H.-W. (2010), »Euro-Krise«, *ifo Schnelldienst* 63(10), – Sonderausgabe, ifo Institut, München.



Michael Pflüger*

Stefan Ebner**

Schadet Deutschlands Exportorientierung den Nachbarn?

Das »deutsche Exportmodell« in der Kritik

Die Erfolgsmeldungen scheinen nicht abreißen zu wollen. Die Wirtschaftsforscher kommen im Sommer 2010 kaum mehr nach, die Wachstumszahlen für Deutschland nach oben zu korrigieren. Die Arbeitslosenzahlen sinken, die deutschen Automobil-, Chip- und Chemiebranchen melden glänzende Geschäfte. Der deutsche Außenhandel und die deutsche Exportwirtschaft florieren. Die Partylaune, die der deutschen Wirtschaft angesichts des höchsten Anstiegs des ifo Geschäftsklimaindex seit der Wiedervereinigung jüngst attestiert wurde, kontrastiert jedoch auffällig mit der besorgten Stimmung bei vielen Nachbarn und Handelspartnern Deutschlands. Diese ächzen unter hoher Arbeitslosigkeit, magerem Wachstum und der Notwendigkeit schmerzhafter Sparprogramme angesichts von Vertrauensverlusten auf den internationalen Anlagemärkten. Auch wird das Ausland von der Sorge um einen erneuten Absturz der (Welt-)Konjunktur nach dem ersten großen Einbruch im Gefolge der Finanzkrise umgetrieben (»double-dip recession«).

Stehen diese konträren Entwicklungen in einem gemeinsamen Zusammenhang? Die deutschen Partner haben in den letzten Monaten in der Tat diese Klage geführt: die ofenkundige Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft – das »deutsche Exportmodell« – beschere den Deutschen wirtschaftliche Erfolge, schade aber seinen Nachbarn und Partnern. Angeführt wurde der Chor der Kritiker von der französischen Wirtschafts- und Finanzministerin Lagarde, die

Deutschland vorwirft, sich durch Senkung seiner Lohn- und Arbeitskosten zu Lasten seiner Partner Wettbewerbsvorteile auf den Exportmärkten verschafft zu haben. Sie fordert höhere Löhne und Gehälter in Deutschland, um diese Entwicklung zu korrigieren und um deutsche Binnennachfrage zu stimulieren.

Nicht minder scharfe Vorwürfe kommen aus den USA, die den Deutschen vorhalten, von der Nachfrage auf den Weltmärkten zu profitieren, selbst aber eine Sparpolitik zu betreiben, die die Weltkonjunktur und nicht zuletzt auch die US-Konjunktur belastet. Die amerikanische Administration fordert daher stärkere deutsche Impulse für die Weltkonjunktur, etwa durch Steuersenkungen, die Setzung von Investitionsanreizen und eine Lockerung des Kündigungsschutzes.

Was ist von diesen Vorwürfen und Forderungen zu halten? Um das Ergebnis der nachfolgenden Überlegungen vorwegzunehmen: Die Spannungen innerhalb des Euroraums, die im Zentrum der französischen Kritik stehen, haben im Kern hausgemachte Ursachen, die daher im Wesentlichen auch durch Anstrengungen in den jeweiligen Ländern angegangen werden müssen. Richtig ist jedoch auch, dass die Lohnzurückhaltung, die in den letzten Jahren in Deutschland geübt wurde, den europäischen Nachbarn kontraktive Impulse und Anpassungslasten beschert hat. Diese Lohnmäßigung war im Lichte der deutschen Arbeitsmarktprobleme allerdings wohlbegründet und sie ist es noch. Eine forcierte deutsche Sparpolitik würde hingegen dazu führen, dass Europa eine Bremse für die Weltkonjunktur wird. Eine Analyse der gegenwärtigen Lage der Weltkonjunktur zeigt, dass es noch zu früh ist, auf einen weltweiten »Austeritätsskurs« umzuschwenken. Vor diesem Hintergrund fordert die amerikanische Administration von Deutschland zur Recht stärkere Impulse für die Weltkonjunktur.

Deutschland und die Spannungen im Euroraum

Verwerfungen im Euroraum. Ausgangspunkt der französischen Kritik am »deutschen Exportmodell« sind die makroökonomischen Verwerfungen im Euroraum. Zwar ist die Leistungsbilanz des Euroraumes (gemessen am BIP) mit einem leichten Überschuss von + 0,3% in diesem und einem Defizit in eben dieser Höhe (– 0,3%) im vergangenen Jahr weitgehend ausgeglichen, hinter diesem Gesamtbild verbergen sich allerdings sehr heterogene Entwicklungen in den einzelnen Ländern (vgl. Bundesbank 2010; OECD 2010). Die Peripherieländer Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien, die so genannten »PIIGS«, weisen hohe Leistungsbilanzdefizite auf. Frankreich ist von einem Überschuss- zu einem Defizitland geworden. Deutschland weist hingegen in den letzten Jahren signifikante Leistungsbilanzüberschüsse auf. Diese

* Prof. Dr. Michael Pflüger ist Inhaber des Lehrstuhls für Außenwirtschaft und Internationale Ökonomik an der Universität Passau, Forschungsprofessor beim DIW und Research Fellow beim IZA.

** Diplom-Volkswirt Stefan Ebner ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Außenwirtschaft und Internationale Ökonomik an der Universität Passau.

Entwicklungen spiegeln sich weitgehend in der Zunahme der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber den genannten Euroländern.

Weitestgehend hausgemachte Ursachen. Ist das »deutsche Exportmodell« Ursache dieser Verwerfungen? Eine genauere Analyse zeigt, dass den makroökonomischen Spannungen innerhalb des Euroraums strukturelle und zyklische Faktoren zugrunde liegen, die weitgehend hausgemacht sind.

Strukturell erklären sich Leistungsbilanzsalden einer Volkswirtschaft aus der Lücke zwischen Ersparnis und Nettoinvestitionen, die einerseits zinsempfindlich ist und andererseits von autonomen Bewegungen getrieben wird.¹ Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit eines Landes, also das Verhältnis der Preise von heimischen zu ausländischen Gütern ausgedrückt in einer einheitlichen Währung, stellt sich in dieser langfristigen Perspektive dergestalt (gleichgewichtig) ein, dass der Leistungsbilanzsaldo mit der Sparlücke und dem hierdurch implizierten internationalen Ressourcentransfer korrespondiert. Haben die betrachteten Länder unterschiedliche Währungen, so kann diese Adjustierung über den (nominalen) Wechselkurs erfolgen; in einer Währungsunion wie dem Euroraum müssen sich hingegen die (relativen) Preise anpassen, um diesen Ressourcentransfer in Bewegung zu setzen.

Greift man auf diesen strukturellen Erklärungsansatz zurück, so sind die Entwicklungen im Euroraum bereits sehr weitgehend durch Verweis auf den jeweiligen staatlichen Finanzierungssaldo erklärbar, der die gesamtwirtschaftliche Ersparnis und mithin die Sparlücke eines Landes wesentlich beeinflusst. Aus dieser Perspektive betrachtet, kann es nicht verwundern, dass die Länder mit den höchsten Staatsdefiziten auch jene sind, die im Euroraum die am stärksten ausgeprägten Leistungsbilanzdefizite aufweisen: die PIIGS. Ins öffentliche Bewusstsein gerückt ist im Zuge der dramatischen Vertrauenskrise insbesondere das Beispiel Griechenland, welches in den letzten Jahren eine sehr expansive Finanzpolitik gefahren hat, die überdies eher konsumtiven denn investiven Zwecken diene. Die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands in der letzten Dekade reflektieren hingegen eine hohe private Ersparnis, die trotz Staatsdefiziten zu einem gesamtwirtschaftlichen Sparüberhang geführt hat.

Zu den Faktoren, die die makroökonomischen Ungleichgewichte im Euroraum (strukturell wie zyklisch) getrieben ha-

ben, zählt die Konvergenz der Nominalzinsen, die sich im Zuge der Einführung des Euro (wegen des Wegfalls des Wechselkursrisikos und der anfänglichen Erwartung einer »Stabilitätsunion«) ergab und die gepaart mit den Preisniveaunterschieden zu beträchtlichen Realzinsunterschieden und damit zu asymmetrischen Nachfragestimuli geführt hat (vgl. Bundesbank 2010). In den Peripherieländern stieg die Nachfrage durch die niedrigen Realzinsen im Vergleich zu Ländern mit höherem Realzins, wie Deutschland, stark an – mit offensichtlich asymmetrischen Konsequenzen für Sparlücken und Leistungsbilanzpositionen.

Im Mittelpunkt der Deutung der makroökonomischen Ungleichgewichte im Euroraum seitens der französischen Wirtschafts- und Finanzministerin steht die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Aus der Perspektive der ökonomischen Theorie betrachtet, ist diese zwar langfristig-strukturell eine Größe, die sich, wie bereits erläutert, endogen nach Maßgabe der Sparlücken bilden muss. Gibt es jedoch Kräfte, die eine solche Anpassung verhindern oder die preisliche Wettbewerbsfähigkeit fern von ihrem langfristigen Gleichgewichtswert halten, so werden Anpassungen der Export- und Importmengen erzwungen: kurzfristig-zyklisch betrachtet, wird die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zum Steuerungsfaktor des Leistungsbilanzsaldos, wobei in einem Währungsraum die relativen Preisniveaus entscheidend sind. Insbesondere gilt: Gelingt es einem Land, sein Preisniveau relativ zu jenem eines anderen Landes zu senken, so wird es dadurch seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessern und Exportüberschüsse erzwingen, während das andere Land umgekehrt einen Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit und ein Leistungsbilanzdefizit erfährt. In diesem Sinne ist das Argument korrekt, dass ein deflationärer Kurs eines Landes, die Handelspartner zu einem ebensolchen Kurs zwingt, wollen diese einem Verlust ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit entgehen.

Hat Deutschland in den letzten Jahren Politiken betrieben, die aktiv seine preisliche Wettbewerbsposition auf Kosten seiner Nachbarn verbessern sollten? Ein Blick auf die faktischen Entwicklungen zeigt, dass eine solche Mutmaßung von der Hand gewiesen werden kann. Es ist offenkundig, dass sich die deutschen Tarifpartner in den letzten Jahren auf eine sehr maßvolle Lohnentwicklung geeinigt haben, die ganz weitgehend als Reaktion auf die deutschen Arbeitsmarktreformen zu deuten ist. Diese wurden in der Regierungszeit Schröder eingedenk der Probleme auf dem Arbeitsmarkt und des schwachen Wachstums – vor den Reformen wurde Deutschland als »kranke(r) Mann Europas« bezeichnet – eingeleitet. Das erwünschte Wachstum und der erhoffte Beschäftigungsaufbau in Deutschland konnte dadurch in Gang gebracht werden. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutsch-

¹ Eine einfache Exposition dieses langfristigen klassischen Modells der offenen Volkswirtschaft findet sich beispielsweise im elementaren Lehrbuch von Mankiw (2007). Strukturell meint hierbei die langfristige Perspektive, in welcher sich Volkswirtschaften im Bereich ihrer inflationsstabilen Arbeitslosenraten (NAIRU) und den damit korrespondierenden Potentialoutputs befinden. Der technische Ausdruck für die (Inverse) der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist der so genannte »reale Wechselkurs«.

land stand weder im Blickwinkel der seinerzeitigen Regierung noch der Tarifparteien, die für die Lohnabschlüsse verantwortlich zeichnen. Der langsame Anstieg der Lohnstückkosten in Deutschland, im Kontrast zum viel höheren Wachstum der Löhne und Lohnstückkosten in den europäischen Nachbarländern, hatte allerdings durchaus den Nebeneffekt, die preisliche Wettbewerbsposition Deutschlands zu verbessern. Auch hier gilt aber: Die Verluste an preislicher Wettbewerbsfähigkeit, die die Nachbarn gegenüber Deutschland erfahren mussten, sind eingedenk der starken Anstiege der eigenen Lohnstückkosten wiederum weitgehend hausgemacht.

Wirtschaftspolitische Implikationen. Aus der obigen Diagnose folgt, dass eine Abkehr von einer maßvollen Lohnpolitik in Deutschland nicht angezeigt ist: Sie ist nicht die fundamentale Ursache für die makroökonomischen Verwerfungen im Euroraum. Schon gar nicht ist eine expansive Lohnpolitik aus Kaufkraftargumenten angezeigt, wie sie Deutschland von der französischen Finanz- und Wirtschaftsministerin nahelegt wird. Das Lohn-Kaufkraftargument geht fehl, weil es übersieht, dass (nominale) Lohnsteigerungen unmittelbar auch Kosten- und damit Preissteigerungen auslösen und mithin gar keine Erhöhung der realen Kaufkraft bewirken.

Der Befund, dass die makroökonomischen Ungleichgewichte im Euroraum im Kern hausgemacht sind impliziert vielmehr, dass den Defizitländern eigene Anstrengungen abzuverlangen sind. Für die unter Vertrauensverlusten leidenden PIIGS bedeutet dies, dass kein Weg an einem Spar- und Konsolidierungskurs vorbei führt. Auch geht für diese Länder, aber auch für Frankreich, kein Weg an einer Korrektur ihrer Hochlohnpolitiken und einer Flexibilisierung ihrer Arbeitsmärkte vorbei. Dies, wohlgermerkt, um Fehlentwicklungen auf diesen Märkten zu korrigieren, ähnlich wie dies Deutschland gemacht hat, nicht aus Gründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Aus diesen Überlegungen folgt auch: Schlagen die defizitären europäischen Länder den notwendigen Sparkurs ein und behält Deutschland seinen bisherigen Kurs bei oder wechselt die deutsche Regierung zu einer Politik stärkerer Sparanstrengungen, so droht der Euroraum insgesamt zu einer Bremse für die Weltkonjunktur zu werden. An dieser Stelle verbinden sich die Klagen, die von Frankreich und den Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland vorgebracht werden.

Deutschland und die »Austeritätsdebatte«

Das »deutsche Exportmodell« ist auch im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der Folgen der Finanzkrise in die Kritik geraten. Um die Vorwürfe und Forderungen zu prü-

fen, die heute von der amerikanischen Regierung an Deutschland gerichtet werden, ist ein genauere Blick auf die Entwicklungen seit dem Ausbruch der Finanzkrise zu werfen.

Eindämmung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Nach anfänglich lähmenden Kontroversen über die Prioritätensetzung – Deutschland und andere europäische Länder wollten den Schwerpunkt mehr auf eine schärfere Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte legen, die Vereinigten Staaten betonten hingegen vor allem die Notwendigkeit der nachfrageseitigen Stimulierung durch expansive Fiskal- und Geldpolitiken –, hat sich in beiden Lagern letztlich die (richtige!) Einsicht durchgesetzt, dass beide Maßnahmenbereiche unabdingbar sind, um eine kurz- wie langfristige Stabilisierung zu bewirken.

Eine umfassende Einschätzung der langfristigen Stabilisierungswirkungen der bislang implementierten Reformen im Bankenbereich und Finanzsektor muss noch warten. Erkennbar ist aber, dass nicht wenige der bisher implementierten Maßnahmen halbherzigen Charakter haben und dass vor allem von den angloamerikanischen Finanzzentren Einfluss genommen und starker Druck ausgeübt worden ist, um schärfere Maßnahmen zu unterbinden.

Bezüglich des nachfrageseitigen Managements lässt sich hingegen feststellen, dass die wirtschaftspolitischen Akteure bislang aus der Geschichte gelernt und sehr erfolgreich agiert haben. Anders als in der Finanzkrise 1929, in welcher die Geldmengen von den Zentralbankern verknappert wurden, haben die amerikanische Fed und die Europäische Zentralbank (EZB) die Zinsen in großen Schritten reduziert und die Kreditmärkte auch durch unkonventionelle Maßnahmen unterstützt. Während die Regierungen seinerzeit im Lichte der Krise ihre Budgets zum Ausgleich bringen wollten, haben die Regierungen heute steigende Defizite zugelassen, um massive Konjunkturpakete zu schnüren. Banken und Firmen wurden übernommen. Wichtige Impulse für die weltwirtschaftliche Konsolidierung kamen vom Konjunkturpaket Chinas, dem neuen großen Akteur auf den Weltmärkten. Aus der Geschichte wurde insofern auch gelernt, als anders als in den dreißiger Jahren trotz aufkeimender Tendenzen extremer Handelsprotektionismus unterblieben ist: Die Analysen der Welthandelsorganisation belegen, dass sich der Absturz des Welthandels 2009 in erster Linie aus dem weltweiten Nachfrageeinbruch und den inzwischen sehr ausgeprägten Handelsverflechtungen erklärt.

Die »Austeritätsdebatte«. Technisch betrachtet ist die Rezession, die durch die Finanzkrise ausgelöst wurde, seit Mitte 2009 beendet. Seither wachsen die Inlandsprodukte wieder. Sind die weltwirtschaftlichen Verwerfungen damit eingedämmt, und sollten sich die Regierungen nun an

die fiskalischen Aufräumarbeiten machen, also damit beginnen, ihre Staatsdefizite abzubauen? Diese Frage polarisiert derzeit wie kaum eine andere die Ökonomenzunft und die politischen Entscheidungsträger. Die Argumente der Kontrahenten in dieser »Austeritätsdebatte« sind schnell aufgezählt.

Die Befürworter eines Sparkurses, wie beispielsweise der Präsident der Europäischen Zentralbank Jean-Claude Trichet, führen im Wesentlichen drei Argumente an: Erstens, die Rückführung der Staatsdefizite führt bei kluger Implementierung langfristig zu Wachstums- und Wohlfahrtsgewinnen; zweitens, die Fiskalpolitik verliert bei wachsenden Budgetdefiziten an Durchschlagskraft, weil das Vertrauen in die Wirksamkeit solcher Politiken zurückgeht; drittens, ein Sparkurs ist notwendig, um der Fiskalpolitik auch in Zukunft Spielräume für Interventionen zu belassen. Nicht zufällig sind diese Vertreter eines Konsolidierungskurses auch Befürworter einer restriktiveren Geldpolitik.

Die Gegner eines Sparkurses, allen voran der amerikanische Ökonom Paul Krugman, verweisen unter anderem auf die negativen Erfahrungen, die die Welt in den 1930ern mit einem verfrühten Wechsel zu restriktiven Fiskal- und Geldpolitiken gemacht haben. Auch das Beispiel Japan, welches ein »verlorenes Jahrzehnt« hinter sich hat, zeige die Probleme schlechten Nachfragemanagements. Die Gegner eines »Austeritätskurses« bestreiten nicht die grundsätzliche Notwendigkeit fiskalischer Solidität. Solange sich Volkswirtschaften aber nachfragebedingt weit unter ihrem Potential bewegen, haben restriktive Politiken ihrer Argumentation gemäß kontraproduktive Wirkungen. Auch seien die Argumente der »Austeritätsbefürworter« in solchen Situationen nicht überzeugend: weder gebe es Evidenz, dass Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen dann zu einer Expansion der Volkswirtschaft führen können, noch würden Konsolidierungsanstrengungen in solchen Lagen das Vertrauen der Investoren stärken.

Die Argumente im Lichte des weltwirtschaftlichen Umfelds. Die Befürworter eines Ausstiegs aus einer schuldenfinanzierten Konjunkturpolitik, allen voran die deutsche Bundesregierung, haben sich auf dem jüngsten Gipfel der G-20-Staaten Ende Juni 2010 in Toronto im Wesentlichen durchgesetzt. Wie ist dieser Schwenk zu fiskalischer »Austerität«, und wie sind die Argumente der Kontrahenten in dieser Debatte zu bewerten?

Ein Blick auf das aktuelle wirtschaftliche Umfeld zeigt, dass von einer stabilen weltwirtschaftlichen Erholung und Entwicklung noch nicht die Rede sein kann. Es gibt durchaus positive Anzeichen. Hierzu zählen die eingangs genannten Entwicklungen in Deutschland, von denen auch die Nachbarn profitieren können: die jüngsten Zahlen des Statisti-

schen Bundesamtes zeigen, dass die deutschen Importe auf ein Niveau gestiegen sind wie noch nie. Der Welthandel entwickelt sich nach Prognosen der WTO in diesem Jahr stürmisch, wobei sich China und Indien als treibende Kräfte zeigen, deren Importe in wachsendem Maße aus den reichen OECD-Ländern stammen. Mit China verbindet sich die Erwartung weiterer positiver Impulse für die Weltkonjunktur, so durch die Aufwertung des Yuan und so auch durch die wachsende Kaufkraft der chinesischen Arbeiter, deren Löhne von der stark steigenden Produktivität nach oben gezogen werden.

Die Anzeichen für die Gefahr eines Rückfalls in eine erneute Rezession überwiegen allerdings. Von Japan sind kaum Impulse für die Weltwirtschaft zu erwarten. Die Lage in den USA ist durch eine Arbeitslosenquote von 9,5%, eine hohe Langzeitarbeitslosigkeit von 4,4% und große Unsicherheiten gekennzeichnet, wie der amerikanische Notenbankpräsident freimütig einräumt. Der Euroraum ist auf Sparkurs, wie wir bereits festgestellt haben. Die Konjunkturprogramme laufen in vielen Ländern aus. Die Notenbankzinsen im Euroraum und in den USA sind auf Tiefstständen. Es gibt durchaus Symptome für Deflation: In den USA sind im April und Mai 2010 die Preise jeweils um 0,2% gegenüber dem Vormonat gefallen. Die Teuerungsrate ist in Deutschland mit 1,2% deutlich hinter der angestrebten Rate von knapp unter 2%, in Japan fallen aktuell wieder die Preise. Die Rendite langjähriger (zehnjähriger) Bundesanleihen ist auf 2,6% gesunken. Der Goldpreis ist kürzlich eingebrochen. Jüngste Zahlen der OECD zeigen, dass in den großen Wirtschaftsräumen beträchtliche Outputlücken zu verzeichnen sind.

Bei der Abwägung der Alternativen ist zu konstatieren, dass beide Wege, der Sparkurs genauso wie die von den »Austeritätsgegnern« geforderten weiteren Konjunkturprogramme mit sehr hohen Risiken verbunden sind. Im Lichte der Lage der Weltwirtschaft fällt es aber schwer, sich den Argumenten der Gegner fiskalischer »Austerität« zu verschließen. Das bedeutet, dass die auf dem G-20-Gipfel beschlossene Abkehr von Politiken der Nachfragestimulation nicht befürwortet werden kann.

Implikationen für die deutsche Wirtschaftspolitik. Die Implikationen für die deutsche Wirtschaftspolitik liegen auf der Hand. Mag sich Deutschland angesichts der gegenwärtigen positiven Entwicklungen in Sicherheit fühlen: Es ist wegen seiner Exportorientierung von Bewegungen der Weltwirtschaft in besonderem Maße abhängig. Deutschland darf aber nicht nur von Impulsen von außen leben, sondern von Deutschland sollten selbst Beiträge zur Stabilisierung der Weltkonjunktur ausgehen. In der gegenwärtigen Lage bedeutet dies auch, dass der amerikanischen Forderung nach fiskalpolitischen Impulsen zuzustimmen ist.

Literatur

Deutsche Bundesbank (2010), »Die Problematik makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Raum«, Monatsbericht Juli 2010.
Mankiw, N.G., (2007), *Macroeconomics*. 6th edition. Worth Publishers, New York.
OECD (2010), *OECD Economic Outlook*, Preliminary Edition June 2010, OECD, Paris.

Nur langsame Erholung im europäischen Wohnungsbau – wird Deutschland das Zugpferd?

Ausgewählte Ergebnisse der Euroconstruct-Sommerkonferenz 2010

25

Erich Gluch und Ludwig Dorffmeister

Nach den Rückgängen des europäischen Bauvolumens in den Jahren 2008 und 2009 werden die Bauleistungen nach Einschätzung der 19 Euroconstruct-Institute¹ voraussichtlich auch 2010 abnehmen. Den Bauexperten zufolge dürften in diesem Jahr die Investitionen um rund 4% sinken. Insgesamt werden die Baumaßnahmen in Europa 2010 damit nur noch einen Umfang von etwa 1,26 Bill. € (in Preisen von 2009) erreichen. Im Boomjahr 2007 lag das Bauvolumen noch um rund 18% höher.

Aber auch in den kommenden beiden Jahren werden sich die Bauleistungen in Europa nur moderat entwickeln. Verantwortlich hierfür ist in erster Linie der Nichtwohnhochbau, der bereits 2009 erheblich zurückgefahren wurde und 2010 abermals merklich sinken dürfte. Die Wirtschaftskrise hat dazu geführt, dass der Bedarf an neuen Gewerbebauten deutlich gesunken ist. Neben bereits geplanten Neubauprojekten wurden häufig aber auch anstehende Sanierungen bzw. Modernisierungen verschoben. In vielen Ländern ist die konjunkturelle Erholung aktuell nicht ausreichend, um die Firmen zu deutlich mehr Investitionen zu veranlassen. 2011 und 2012 ist demzufolge allenfalls von einer leichten Belebung im Nichtwohnhochbau auszugehen.

Bereits 2008 – und vor allem 2009 – erlebte der europäische Wohnungsbau kräftige Einbußen. In diesem Jahr dürfte dieser Baubereich ebenfalls schrumpfen, wenn auch »nur« um rund 3%. 2011 und 2012 wird sich der Erholungsprozess mit Wachstumsraten von 2¹/₂ bzw. 3¹/₂% fortsetzen. Die Zahl der Wohnungsfertigstellungen wird dieser Entwicklung nur mit einigem Abstand folgen: Die voraussichtlich knapp 1,5 Mill. fertiggestellten Wohnungen in 2012 dürften nämlich nur unwesentlich über dem Ergebnis dieses Jahres (1,46 Mill. Einheiten) liegen. Wesentliche Beiträge dürften dabei vor allem von Deutschland und Spanien kommen.

Das europäische Bauvolumen wird in diesem Jahr zum dritten Mal in Folge schrumpfen. Im bisherigen »Spitzenjahr« – 2007 – wurden europaweit fast 1,5 Bill. € investiert; in diesem Jahr dürften es etwa 1,26 Bill. € (jeweils in Preisen von 2009) werden. Dies entspricht einem Rückgang um gut 15%. Dabei hat die Baubranche aber das Schlimmste schon hinter sich. Das Jahr 2009, in dem ein Minus von fast 9% verkrachtet werden musste.

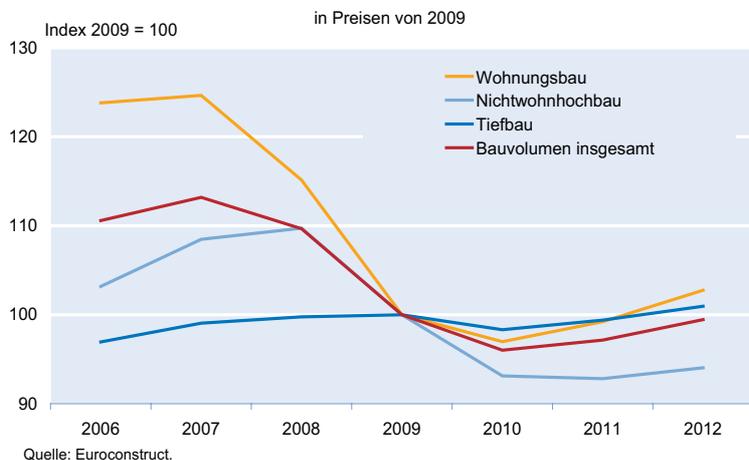
Wohnungsbau in Europa erreicht 2010 Talsohle

Den schärfsten Einbruch weist der Wohnungsbau auf. Die Einbußen für die Jahre 2008 bis 2010 werden insgesamt mehr als ein Fünftel betragen (vgl. Abb. 1). Insbesondere im Neubau werden seit 2007 erheblich weniger Baumaßnahmen durchgeführt. 2010 dürften für den Bau neuer Wohngebäude in den Euroconstruct-Ländern rund 40% weniger Mittel aufgewendet werden als noch drei Jahre zuvor. Die Zahl der in neuen Wohngebäuden fertige-

stellten Wohnungen sollte im gleichen Zeitraum um ca. 45% auf nur noch 1,46 Mill. Einheiten sinken. In diesem Jahr dürfte allerdings auch hier der Tiefpunkt erreicht sein. 2011 wird der Wohnungsneubau voraussichtlich um gut 3¹/₂% steigen. Insgesamt wird sich das Wohnungsbauvolumen etwas erholen und 2012 den Wert von 2009 wieder übertreffen.

¹ Das europäische Forschungs- und Beratungsnetzwerk »Euroconstruct« wurde 1975 gegründet. Basierend auf jahrelanger Erfahrung und Weiterentwicklung kooperieren in diesem Verbund Institute mit spezifischem Know-how im Bau- und Immobiliensektor aus 15 westeuropäischen sowie vier mittelosteuropäischen Ländern. Die zweimal pro Jahr an wechselnden Orten in Europa veranstalteten Konferenzen bilden den Kern der Euroconstruct-Aktivitäten; außerdem werden in unregelmäßigen Abständen Spezialstudien zu den längerfristigen Perspektiven und zu den Strukturveränderungen im europäischen Bausektor erstellt. Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V. an der Universität München ist Gründungsmitglied und deutsches Partnerinstitut des Netzwerks. Die in diesem Beitrag vorgestellten Analysen und Prognosen basieren auf den 19 Länderberichten zur 69. Euroconstruct-Konferenz, die am 25. Juni 2010 in Dublin durchgeführt wurde. Die 70. Euroconstruct-Konferenz ist für den 3. Dezember 2010 in Budapest geplant. Interessenten können sich wegen des Programms und der Anmeldeunterlagen im Internet informieren (www.ifo.de oder www.euroconstruct.org) oder sich schon jetzt direkt an das ifo Institut wenden.

Abb. 1
Entwicklung des Bauvolumens in Europa nach Bauarten



Im Gegensatz zum Wohnungsbau dürfte das Tiefbauvolumen im Zeitraum 2006 bis 2012 weniger starken Schwankungen unterworfen sein. In den Jahren 2007 bis 2009 wuchs der Tiefbau insgesamt um lediglich 3%; 2010 dürfte er um rund 1½% schrumpfen. Dieser Rückgang ist der erste seit dem Jahr 1996. Der stetige Ausbau der europäischen Infrastrukturnetze und die zahlreichen Instandhaltungsmaßnahmen hatten eine 13 Jahre dauernde Aufwärtsentwicklung zur Folge. Nach Überwindung der globalen Wirtschaftskrise und wieder etwas verbesserter Handlungsspielräume der öffentlichen Hand dürften die Tiefbauinvestitionen 2011 und 2012 wieder zunehmen. Allerdings wird die Belegung hier deutlich schwächer ausfallen als im Wohnungsbau.

Insgesamt werden sich die Bauleistungen in Europa in den kommenden beiden Jahren nur moderat entwickeln. Verantwortlich hierfür ist in erster Linie der Nichtwohnhochbau, der bereits 2009 erheblich zurückgefahren wurde und 2010 abermals merklich sinken dürfte. Auch für 2011 und 2012 ist derzeit von einer allenfalls leichten Belegung in diesem Teilbereich auszugehen.

Aktuell wenig Bedarf für neue Gewerbebauten

2009 betrug der Anteil des Nichtwohnhochbaus an allen europäischen Bauleistungen rund ein Drittel. Anders als im Tiefbau, wo staatliche Investitionen etwa in Straßen, Gleisanlagen oder Kraftwerke dominieren, geben im Nichtwohnhochbau vorwiegend private Unternehmen Bürohäuser, Lagerhallen oder Fabrikgebäude in Auftrag. Die Wirtschaftskrise hat dazu geführt, dass der Bedarf an neuen Gewerbebauten deutlich gesunken ist. Neben bereits geplanten Neubauprojekten wurden häufig aber auch anstehende Sanierungen bzw. Modernisierungen ver-

schohen. In vielen Ländern ist die konjunkturelle Erholung aktuell nicht ausreichend, um die Firmen zu deutlich mehr Investitionen zu veranlassen. 2011 dürften die europaweiten Bauaktivitäten im Nichtwohnhochbau daher erneut nicht ausgeweitet werden. Dabei spielt auch eine Rolle, dass in den Aufschwungsjahren 2006 bis 2008 die Bauausgaben merklich gestiegen sind. 2008 lagen in Investitionen in diesem Teilbereich um fast 10% über dem Wert von 2005.

Die Zahl der realisierten Projekte nahm aufgrund der guten Auftrags- und Gewinnsituation der Unternehmen sowie der günstigen Finanzierungsbedingungen spürbar zu. So wurden etwa alte Produktionsstätten häufiger ersetzt oder erweitert. Projektentwickler nahmen deutlich mehr Gewerbebauten wie Einkaufszentren oder Logistikgebäude in Angriff. In Deutschland erhöhten sich beispielsweise die Investitionen in Nichtwohngebäude in diesen drei Jahren um nahezu ein Fünftel, in Großbritannien um rund 10%. Der Nichtwohnhochbau leidet demnach nicht nur unter der oft unbefriedigenden Geschäftslage der Firmen, sondern ebenso unter dem aktuell ausreichenden Angebot an Gewerbebauten.

Große Unterschiede zeigen sich, wenn man die Entwicklung in Spanien und Polen betrachtet. In Spanien wurde der Neubau von Nichtwohngebäuden in den Jahren 1997 bis einschließlich 2007 ununterbrochen ausgeweitet. Das Neubauvolumen wuchs in dieser Zeit aufgrund des kräftigen wirtschaftlichen Aufschwungs um durchschnittlich rund 3½% jährlich auf 33½ Mrd. € in 2007 (in Preisen von 2009) und machte 2007 etwa zwei Drittel des gesamten spanischen Nichtwohnhochbaus aus. In diesem Jahr wurde lediglich in Großbritannien und in Frankreich mehr in neue gewerbliche bzw. öffentliche Gebäude investiert.

Bereits kurz nach der Jahrtausendwende hatten die Neubauproduktivitäten in Spanien einen beachtlichen Umfang erreicht, so dass ab 2003 die realen Zuwächse nur noch weniger als 3% pro Jahr betragen. In den Jahren 2006 und 2007 nahmen die spanischen Neubaumaßnahmen im Nichtwohnhochbau lediglich um insgesamt gut 4% zu, obwohl beispielsweise die Produktion und der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe in diesem Zeitraum noch spürbar wuchsen (vgl. Abb. 2). Allerdings verschlechterte sich die Geschäftssituation im Einzelhandel und im »Dienstleistungsbereich ohne Handel« bis Ende 2007 merklich. Dies geht aus den europaweiten Unternehmensbefragungen hervor, die im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt werden.

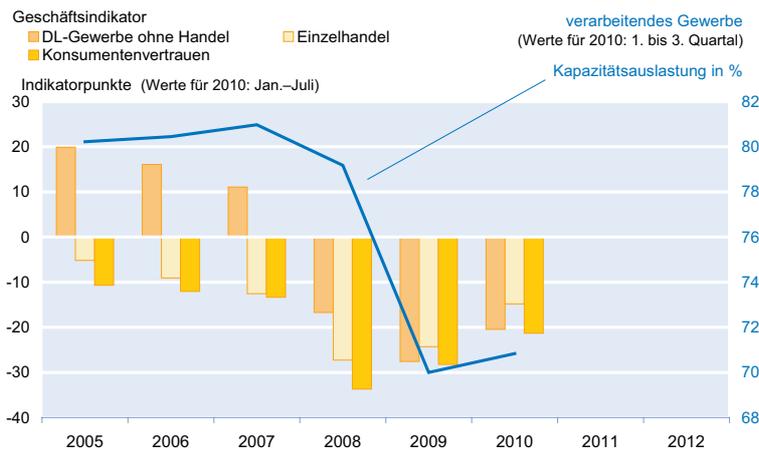
Abb. 2
Entwicklung des Nichtwohnhochbaus in Spanien

Produktion und Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe



Quelle: Eurostat; Euroconstruct.

Klimaindikatoren und Kapazitätsauslastung



Quelle: EU Kommission.

In Spanien bleibt der Neubau von Nichtwohngebäuden bis 2012 äußerst schwach

Die konjunkturelle Abkühlung im Jahr 2008 und die sich anschließende Rezession hatten erhebliche, negative Auswirkungen auf den Nichtwohnhochbau. Während die Bestandsmaßnahmen nur »moderat« nachgaben, brach das Neubauvolumen 2008 und 2009 um insgesamt knapp 30% ein. Das Vertrauen der Verbraucher trübte sich stark ein; 2009 ging der private Konsum in Spanien um rund 5% zurück. Darunter litt unter anderem die inländische Produktion. Im ersten Halbjahr 2010 war im verarbeitenden Gewerbe keine nennenswerte Geschäftsbelebung auszumachen. Zwar kamen mehr Aufträge herein, die Produktion verharrt bislang aber auf dem Niveau des Vorjahres. Die Stimmung im Einzelhandel ist aber lange nicht mehr so schlecht wie noch im Jahr 2008.

Insgesamt dürfte die wirtschaftliche Erholung in Spanien allerdings deutlich langsamer verlaufen als in den meisten europäischen Ländern. So hat sich beispielsweise die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe den Umfragewerten zufolge in den ersten Quartalen 2010 nur geringfügig verbessert. Bis 2012 wird der Bau neuer Nichtwohngebäude voraussichtlich auf einem Niveau verharren, das noch um fast 20% unter dem Tiefstwert der letzten 20 Jahre (21,4 Mrd. € in 1993) liegt. Da der Gebäudebestand – vor allem aufgrund der umfangreichen Neubauaktivitäten der letzten Jahre – insgesamt in einem relativ guten Zustand ist, dürften bis 2012 auch die Bestandsmaßnahmen schwach bleiben.

In Polen ist die Situation völlig anders. Der wirtschaftliche Aufholprozess ist hier noch lange nicht so weit fortgeschritten wie in Spanien. Die Zuwachsraten der Industrieproduktion sind demzufolge noch wesentlich höher. Das vergleichsweise niedrige Lohnniveau hat eine deutlich größere Anziehungskraft auf potentielle Investoren. Es überrascht daher nicht, dass es Polen als einzigem Land in der EU gelang – vor allem aufgrund seiner starken Binnennachfrage – das Bruttoinlandsprodukt 2009 zu erhöhen.

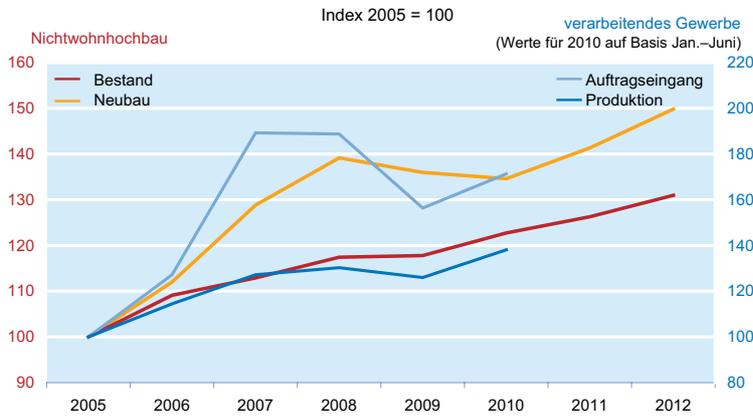
Trotzdem schrumpfte im vergangenen Jahr die Produktion im verarbeitenden Gewerbe (vgl. Abb. 3). Obwohl der Rückgang der Produktion bei weitem nicht so stark ausgeprägt war wie in Spanien, sank die Kapazitätsauslastung spürbar auf rund 72%. Zu dieser Entwicklung dürfte wohl auch der umfangreiche Zubau neuer Industriegebäude beigetragen haben. Zwar wurden die Investitionen in neue Industriegebäude 2008 um rund 7% und 2009 um knapp 14% zurückgefahren. Im vorigen Jahr wurden damit aber immer noch fast 1,8 Mrd. € in neue Produktionsanlagen investiert, wobei zudem das in Osteuropa deutlich niedrigere Baukostenniveau zu berücksichtigen ist.

Polnischer Nichtwohnhochbau setzt 2011 rasantes Wachstum fort

In den Jahren 2006 bis 2008 wuchsen in Polen die Neubaumaßnahmen im Nichtwohnhochbau erheblich stärker als die Produktion im verarbeitenden Gewerbe. Dies ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass ebenfalls massiv in Büro- und Geschäftsgebäude investiert wurde. Auch die Bestandsmaßnahmen legten spürbar zu. Mittelfristig dürfte

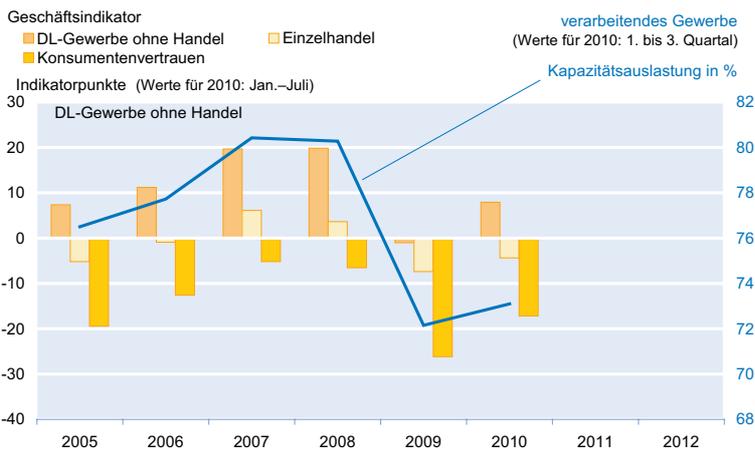
Abb. 3
Entwicklung des Nichtwohnhochbaus in Polen

Produktion und Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe



Quelle: Eurostat; Euroconstruct.

Klimaindikatoren und Kapazitätsauslastung



Quelle: EU Kommission.

die wirtschaftliche Schwächephase kaum Auswirkungen auf die Bautätigkeit im Nichtwohnhochbau haben. In den nächsten Jahren sollte das polnische Neubauvolumen, das gegenwärtig gut 70% aller Aktivitäten im Nichtwohnhochbau ausmacht, wieder kräftig steigen. Aufgrund der Bestandsmaßnahmen, die noch ein kleines Plus aufwiesen, schrumpfte das gesamte Bauvolumen im Nichtwohnhochbau lediglich 2009 – um rund 1 1/2%.

Das erste Halbjahr 2010 hat gezeigt, dass die polnische Wirtschaft dabei ist, wieder Fahrt aufzunehmen. Dies lässt sich etwa an den Eurostat-Daten für Produktion und Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe ablesen. Aber auch der durch Unternehmensumfragen ermittelte Geschäftindikator für das »Dienstleistungsgewerbe ohne Handel« erreicht schon wieder den Wert des Jahres 2005. Zudem darf die anhaltende Verunsicherung unter den Konsumenten nicht darüber hinwegtäuschen, dass der private Konsum zwischen 2005 und 2009 ein stabiles Wachstum von jährlich

mindestens 2% aufwies. Auch für die nächsten Jahre ist mit steigenden Konsumausgaben zu rechnen.

In Spanien markiert die Weltwirtschaftskrise das vorläufige Ende eines viele Jahre dauernden Aufholprozesses, der unter anderem zu einem massiven Ausbau des gewerblichen Immobilienbestands, öffentlicher Infrastruktureinrichtungen, aber auch des Wohnungsangebots geführt hat. Im Nichtwohnhochbau ist der dringendste Bedarf fürs Erste gedeckt und eine Erholung der Baunachfrage zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in Sicht. Die derzeitige Belebung der Weltwirtschaft wird nicht ausreichen, um in Spanien die Nachfrage nach öffentlichen und gewerblichen Hochbauleistungen nachhaltig zu stimulieren. Hierfür müssten auch einige Fehlentwicklungen korrigiert werden, die in der zurückliegenden wirtschaftlichen Blütephase nur unzureichend in Angriff genommen worden sind. So müsste beispielsweise die Schattenwirtschaft, die Experten mittlerweile auf ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts schätzen, deutlich eingedämmt werden. Darüber hinaus dürfte es wesentlich leichter fallen, die Staatsfinanzen zu sanieren, wenn es gelingen würde, die Steuerehrlichkeit zu erhöhen. Daneben besteht das Problem der dramatisch hohen Jugendarbeitslosigkeit. Aktuelle sind rund 40% der Erwerbspersonen unter 25 Jahren ohne Arbeitsplatz. Die spanische Volkswirtschaft leidet also unter verschiedenen negativen Faktoren, die letztlich auch die Investitionsneigung der Firmen dämpfen.

In Polen überwiegen dagegen immer noch die positiven Kräfte ganz eindeutig. Mit seinen fast 40 Mill. Einwohnern ist es zudem nicht so stark von der Auslandsnachfrage abhängig wie die kleineren osteuropäischen Staaten. Der Aufbau neuer bzw. der Ausbau bereits bestehender Wirtschaftsbereiche wird dabei ebenso für eine kräftig steigende Baunachfrage sorgen wie der Ausbau der Infrastrukturnetze. Der Nichtwohnhochbau dürfte langfristig also nicht nur vom Bau neuer Fertigungsstätten, Büros oder Lagerhallen profitieren, sondern auch von der Errichtung neuer Autobahnraststätten, Kraftwerks- oder Bahnhofsgebäude.

Europäischer Wohnungsneubau schrumpft 2010 zum vierten Mal in Folge

Der europäische Wohnungsbau erlebte 2008 und 2009 kräftige Einbußen. In diesem Jahr dürfte dieser Baube-

reich ebenfalls schrumpfen, wenn auch »nur« um rund 3%. In den Jahren 2008 bis 2010 wird sich das Wohnungsbauvolumen daher um insgesamt 22% auf knapp 550 Mrd. € (in Preisen von 2009) verringern. Bei den Neubauleistungen begann die Abwärtsbewegung bereits ein Jahr früher. So flossen noch 2006 nahezu 360 Mrd. € in neue Wohnhäuser. 2010 dürften es nur noch rund 207 Mrd. € (jeweils in Preisen von 2009) sein – was einer Abnahme um mehr als 42% in nur vier Jahren entspricht. Dabei wird der Wohnungsneubau in Westeuropa in den Jahren 2007 bis 2010 um fast 44% zurückgehen, die vier osteuropäischen Länder dürften in der Summe voraussichtlich sogar einen Anstieg von knapp 12% verzeichnen.

In allen Ländern hat das günstige konjunkturelle Umfeld sowie der enorme Anstieg der Energiepreise dazu geführt, dass in den Jahren 2006 bis 2008 zunehmend in die Renovierung und Modernisierung der bestehenden Wohnbauten investiert wurde. Allerdings konnte dies nicht verhindern, dass – vor allem aufgrund rückläufiger Neubautätigkeit in Deutschland und Irland – das westeuropäische Wohnungsbauvolumen 2007 nur noch stagnierte. In Westeuropa stellen die Bauleistungen an bestehenden Wohngebäuden schon seit Jahren ein stabiles Element dar. Die Aufwendungen hierfür »kletterten« von rund 320 Mrd. € im Jahr 2000 auf rund 340 Mrd. € (jeweils in Preisen von 2009) im vergangenen Jahr. (vgl. Abb. 4).

Der Neubau verhält sich dagegen dynamischer, da er viel stärker auf Konjunkturauf- und -abschwünge reagiert. Für die meisten privaten Haushalte bedeutet der Bau eines Hauses oder der Erwerb einer Eigentumswohnung einen enormen finanziellen Kraftakt. In wirtschaftlich unsicheren Zeiten nehmen deshalb viele davon Abstand, während in Aufschwungsphasen steigende Löhne und gefühlte Arbeits-

platzsicherheit die Bereitschaft hierzu deutlich erhöhen. Daneben spielen für den Wohnungsneubau staatliche Förderprogramme, steuerliche Anreize oder Preisänderungen eine wichtige Rolle.

Der westeuropäische Wohnungsneubau bewegte sich zwischen 1999 und 2003 in einer Größenordnung von jährlich um die 300 Mrd. € (in Preisen von 2009). Anfang der neunziger Jahre erreichten die Neubauinvestitionen gerade einmal rund 260 Mrd. € (in Preisen von 2009). In den Jahren 2004 bis 2006 stiegen die Ausgaben für Neubauten dann jedoch deutlich an. 2006 wurde der Höchstwert von knapp 350 Mrd. € erzielt, 2007 sanken die Neubauleistungen dann bereits auf nur noch rund 340 Mrd. € (jeweils in Preisen von 2009).

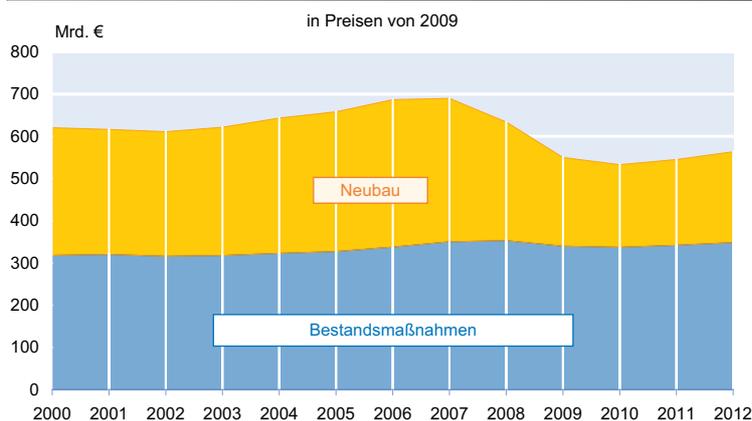
In Westeuropa klettert 2010 der Anteil der Bestandsmaßnahmen auf 63% des Wohnungsbauvolumens

Insbesondere die kräftigen Preisanstiege für Wohnimmobilien führten in vielen westeuropäischen Ländern zu einer merklichen Ausweitung der Neubauaktivitäten. Aber auch die – bedingt durch den Beitritt zur Eurozone – erheblich gesunkenen Zinsen für Hypothekenkredite veranlassten in zahlreichen Ländern die privaten Haushalte zum Bau bzw. Erwerb von Wohneigentum. Im Verlauf der Jahre 2004 bis 2007 kam es schließlich in etlichen Ländern zu einer Überhitzung des Wohnungsmarktes, da insbesondere die offensichtlichen Preissteigerungen auch spekulative Investoren auf den Plan gerufen hatten.

Die Banken gaben bereitwillig Kredite – ebenso wie die Käufer auf weiter steigende Preise vertrauend. Zudem suchten vor allem gut verdienende Engländer, Deutsche und Skandinavier in Südeuropa nach einem Altersruhe- oder Zweitwohnsitz bzw. einer Ferienimmobilie. Finanzkrise und Preisrückgänge ließen jedoch die Bereitschaft zum Immobilienerwerb in einigen Ländern plötzlich sinken. Die Kreditvergabe an Privatpersonen und Immobilienunternehmen wurde deutlich restriktiver, der Wohnungsleerstand nahm schnell deutlich zu. Die Produktionseinbrüche führten sprunghaft zu steigender Arbeitslosigkeit. Der Traum vom Eigenheim rückte für viele in weite Ferne, bei den Banken häuften sich die Kreditausfälle.

Das westeuropäische Neubauvolumen brach völlig ein und dürfte in diesem Jahr nicht einmal mehr 200 Mrd. € (in Preisen von 2009) erreichen. Bis 2012 dürfte nur eine leichte Erholung erfolgen. Die Bestandsmaßnahmen sind von der Krise hingegen

Abb. 4
Entwicklung des Wohnungsbaus in den 15 westeuropäischen Ländern



Quelle: Euroconstruct.

kaum betroffen. Aufgrund des schwächeren Neubaus steigt ihr Anteil in Westeuropa sogar bis auf 63% in diesem Jahr. 2006 entfiel noch mehr als die Hälfte der Wohnungsbauleistungen auf den Neubau.

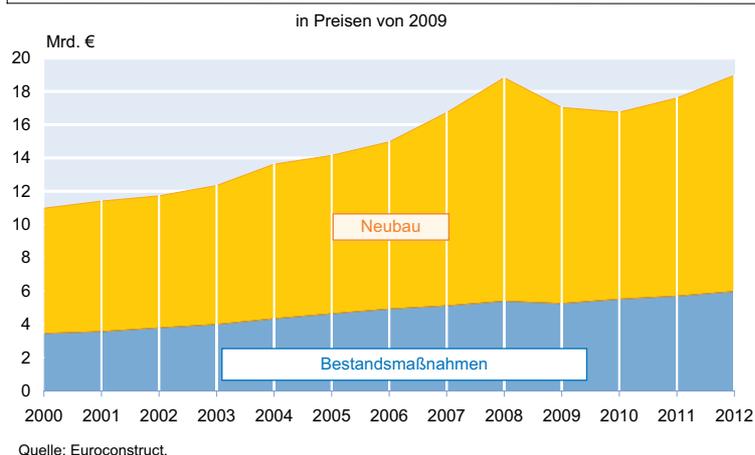
In den vier osteuropäischen Ländern Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn spielen die Bestandsmaßnahmen eine sichtlich geringere Rolle als im Westen. Ihr Anteil liegt seit 2000 nahezu konstant bei gut 30%, das absolute Volumen stieg jedoch stetig an (vgl. Abb. 5). In diesem Jahr dürften rund 5 1/2 Mrd. € (in Preisen von 2009) in Umbauten, Reparaturen, Generalsanierungen und Modernisierungen fließen. Um die Jahrtausendwende waren es noch 2 Mrd. € weniger.

Ein jährlicher Neubau von 200 000 bis 250 000 Wohnungen leistet nur einen geringen Beitrag, das Wohnungsangebot rasch den gestiegenen Ansprüchen anzupassen. Die meisten der fast 25 Mill. Wohneinheiten in den vier östlichen Euroconstruct-Mitgliedsländern müssen deshalb saniert werden. Zwar wurden die Anstrengungen in den letzten Jahren intensiviert, die Wünsche der Bevölkerung würden jedoch ein höheres Tempo erfordern. Viele Gebäude sind nämlich bereits so marode, dass Instandsetzungsmaßnahmen dringend erfolgen müssten. Dies hat auch damit zu tun, dass nach dem Zusammenbruch der Ostblockstaaten Millionen von staatseigenen Etagenwohnungen zu symbolischen Preisen an die Bewohner verkauft wurden. Diese verfügen allerdings häufig nicht über ausreichende Geldmittel, um eine Generalsanierung durchzuführen.

Auch in Osteuropa Abkühlung des Neubausektors

Im Gegensatz zu Westeuropa hat sich 2007 und 2008 der Bau neuer Wohnungen in Osteuropa noch weiter beschleunigt. Auch hier waren deutliche Preiserhöhungen zu beobachten.

Abb. 5
Entwicklung des Wohnungsbaus in den vier osteuropäischen Ländern



achten, die Spekulanten anlockten und zu einer Intensivierung des Neubaus führten. In einzelnen Ländern wurden die Preise für neu erstellte Wohnungen unter anderem auch von stark steigenden Baukosten getrieben. Die Preissprünge waren zum Teil dramatisch und überflügelten die allgemeine Lohnentwicklung so weit, dass ein Großteil der Bevölkerung von seinen Eigenheimplänen Abstand nehmen musste. Selbst staatliche Zinsverbilligungsprogramme, wie sie beispielsweise in Polen angeboten wurden, konnten eine Abkühlung der Neunachfrage nicht verhindern. Letztlich entschieden sich wieder mehr Haushalte dafür, ihr neues Häuschen in Eigenregie zu errichten. Dabei nahmen sie sogar eine erheblich längere Bauzeit in Kauf.

Einige Jahre lang hatten sich Wohnungskäufer in den osteuropäischen Ländern vergleichsweise günstige Fremdwährungskredite in Euro oder Franken »gesichert«. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise haben Abwertungen der heimischen Währung nunmehr jedoch dazu geführt, dass zahlreiche Haushalte mit Zahlungsschwierigkeiten zu kämpfen haben. Die Raten für die in Fremdwährungen aufgenommenen Hypothekenkredite haben sich nämlich – umgerechnet in Forint oder Zloty – deutlich erhöht. Die Restschuld hat sich ebenfalls merklich erhöht.

Das Wirtschafts- und Konsumklima kühlte sich nicht nur in West-, sondern auch in Osteuropa spürbar ab. Auch haben vielerorts Preiskorrekturen dazu beigetragen, dass sich die Neubautätigkeit 2009 und 2010 merklich verringerte. Insgesamt dürfte der Rückgang des Neubauvolumens in diesen beiden Jahren rund 16% betragen. 2010 wird das Neubauvolumen aber immer noch sichtlich über dem Niveau des Jahres 2006 liegen. Denn der Bedarf an neuem Wohnraum ist anhaltend hoch. Im Vergleich zum westeuropäischen Durchschnitt ist der Wohnungsbestand in einem deutlich schlechteren Zustand. Zudem nimmt die Zahl der Haushalte in den vier betrachteten osteuropäischen Ländern stetig zu. Die jährlichen Fertigstellungszahlen machen – bezogen auf den Wohnungsbestand – lediglich rund 1% aus. Die Bauexperten rechnen deshalb damit, dass sich der Neubau 2011 kräftig beleben und 2012 fast zweistellig wachsen wird.

2010 in Irland so gut wie kein Geschosswohnungsbau mehr

2012 dürfte das Neubauvolumen in den vier osteuropäischen Mitgliedsländern mit knapp 13 Mrd. € (in Preisen von 2009) fast wieder das Niveau des bisherigen Spitzenjahres – 2008 – erreichen. Dann sollten nahezu 256 000 Wohnungen in neuen Wohngebäuden fertiggestellt werden – geringfügig weniger also noch 2008 (vgl. Tab. 1). In West-

Tab. 1
Wohnungsfertigstellungen^{a)} in Europa nach Ländern 2008 bis 2012

	in 1 000 Wohneinheiten					Veränderung in % 2012/2008
	2008	2009	2010	2011	2012	
Belgien	52,5	46,9	41,5	42,6	38,2	- 27,2
Dänemark	26,0	17,0	10,0	11,0	12,0	- 53,8
Deutschland	152,3	136,5	157,0	166,0	183,0	20,2
Finnland	30,5	22,2	24,0	28,0	27,5	- 9,8
Frankreich	423,0	357,0	320,0	335,0	325,0	- 23,2
Großbritannien	168,0	139,0	145,0	131,0	133,0	- 20,8
Irland	51,3	18,0	7,5	7,5	8,0	- 84,4
Italien	278,2	244,3	190,3	159,0	159,6	- 42,6
Niederlande	78,9	83,0	62,0	63,5	64,5	- 18,3
Norwegen	28,6	21,7	20,0	22,0	27,0	- 5,6
Österreich	46,6	45,4	43,2	42,0	41,7	- 10,6
Portugal	56,8	50,1	36,5	22,1	19,3	- 66,0
Schweden	35,3	22,6	18,5	23,1	28,2	- 20,1
Schweiz	44,2	43,5	44,5	46,6	48,9	10,6
Spanien	692,0	414,0	100,0	115,0	120,0	- 82,7
Westeuropa (EC-15)	2 164,3	1 661,2	1 219,9	1 214,3	1 235,9	- 42,9
Polen	165,2	160,0	170,0	175,0	175,0	5,9
Slowakei	17,2	18,8	15,3	15,8	16,2	- 5,7
Tschechien	38,4	35,5	31,0	29,1	31,6	- 17,7
Ungarn	36,1	32,0	25,0	27,0	33,0	- 8,6
Osteuropa (EC-4)	256,9	246,3	241,3	246,9	255,8	- 0,4
Insgesamt	2 421,1	1 907,5	1 461,2	1 461,2	1 491,7	- 38,4

^{a)} Fertiggestellte Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden (Ein-, Zwei- sowie Mehrfamiliengebäude).

Quelle: Euroconstruct.

Europa ist hingegen nur eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau bzw. eine leichte Belebung zu erwarten. 2012 werden voraussichtlich fast 1 Mill. Wohneinheiten weniger erstellt als 2008. In vier Jahren würde dann der Rückgang knapp 43% erreichen, wobei allein auf das Krisenjahr 2009 ein »Verlust« von rund einer halben Million Wohnungen entfallen würde.

Im Osten weist Polen durchgängig den umfangreichsten Neubau von Wohnungen auf. Für Spanien trifft dies nur bis einschließlich 2009 zu. Hier wurde in der Boomphase 2003 bis 2007 vor allem die Erstellung von Geschosswohnungen erheblich ausgeweitet. 2010 dürften insgesamt lediglich noch 100 000 neue Wohneinheiten fertiggestellt werden. Das sind weniger als ein Drittel des für Frankreich und gut die Hälfte des für Italien prognostizierten Wertes.

Auch in Irland brach der Wohnungsneubau dramatisch ein. Getreu der britischen »My home is my castle«-Mentalität wurde hier aber vorwiegend in Eigenheime investiert. So fand der Bauboom hier – anders als in Kontinentaleuropa – vor allem im Ein- und Zweifamilienhaussegment statt. Diese Besonderheit konnte allerdings nicht verhindern, dass sowohl der Geschosswohnungs- als auch der Eigenheimbau mittlerweile drastisch geschrumpft sind. Die Errichtung von Geschosswohnungen dürfte 2010 sogar nahezu vollständig

zum Erliegen kommen. Es wird damit gerechnet, dass in diesem Jahr lediglich noch rund 1 000 Wohnungen in neuen Mehrfamiliengebäuden fertiggestellt werden.

Bis 2012 nur drei Länder mit positiver Entwicklung im Wohnungsbau

Vergleicht man die für 2012 prognostizierten Wohnungsfertigstellungen mit den Daten des Jahres 2008, so zeigt sich lediglich für die Länder Deutschland, Schweiz und Polen eine positive Entwicklung. Auch sonst weisen diese drei Länder einige Gemeinsamkeiten auf. So sind sie alle drei wirtschaftlich vergleichsweise robust. Darüber hinaus war auf den Wohnimmobilienmärkten in Deutschland und der Schweiz keine Preisrallye zu beobachten, die die Wohnungsnachfrage zusätzlich angefacht hätte.

Gegenüber 2008 wird für die deutsche Neubautätigkeit der größte Zuwachs erwartet. Die Fertigstellungen sollten hier um rund 20% zulegen. Dabei gilt zu beachten, dass der Wohnungsneubau in Deutschland über viele Jahre hinwegschrumpfte. Schließlich gab es zunächst eine umfangreiche Neubautätigkeit im Gefolge des Wiedervereinigungsbooms sowie anschließend eine Stimulierung durch die Einführung der Eigenheimzulage, die ebenfalls umfangreiche

Vorzieheffekte induzierte. Im Anschluss daran dämpfte dann auch die kontinuierliche Rückführung verschiedener staatlicher Förderungen einschließlich verschlechterter steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten. Nicht ohne Wirkung auf den Neubau dürften mittlerweile auch die strengen Energievorschriften sein.

Wurden 1997 noch rund eine halbe Million Wohnungen neu errichtet, waren es vergangenes Jahr nicht einmal mehr 140 000 Einheiten. Auch die moderaten Lohnsteigerungen sowie die zunehmende Unsicherheit bezüglich des Arbeitsplatzes dürften dazu beigetragen haben, dass die Baunachfrage nahezu kontinuierlich sank. Auch wenn die Genehmigungszahlen mittlerweile anscheinend die Talsohle verlassen haben und die im ifo Konjunkturtest befragten Wohnungsbaufirmen von einer erheblich verbesserten Geschäftslage berichten, so kann bislang bei weitem nicht von einer »kräftigen« Belebung gesprochen werden. Auch 2012 dürfte die Fertigstellungszahl für Deutschland die Marke von 200 000 Wohnungen noch merklich unterschreiten.

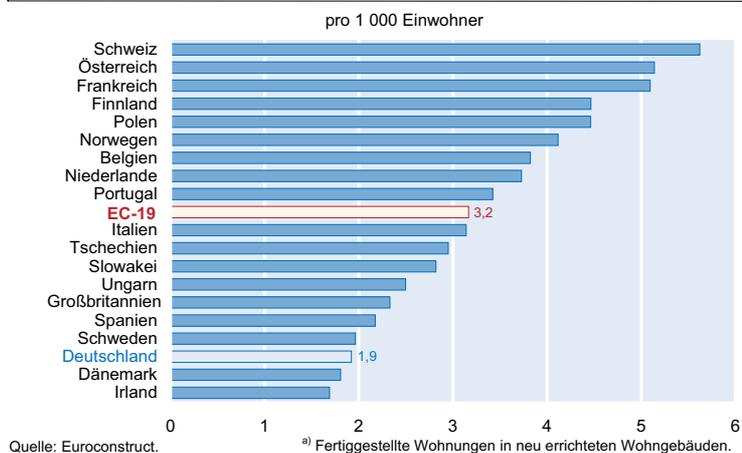
Deutsche Fertigstellungsquote steigt in diesem Jahr, ...

Mittelfristig wird die Fertigstellungsquote pro Kopf in Deutschland demnach niedrig bleiben. 2012 dürften etwa 2,2 Wohnungen je 1 000 Einwohner neu errichtet werden. Dieser Wert liegt deutlich unter dem europäischen Durchschnitt von 3,2 Wohneinheiten. Die leicht positive Entwicklung in Deutschland sowie weitere Rückgänge in einigen anderen Ländern werden 2010 zu einer »Wachablösung« führen. Nach drei Jahren, in denen Deutschland die rote Laterne innehatte, geht diese nun an Irland über: Dort werden in diesem Jahr voraussichtlich nur noch 1,7 Wohnungen je 1 000 Einwohner fertiggestellt (vgl. Abb. 6). Nur drei Jahre zuvor – 2007 – war Irland noch der Spitzenreiter in Europa mit einer Fertigstellungsquote von 18 Wohneinheiten pro 1 000 Einwohner.

... damit ist Deutschland nicht mehr europäisches Schlusslicht

Den vorletzten Platz wird voraussichtlich Dänemark einnehmen, wo 2010 nur noch rund 10 000 neue Wohnungen auf den Markt kommen dürften. 2007 stellte man noch mehr als 30 000 Einheiten fertig. Auch hier führten günstige Zinsen, eine äußerst geringe Arbeitslosigkeit und schließlich auch Preissteigerungen zu einer stark anzie-

Abb. 6
Wohnungsfertigstellungen^{a)} in Europa 2010



henden Baunachfrage. Daneben stimulierten auch »moderne« Finanzinnovationen, bei denen die Kreditnehmer in den ersten Jahren nur geringe Zinsbelastungen zu tragen hatten. Inzwischen haben sich die Vorzeichen jedoch geändert. Die Preise für Wohnimmobilien waren in Dänemark – nach Angaben der Europäischen Zentralbank – 2008 und 2009 rückläufig. Überdies schlug die Wirtschaftskrise voll auf den Arbeitsmarkt durch. Der deutlich verringerte Kündigungsschutz und das sehr effiziente Vermittlungssystem reduzierten zwar im Vorfeld der Krise die Arbeitslosigkeit so stark, dass nahezu von Vollbeschäftigung gesprochen werden konnte. Auf die merklich verschlechterte Auftragslage reagierten die Firmen dann aber mit einer Entlassungswelle.

Der private Konsum schrumpfte 2009 deshalb auch um gut 4 1/2%; im westeuropäischen Durchschnitt gaben die Konsumausgaben nur um etwa 1 1/2% nach. Die gesamte Baunachfrage hat sich deutlich abgekühlt. Speziell der Markt für Wohnimmobilien dürfte einige Zeit brauchen, um die vorangegangene Überproduktion aufzunehmen. Mit einer Quote von 1,9 Wohnungsfertigstellungen je 1 000 Einwohner wird Deutschland im laufenden Jahr demnach auch an Dänemark vorbeiziehen, das 2010 nur noch auf 1,8 Fertigstellungen je 1 000 Einwohner kommen dürfte.

Die meisten Wohnungen werden derzeit – bezogen auf die Bevölkerung – in der Schweiz, Österreich und Frankreich errichtet. Quoten von rund fünf Wohnungen je 1 000 Einwohner stellen allerdings keine übermäßig hohe Neubautätigkeit dar. Der Neubau erfüllt nämlich mehrere wichtige Funktionen. Einerseits schafft der Zubau den notwendigen, zusätzlichen Wohnraum für eine steigende Zahl von Haushalten. Andererseits verhindert der Neubau von Gebäuden eine Überalterung des Wohnungsbestands. Die Bedürfnisse der Bevölkerung haben sich

zudem im Laufe der letzten Jahrzehnte stark gewandelt. So werden beispielsweise Großfamilien immer seltener und der durchschnittliche Wohnflächenverbrauch pro Person nimmt stetig zu.

Erhöhte Ansprüche in Ostdeutschland

Daneben haben sich die Ansprüche deutlich erhöht. Dies betrifft nicht nur die Ausstattung der Gebäude, sondern vor allem die spezifischen Energieverbrauchseigenschaften. Auch der Bedarf an behinderten- oder altersgerechten Wohnungen wird im Zuge der fortschreitenden Überalterung der Gesellschaften enorm wachsen. Da umfangreiche Umbauarbeiten im Bestand jedoch häufig nicht wirtschaftlich sind, bleibt in vielen Fällen nur ein Neubau, um das Wohnangebot – mit den vom Markt geforderten Qualitäten – aufrecht zu erhalten.

Neubautätigkeiten sind darüber hinaus immer auch da vonnöten, wo – im Allgemeinen – aus wirtschaftlichen Gründen eine umfangreiche Binnenwanderung stattfindet. So führt beispielsweise die Verlagerung oder Neugründung der Produktionsstätte eines großen Unternehmens, zusammen mit der Ansiedlung zahlreicher Zulieferer, zur Schaffung vieler Arbeitsplätze. Für diese müssen in der Region Wohnungen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sinkt die Nachfrage nach Wohnungen in den Regionen, aus denen die Beschäftigten weggezogen sind. Die Auswirkungen auf die Wohnraumnachfrage in einzelnen Regionen können somit sehr groß sein.

Im Osten mehr Fertigstellungen pro Kopf als im Westen

Ein Spitzenwert der Fertigstellungsquoten von aktuell 5,6 Wohnungen je 1 000 Einwohner, wie er 2010 für die Schweiz vorhergesagt wird, liegt also durchaus in einem nicht überzogenen Rahmen. 2009 war noch Spanien der Spitzenreiter. Damals wurden dort neun Wohneinheiten pro 1 000 Einwohnern neu errichtet. Auch der Durchschnittswert für alle 19 Euroconstruct-Länder hat sich merklich verringert. 2007 wurde noch eine Quote von fast sechs Wohnungen je 1 000 Einwohner erreicht. In diesem Jahr dürfte dieser Durchschnittswert dagegen bei etwa 3,2 Wohneinheiten je 1 000 Einwohner liegen. In Westeuropa wird die Fertigstellungsquote vermutlich 3,1 und in Osteuropa 3,8 Wohnungen je 1 000 Einwohner erreichen.

Der Einbruch im spanischen Wohnungsbau wird vereinzelt bereits mit der desolaten Situation in Deutschland verglichen. Hierzulande wurde im vergangenen Jahr mit der Fertigstellung von nur noch 136 518 Wohnungen in

neuen Wohngebäuden der niedrigste Wert seit mehr als 50 Jahren verzeichnet. Es wird dann die Frage gestellt, ob in Spanien, nach dem Ende des Wohnungsbaubooms, nun ebenfalls viele Jahre mit schwacher – oder gar weiter rückläufiger – Wohnungsnachfrage gerechnet werden muss.

Langfristanalyse für Deutschland und Spanien

Um diese Frage zu beantworten, ist es vorteilhaft, die Entwicklung in diesen beiden Ländern über einen längeren Zeitraum hinweg zu analysieren. So belebte sich die Wohnungsbautätigkeit in Deutschland in der ersten Hälfte der neunziger Jahre merklich – nachdem es in Westdeutschland nur wenige Jahre zuvor noch so aussah, als würde der Wohnungsbau spürbar an Bedeutung verlieren. 1987 und 1988 rutschte die Zahl der Wohnungsfertigstellungen nämlich unter die Marke von 200 000. Die damals aktuellen Bevölkerungsprognosen zeigten Deutschland als »aussterbende« Nation. Wer wollte da noch in Wohnungen investieren? Und im damaligen Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau wurden Pläne diskutiert, die gesamte Bauförderung einschließlich des sozialen Wohnungsbaus einzustellen.

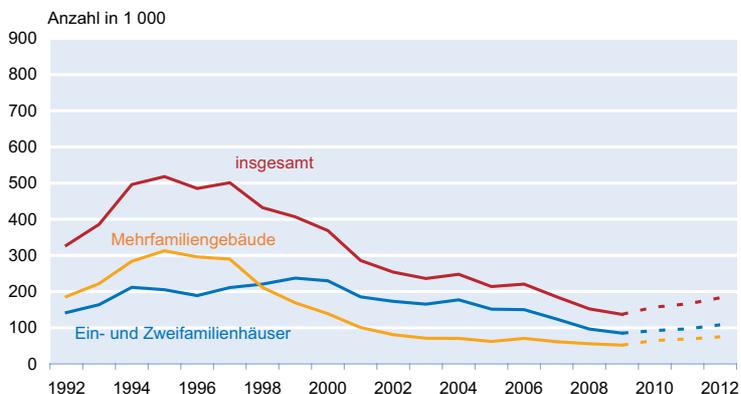
Mit der Wiedervereinigung wurden die Weichen jedoch neu gestellt. Um die Wohnungsversorgung in Ostdeutschland zu verbessern, musste möglichst rasch der Wohnungsneubau stimuliert werden. Dies erfolgte durch das Fördergebietsgesetz, wonach bereits im Jahr der Fertigstellung bis zu 50% der Herstellungskosten steuerlich geltend gemacht werden konnten. Aber auch in Westdeutschland gab es bis Ende 1995 vortreffliche steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten. So konnten bei der Erstellung von Wohngebäuden bereits in den ersten zehn Jahren 58% der Herstellungskosten als AfA geltend gemacht werden. Die Konditionen waren demnach nur geringfügig schlechter als für Wohnungsbauinvestitionen in Ostdeutschland (60% AfA in zehn Jahren).

Nach dieser intensiven Steuer-induzierten Förderung hätte sich die Wohnungsnachfrage eigentlich bereits spürbar abkühlen müssen. Die für die Wohnungsnachfrage besonders wichtige Altersgruppe der 25- bis 35-Jährigen schrumpfte nämlich in weniger als zehn Jahren um fast 40%. Durch die Einführung der Eigenheimzulage ab 1996 kam es jedoch noch einmal zu einem Nachfrageschub, der allerdings nach rund drei Jahren verpuffte (vgl. Abb. 7).

Kräftig steigende Immobilienpreise in Spanien

Schon der merkliche Anstieg der Wohnungsneubautätigkeit im Verlauf der neunziger Jahre wurde in Spanien in erster

Abb. 7
Wohnungsfertigstellungen in Deutschland



Quelle: Euroconstruct.

Linie von steigenden Immobilienpreisen getragen. Es gab zur selben Zeit zwar auch in Deutschland Preisanhebungen bei neu errichteten Wohngebäuden. Die Verteuerung konzentrierte sich allerdings im Wesentlichen auf Objekte in Ostdeutschland, die westdeutschen Investoren mit Spitzensteuersätzen angeboten wurden. Diese Ausreißer passten sich aber relativ bald dem allgemeinen Immobilienpreinsniveau an.

In Spanien stiegen demgegenüber die Preise für Wohnimmobilien in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre um durchschnittlich 5% p.a., ab 2001 sogar zweistellig. Hier dürfte spätestens ab der Einführung des Euro im Jahr 2002 ein »Dreiklang« für eine atemberaubende Entwicklung gesorgt haben. Seit der Mitte der neunziger Jahre näherten sich die Zinssätze der späteren Euroländer an, wobei vor allem in den südeuropäischen Ländern die Zinsen spürbar sanken. Die Finanzierungskonditionen waren somit plötzlich in Spanien für viele potentielle Investoren unvorstellbar günstig.

Dadurch wurde auch die Wohnungsnachfrage kräftig stimuliert, was konsequenterweise bald zu noch größeren Preissteigerungen an den Immobilienmärkten führte. Bei Zinsen in der Größenordnung von lediglich 4% und zweistellig kletternden Immobilienpreisen musste weitere Nachfrage entstehen. Das Zusammenspiel von niedrigen Zinsen sowie steigenden Preisen und zunehmender Nachfrage konnte sich viele Jahre fortsetzen. Allein in den fünf Jahren 2001 bis 2005 verdoppelten sich die Preise für Wohnimmobilien, die Zahl der Wohnungsfertigstellung stieg von rund einer halben Million auf knapp 700 000 Einheiten (vgl. Abb. 8). Im Jahr 2007 wurde mit rund 800 000 Fertigstellungen der Spitzenwert er-

reicht, kurz darauf – im Frühjahr 2008 – markierten die Preise ihren Gipfelpunkt. Nach den Daten der Europäischen Zentralbank waren damals die Preise für neue Wohnungen 126% höher als sieben Jahre zuvor.

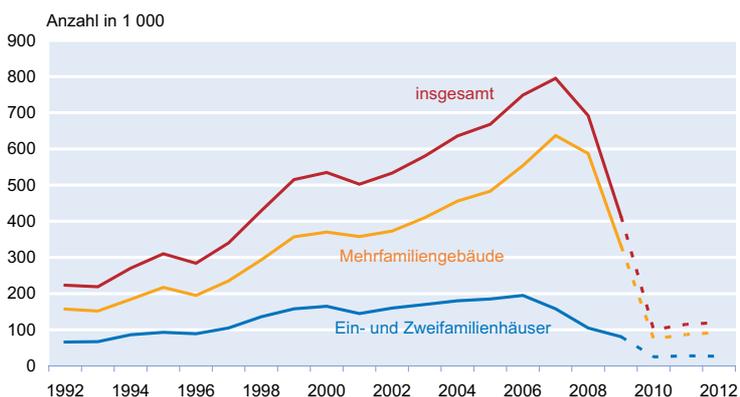
Schrumpfende Bevölkerung in Deutschland seit 2003

Ostdeutschland weist schon seit Beginn der neunziger Jahre einen Bevölkerungsrückgang auf. In Westdeutschland waren dagegen in den Jahren 1989 bis 1992 umfangreiche Zuzüge zu registrieren. So stieg die Bevölkerungszahl in Westdeutschland allein in diesen vier Jahren vor allem durch Zuzüge aus Ostdeutschland sowie osteuropäischen Ländern um 3,6 Millionen an. In Deutschland insgesamt wuchs die Bevölkerung in den Jahren 1993 bis 2002 noch um durchschnittlich 0,2% pro Jahr. Seit 2003 nimmt die Bevölkerung sogar ab.

Auch in Spanien war die Bevölkerungsentwicklung zunächst eher verhalten. So nahm die Einwohnerzahl im Verlauf der neunziger Jahre lediglich um gut 100 000 Personen pro Jahr zu, was einem Zuwachs von rund 0,3% entsprach. Im darauf folgenden Jahrzehnt avancierte Spanien jedoch zum Land mit der höchsten Bevölkerungszunahme in Europa: In der Zehnjahresperiode 2000 bis 2009 kletterte die Zahl der Bevölkerung jährlich um im Durchschnitt 640 000 Personen. Dies entspricht einer durchschnittlichen Zunahme um rund 11/2% pro Jahr.

Dass eine Ausweitung der Wohnungsbautätigkeit stark vom Bevölkerungszuwachs getragen wird bzw. wurde lässt sich recht gut an der Struktur der erstellten Wohngebäude ablesen. So dominierten in Deutschland lediglich bis 1997 die

Abb. 8
Wohnungsfertigstellungen in Spanien



Quelle: Euroconstruct.

Wohnungsfertigstellungen in Mehrfamiliengebäuden. In Spanien ist der Geschosswohnungsbaubau demgegenüber in allen Jahren des Untersuchungszeitraums mindestens doppelt so groß wie der Ein- und Zweifamilienhausbau. In Zahlen ausgedrückt heißt das: In Deutschland wurden in der 18-Jahres-Periode bis 2009 im Durchschnitt rund 325 000 Wohnungen pro Jahr fertig gestellt. Davon entfielen gut 53% auf Wohnungen in Ein- und Zweifamiliengebäuden.

In Spanien dominiert der Geschosswohnungsbaubau

Von den fast 500 000 Wohnungen, die im selben Zeitraum pro Jahr in Spanien gebaut wurden, entfielen dagegen nur rund halb so viele in Ein- und Zweifamilienhäusern (27%). Der Wohnungsneubau wurde – und wird – in Spanien also eindeutig vom Geschosswohnungsbaubau dominiert. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass der größte Teil der Wohnungen, der in den letzten Jahren für den Tourismus oder als Ferienwohnung/Zweitwohnung für Nicht-Spanier errichtet wurden, in den Bereich des Geschosswohnungsbaus fällt.

Bezieht man die Zahl der Wohnungsfertigstellungen auf die jeweilige Zahl der Einwohner, dann zeigt sich, dass es in Deutschland selbst in der kräftigsten Phase der Wohnungsbautätigkeit im Gefolge der Wiedervereinigung so gut wie keinen »Boom« gegeben hat – zumindest wenn man die Entwicklung in Spanien gegenüberstellt. So wurden in Deutschland selbst in den Jahren 1994 bis 1997 nur rund sechs Wohnungen je 1 000 Einwohner fertig gestellt (vgl. Abb. 9). Diese Werte wurden in Spanien selbst in den Jahren mit noch moderater Neubautätigkeit – in der ersten Hälfte der neunziger Jahre – übertroffen.

Während in den 18 Euroconstruct-Ländern ohne Spanien bis 2000 jährlich nahezu konstant rund vier Wohnungen

pro 1 000 Einwohner gebaut wurden, kletterte der Wert für Spanien bereits auf das Dreifache. Im daran anschließenden Superboom mit in der Spitze 800 000 Fertigstellungen im Jahr 2007 wurden 18 Wohnungen je 1 000 Einwohner fertig gestellt. Ab der Mitte des Jahrzehnts belebte sich die Wohnungsneubautätigkeit auch in einigen anderen europäischen Ländern nicht unerheblich, z.B. in Irland, Polen, Frankreich oder dem Vereinigten Königreich. Der Durchschnittswert für die 18 Euroconstruct-Länder ohne Spanien stieg dadurch 2006 erstmals deutlich über die Marke von vier Fertigstellungen je 1 000 Einwohner.

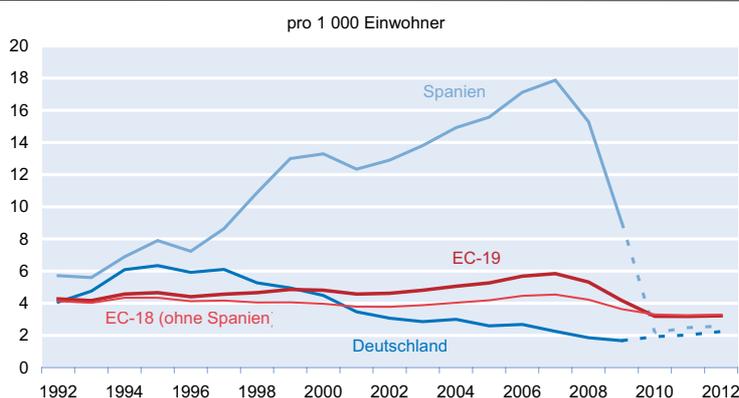
Die Entwicklung des Wohnungsneubaus in Deutschland und Spanien weist somit im Vergleich der letzten knapp 20 Jahre kaum Gemeinsamkeiten auf. Der kleine »Boom« in Deutschland zu Beginn der neunziger Jahre war im Wesentlichen erfreulichen Vorgaben im Steuerrecht geschuldet. Als diese Effekte verschwanden – und schließlich auch noch die altersmäßig wichtigste Nachfragergruppe schrumpfte – konnte der schleichende Rückgang beim Bau neuer Wohnungen nicht mehr aufgehalten werden.

Eine Million leer stehender Wohnungen in Spanien

In Spanien erhöhte sich in 18 Jahren die Bevölkerung um rund sieben Millionen Einwohner. Dies entspricht einem Anstieg von etwa 18%. Allein aus diesem Grund war eine kräftige Neubautätigkeit absolut notwendig. Zu der Zuspitzung der Nachfrage führten allerdings letztlich die traumhaften Finanzierungskonditionen, die das Doppelpass-Spiel von steigender Nachfrage und Preisen ermöglichten. Das Spiel funktionierte so gut – und so lange – dass am Ende nicht nur die Preise »in den Himmel« wuchsen sondern auch über eine Million leer stehender Wohnungen auf dem Markt waren. Die hohe Wohnungsbautätigkeit konnte nicht langsam zurückgefahren werden sondern verfiel innerhalb von wenigen Monaten. In diesem Jahr werden in Spanien voraussichtlich nur noch 100 000 Wohnungen fertig gestellt; dies entspricht rund einem Achtel des Wertes von 2007.

Was die zukünftige Entwicklung betrifft, so dürfte diese mittelfristig sowohl für Deutschland als auch für Spanien nicht ungünstig ausfallen. In Deutschland kann auch weiterhin mit keiner echten Hilfestellung von Seiten des Staates gerechnet werden. Positiv ist allerdings zu werten, dass der kräftige Rückgang bei den 25- bis 35-Jährigen mittlerweile abgeschlossen ist – und damit nicht weiter bremsend auf die Wohnungsnachfrage wirkt. Durch die schwache Neubautätigkeit über viele Jahre hinweg existiert in

Abb. 9
Wohnungsfertigstellungen^{a)} je Einwohner in Spanien und Deutschland



^{a)} Fertiggestellte Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden.
Quelle: Eurostat; Euroconstruct.

einigen wachstumsstarken Regionen sogar bereits Wohnungsmangel.

In Spanien wird es zwar einige Jahre dauern, bis das Gros der Leerstände abgebaut ist – und sich auch die Preise wieder normalisiert haben. Sollte allerdings das kräftige Bevölkerungswachstum anhalten – Experten gehen von einer Erhöhung um im Durchschnitt 200 000 bis 250 000 Personen pro Jahr aus, d.h. einem Anstieg um rund 1/2% pro Jahr – dann sollte bereits in wenigen Jahren das derzeitige Fertigstellungsniveau wieder deutlich übertroffen werden. Eine lang anhaltende Schwächephase wie in Deutschland dürfte es somit in Spanien nicht geben.

Literatur

Euroconstruct (2010a), *Country Report: Macroeconomic Trends and Forecasts for the European Construction Market to 2012, Special Topic: Recovery Strategies – Positioning the Industry for the Upturn – 69th Euroconstruct Conference Dublin 2010, Dublin Castle, 24th & 25th June 2010*. Hrsg. DKM Economic Consultants, Dublin.

Euroconstruct (2010b), *Summary Report: Macroeconomic Trends and Forecasts for the European Construction Market to 2012, Special Topic: Recovery Strategies – Positioning the Industry for the Upturn – 69th Euroconstruct Conference Dublin 2010, Dublin Castle, 24th & 25th June 2010*. Hrsg. DKM Economic Consultants, Dublin.

Nachdem für den Mai 2010 noch gemeldet wurde, dass der Bierabsatz in Deutschland auf den niedrigsten Maiwert seit 1993 gesunken sei (vgl. Statistisches Bundesamt 2010a), konnte das Brauereigewerbe in den Folgemonaten aufatmen. Die Begeisterung und Freude in Deutschland über die Spiele sowie den Verlauf der Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika und der außergewöhnlich heiße Sommer in der Heimat sorgten für ein Hoch beim Bierabsatz in Deutschland.

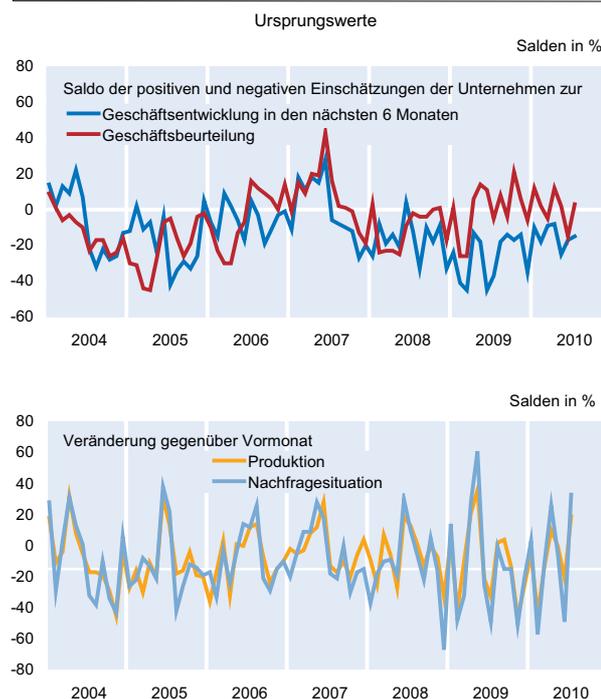
Die Daten des ifo Konjunkturtests zeigen deutlich, wie die Erwartungen der Branche aufgrund der positiven Erfahrungen und Entwicklungen von 2006, dem Jahr der Fußball-Weltmeisterschaft im eigenen Land, von den Hoffnungen auf das Ereignis Fußball-Weltmeisterschaft 2010 in Südafrika geprägt worden sind (vgl. Abb. 1). Damals kamen allerdings noch weitere Impulse durch die vielen ausländischen Gäste und deren zusätzlichen Konsum in Deutschland hinzu. Schönes Wetter, perfekte Tore und ein gepflegtes Bier bilden den Harmonie-Dreiklang, von dem die Brauindustrie respektive das Brauereigewerbe träumen. Das vom Deutschen Brauerbund (DBB) erhoffte und sehnlich erwünschte »Sommermärchen 2010« ist nach bisher vorliegenden Informationen also Wirklichkeit geworden. Die Branche meldet für Juni¹ und Juli 2010 beträchtliche zusätzliche Absatzmengen, vergleichbar mit Absatzschwerpunkten bzw. Spitzenabsätzen wie zu Silvester oder Ostern.² Die Produktions- und Nachfragespitze zu Ostern 2009 mit einem ungewöhnlich warmen und schönen Aprilwetter sticht in Abbildung 1 direkt ins Auge. Im Juni 2010 berichtet nun Krombacher beispielsweise, dass das beste Ergebnis in der Geschichte der Brauerei erzielt wurde. Die euphorische Stimmung im Lande hat dazu beigetragen, den heimischen Bierkonsum spürbar anzukurbeln (vgl. Allgemeine Hotel- und Gastronomiezeitung, AHGZ, 2010). Viele Brauereien mussten Sonder-schichten fahren. Allerdings sind sich die deutschen Brauer darüber im Klaren: Den generellen Trend in Deutsch-

land eines seit mehr als 20 Jahren sinkenden Pro-Kopf-Bierverbrauchs kann dauerhaft auch die Kraft des Fußballs nicht drehen (vgl. Tab. 1).

Nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests machte der gesamte Getränkebereich im Juli 2010 in Deutschland – wetterbedingt – einen außergewöhnlich großen Produktions- und Absatzsprung.

In den außerordentlich kühlen Monaten April und Mai 2010 war demgegenüber der Bierdurst in Deutschland quasi »eingefroren«. Von Januar bis Mai 2010 lag der Bierabsatz mit 38,713 Mill. hl um 2,7% unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraumes (2009:

Abb. 1
Das deutsche Brauereigewerbe im Spiegel des ifo Konjunkturtests



Quelle: ifo Konjunkturtest.

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (2010b): Juni 2010 + 7,8% gegenüber Juni 2009

² Vgl. z.B. Warsteiner Gruppe (2010); Lebensmittelzeitung (2010b); Handelsblatt (2010); Die Welt (2010).

Tab. 1
Entwicklung des Pro-Kopf-Bierverbrauchs
in Deutschland:

Jahr	Bierverbrauch je Einwohner in Liter
1992	142,0
1995	135,9
1998	127,5
2001	122,6
2004	116,0
2005	115,3
2006	116,0
2007	111,8
2008	111,1
2009	109,6
Veränderung 2009 zu 1992 in %	- 22,8

Quelle: Deutscher Brauer-Bund e.V.

39,806 Mill. hl).³ Bei den Biermixgetränken fiel der Absatzrückgang in den ersten fünf Monaten 2010 mit - 11,3% noch wesentlich deutlicher aus (2010: 1,45 Mill. hl gegenüber 2009: 1,64 Mill. hl). Auch bei den Biermischungen stand im Juni 2010 ein deutliches Plus. Im Halbjahresergebnis ergab sich so gegenüber dem ersten Halbjahr 2009 nur noch ein Minus von 4,3%. Dabei konnte der Bierexport in andere EU- (an vorderster Stelle Italien) sowie Drittländer (auf dem ersten Platz hier die USA) sogar noch zulegen⁴; regelrecht eingebrochen im April und Mai war hingegen der inländische Bierkonsum. Bereits 2009 mussten die deutschen Brauereien ein Absatzminus von 2,8% im Vergleich zu 2008 hinnehmen.⁵ Sogar weltweit ging die Biererzeugung im vergangenen Jahr 2009 marginal zurück, sie stagnierte knapp.

Deutschland verfügt traditionell über eine beispiellose Vielfalt an Bieren. So zählt der Deutsche Brauer-Bund (DBB, 2010) insgesamt rund 5 000 Biere auf, gebraut in 1 327 Braustätten (Stand: 2010), die zu etwas mehr als 900 Unternehmen gehören (nach Statistischem Bundesamt, Umsatzsteuerstatistik). Regionale Vielfalt bei heimatischer Verwurzelung und ein breiter Mix an Sorten mit zahlreichen regionalen Spezialitäten sind prägende Bestandteile der weltberühmten deutschen Bierkultur. Die Zahl der Braustätten steigt dabei in den letzten Jahren aufgrund zahlreicher neu eröffneter Braugasthäuser, die verbreitet auch unter dem Begriff: »Gasthausbrauereien« bekannt sind. Im eigentlichen Brauereigewerbe vollzieht sich allerdings seit

Jahren ein offensichtlich nicht aufhaltbarer Konzentrationsprozess: Große Brauereien kaufen immer wieder kleine auf. Zahlreiche Brauereien im mittleren Marktsegment gaben in den letzten 10 bis 15 Jahren sogar auf, sie wurden endgültig geschlossen. Mittlerweile wird von einem Konzentrationsgrad in der Branche ausgegangen, der besagt, dass 95% des deutschen Bierausstoßes von 14% der heimischen Brauereien getragen wird.

Die letzten Jahre auf dem deutschen Biermarkt waren gekennzeichnet von einem Wachstum bei so genannten Billigmarken, während der Umsatz bei den führenden bzw. bekannten Premiummarken-Bieren stagnierte oder teilweise sogar Rückgänge verzeichnete. So eilte die Oettinger-Gruppe mit ihrem Markenzeichen als Anbieter von Billigbieren in den letzten Jahren von Wachstumserfolg zu Wachstumserfolg und konnte zu den größten Braukonzernen in Deutschland aufschließen.⁶ Als Ergebnis dieser Entwicklung vertreiben inzwischen auch viele so genannte Premium-Brauereien eine Billigbiermarke. Entsprechend hatte ursprünglich die Holsten-Gruppe mit großem Erfolg die Billig-Dosenbiere 5.0 und 2.5⁷ (Radler) eingeführt. Die Warsteiner Gruppe z.B. erwarb 1990 die Paderborner Brauerei, mit deren Produkten sie inzwischen auf dem Niedrigpreissegment mitkonkurriert (vgl. z.B. Lebensmittelzeitung 2010a).

Seit 2004 haben die großen Brauereikonzerne der Welt, wie Inbev (mit Marken in Deutschland wie Becks, Franziskaner/Spaten/Löwenbräu, Hasseröder, Diebels etc.), Carlsberg (mit Marken in Deutschland wie Holsten, Lübzer etc. – früher auch Feldschlösschen, wurde jedoch inzwischen von der Oettinger-Gruppe übernommen) Heineken (mit Brauholding, also den deutschen Marken Paulaner, Kulmbacher, Fürstenberg etc., die auch zwischenzeitlich mit dem briti-

⁶ Der Spiegel (2009) bezeichnet die Gruppe bereits als den Marktführer in Deutschland (löste 2004 die Krombacher Brauerei als Branchenprimus ab).

⁷ Was sich als eine äußerst erfolgreiche Marketingstrategie entpuppte, da die Produktnamen bei gleichzeitiger Rückkehr zur Dose voll den Zeitgeist der jungen Generation trafen.

Tab. 2
Ausgewählte Kennzahlen zur deutschen Brauwirtschaft

Jahr	1995	1998	2002	2004	2006	2008	2009
Bierausstoß (Mill. hl)	116,9	111,5	107,6	108,4	104,3	99,9	98,1
Bierverbrauch (Mill. hl)	111,0	104,6	100,6	95,7	95,5	91,1	89,9
<i>Nachrichtlich:</i> Biermixgetränke (Mill. hl)	–	1,2	2,9	2,6	3,5	4,2	4,19
Bierausfuhr (Mill. hl)	8,1	8,7	11,2	14,6	14,9	15,2	13,9
Biereinfuhr (Mill. hl)	3,2	3,1	3,7	4,4	6,4	6,5	5,7

Quelle: Deutscher Brauer-Bund e.V. (DBB),
<http://www.brauer-bund.de/aktuell/statistik.html>.

³ Statistisches Bundesamt, FS 14, Reihe 9.2.1.

⁴ Erstes Halbjahr 2010: Bierexporte insgesamt: + 7,4 % (in EU-Länder: + 3,3%, in Drittländer: + 21,9%).

⁵ Zur Entwicklung des Bierabsatzes in Deutschland 1999 bis 2008 vgl. Statistisches Bundesamt (2009).

schen Konzern Scottish & Newcastle mit ihrer bekanntesten Marke FOSTER'S fusioniert wurden) oder SAB-Miller⁸ (mit Pilsner Urquell aus Tschechien) verstärkt Beteiligungen an deutschen Großbrauereien erworben (vgl. Balz 2005). Gemessen an den Größenmaßstäben auf Weltmarktebene kommt jedoch der größte deutsche Bierproduzent, die Ra-derberger Gruppe, nur auf einen vergleichsweise geringen Anteil von 1% am Weltbiermarkt. Nach Angaben der Barth-Gruppe⁹ ist China unter nationalen Aspekten der größte Bierproduzent der Welt, Deutschland rangiert nach diesem Ranking auf Platz 5.

In der Branche orientiert man sich allerdings weit mehr an dem Motto: Entscheidend ist, nicht am größten, sondern am besten zu sein. Schließlich zählt das älteste Lebensmittelgesetz der Welt, das Reinheitsgebot von 1516, zu den Qualitätstrümpfen der deutschen inländischen Brauereiunternehmen.

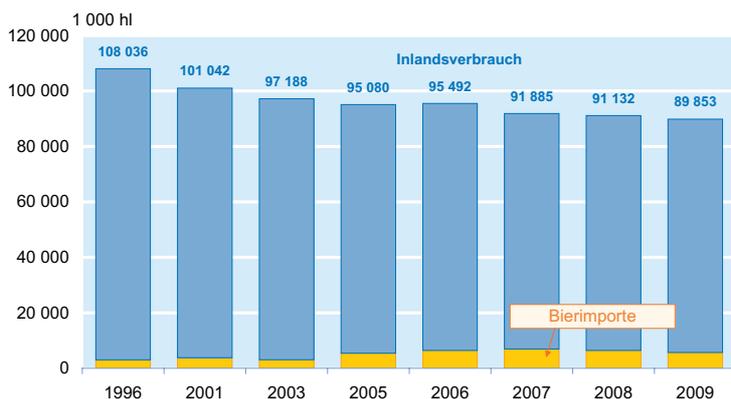
In den letzten Jahren nimmt der Anteil von Importbieren stetig zu (vgl. Abb. 2). D.h. die Konkurrenz auf dem inländischen Markt wird zusätzlich verstärkt durch Biereinfuhren, insbesondere aus bekannten traditionsreichen Bierproduktionsländern, wie z. B. Dänemark oder gerade auch aus Staaten Ost- und Mitteleuropas, wie der tschechischen Republik, aus Polen und inzwischen auch aus Russland etc. Für die Nachfrage ist hier beispielsweise von zentraler Bedeutung, dass in Deutschland tätige polnische Saisonarbeitskräfte Biere aus ihrer Herkunftsregion bevorzugen, um so sich ein Stück Heimat in der Fremde bewahren zu können. Die Wettbewerbsintensität, national und international, dürfte für die deutschen Brauer also zukünftig kaum geringer werden.

Literatur

Allgemeine Hotel- und Gastronomiezeitung (AHGZ, 2010), »König Fußball regiert furios – Deutschlands Gastronomen profitieren von der Weltmeisterschaft/Technikinvestitionen werden von den Gästen honoriert«, vom 3. Juli 2010, 7.
 Balz, M. (2005), »Branchen im Blickpunkt: Anmerkungen und Daten zum Weltbiermarkt«, *ifo Schnelldienst* 58(17), 34–36.
 Der Spiegel (2009), »Bier vom Billigheimer: Oettinger – Marktführer ohne Werbung«, Spiegel TV, <http://www.spiegel.de/video/video-1015581.html>.
 Deutscher Brauer-Bund (DBB, 2010), »Brauwirtschaft in Zeiten der Unsicherheit gut aufgestellt«, Pressemitteilung vom 10. Juni 2010, <http://www.brauer-bund.de/index.php?id=455>.
 Die Welt (2010), »Letzte Hoffnung Südafrika – Für die Brauer war 2010 bislang ein Katastrophenjahr«, vom 12. Juni 2010, 16.
 Handelsblatt (2010), »Durst nach Toren – Die deutschen Brauereien setzen ganz auf die Fußballweltmeisterschaft«, vom 25./26. Juni 2010, 24–25.
 Lebensmittelzeitung (2010a), »Im Preiseinstiegssegment läuft es – Paderborner Brauerei profitiert von der Krise und steigert den Absatz«, 11. Juni 2010, 57.
 Lebensmittelzeitung (2010b), »Brauer jubeln zur WM – Fußball und bestes Sommerwetter lassen Bierverkäufe steigen«, 9. Juli 2010, 14.
 Statistisches Bundesamt (2010b), »Bierabsatz im ersten Halbjahr 2010 um 0,7% gesunken«, Pressemitteilung vom 29. Juli 2010, http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/07/PD10__267__799,templatelD=renderPrint.psml.
 Statistisches Bundesamt: (2009), »Bierabsatz im Jahr 2008 um 1,1% gesunken«, Pressemitteilung vom 29. Januar 2009, http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2009/01/PD09__036__799.psml.
 Statistisches Bundesamt: (2010a), »Bierabsatz im Vorfeld der Fußball-WM rückläufig«, Zahl der Woche, Pressemitteilung vom 6. Juli 2010, http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/zdw/2010/PD10__027__p002,templatelD=renderPrint.psml.
 Warsteiner Gruppe (2010), »Warsteiner im Juni mit zweistelligem Absatzplus«, Pressemitteilung vom 15. Juli 2010, <http://www.warsteiner-gruppe.de/presseportal/view/pressrelease/company/2523>.

⁸ War auch Hauptsponsor der Fußball-WM-Heimmannschaft von Südafrika.
⁹ Vgl. <http://www.infodienst.de/barth-zahlen-zum-weltbiermarkt-2009>.

Abb. 2
Entwicklung der Einfuhren von Bier nach Deutschland



Quelle: Deutscher Brauer-Bund e.V.

Im September 2009 ratifizierte Timor-Leste (Osttimor) als letztes von 196 Ländern das »Montreal-Protokoll über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen«. Das Protokoll von 1987 stellt damit das bedeutendste multilaterale Umweltabkommen und die erste internationale Vereinbarung dar, die eine weltweite Ratifizierung erlangte. Die Problematik des Ozonlochs ist inzwischen weitgehend aus der öffentlichen Debatte verschwunden. Mehr als 20 Jahre nach dem Montrealer Abkommen ist die Wissenschaft jedoch zu neuen Erkenntnissen über die Zusammenhänge zwischen Ozonloch und Klimawandel gelangt. Dieser Artikel der Reihe »Kurz zum Klima« gibt einen Überblick über die Bedeutung des Ozonlochs für Umwelt und Klima und diskutiert Politikmaßnahmen zur Abschaffung ozonschichtschädigender Substanzen.

Die Existenz eines Ozonlochs über der Antarktis wurde 1985 durch Farman, Gardiner und Shanklin nachgewiesen, nachdem Molina und Rowland bereits 1974 den Prozess des Ozonabbaus durch Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) beschrieben hatten. Auch über der Arktis bildete sich ein Ozonloch, allerdings mit einer weitaus geringeren Ausdehnung und geringeren Abbauraten. Ozon (O_3) wird in der Stratosphäre (15 bis 35 km Höhe) der Tropen durch den Einfluss der UV-Strahlung gebildet und bis zu den Polen transportiert. Die Strahlung spaltet die Sauerstoffmoleküle (O_2) in atomaren Sauerstoff (O) auf, der sich wiederum mit anderen Sauerstoffmolekülen zu Ozon verbindet (vgl. UNDP 2007).

FCKWs umfassen eine Gruppe künstlich hergestellter organischer Verbindungen, bei denen der Wasserstoff in natürlich vorkommenden Kohlenwasserstoffen vollständig durch Fluor und Chlor ersetzt wird. Diese Stoffe sind ungiftig und unbrennbar und stellen aufgrund einer geringen Wärmeleitfähigkeit gute Kältemittel dar (vgl. Bayerisches Landesamt für Umwelt 2008). Verwendet wurden sie neben der Funktion als Kältemittel unter anderem als Treib- und Lösemittel, Feuerlöschmittel sowie für industrielle Reinigungsprozesse (vgl. UNDP 2007). Aufgrund ihrer chemischen Stabilität gelangen FCKWs unverändert in die Stratosphäre, in der sie bis zu mehreren Jahrhunderten verbleiben. Der starke Ozonabbau über der Antarktis kommt durch die besonderen Klimabedingungen zustande und umfasst eine Reihe komplexer Vorgänge. Im Winter der südlichen Hemisphäre bildet sich rund um die Antarktis ein Kaltluftwirbel, der verhindert, dass weitere milde Luft ins Landesinnere strömt (vgl. AWI 2006). Die Wolken, die sich bei Temperaturen unter -80°C bilden, stellen die Grundlage für den Ozonabbau dar. Es bilden sich dort Eiskristalle aus FCKW-Abbauprodukten, welche sich wiederum zu reaktiven Chlorverbindungen umwandeln (vgl. AWI 2006). Die im Laufe des antarktischen Frühlings (September/Oktober) wieder verstärkt einwirkenden UV-Strahlen liefern dann die Energie für die Auf-

spaltung der Verbindungen, aus denen freie Chlorradikale hervorgehen. Diese haben das Potential, Ozonmoleküle zu Sauerstoffmolekülen umzuwandeln und die Ozonschicht nach und nach abzubauen (vgl. UNDP 2007). Ein einziges Chlorradikal kann dabei bis zu 100 000 Ozonmoleküle spalten (vgl. Bayerisches Landesamt für Umwelt 2008). Des Weiteren können auch Brom und Jod Ozon aufspalten. Im Sommer löst sich der polare Kaltluftwirbel auf, so dass wieder wärmere, ozonhaltigere Luftmassen zur Antarktis strömen und sich das Ozonloch schließt. Als Ozonloch wird dabei der Bereich der Atmosphäre bezeichnet, in dem die Ozonkonzentration unter den Wert von 220 Dobson-Einheiten sinkt.¹ Die Folgen, die sich aus dem Ozonloch ergeben, sind weithin bekannt. Durch eine erhöhte UV-Strahlung steigt das Risiko, an Hautkrebs zu erkranken, sie gefährdet zudem das Sehvermögen sowie das Pflanzenwachstum (vgl. UNEP 2007).

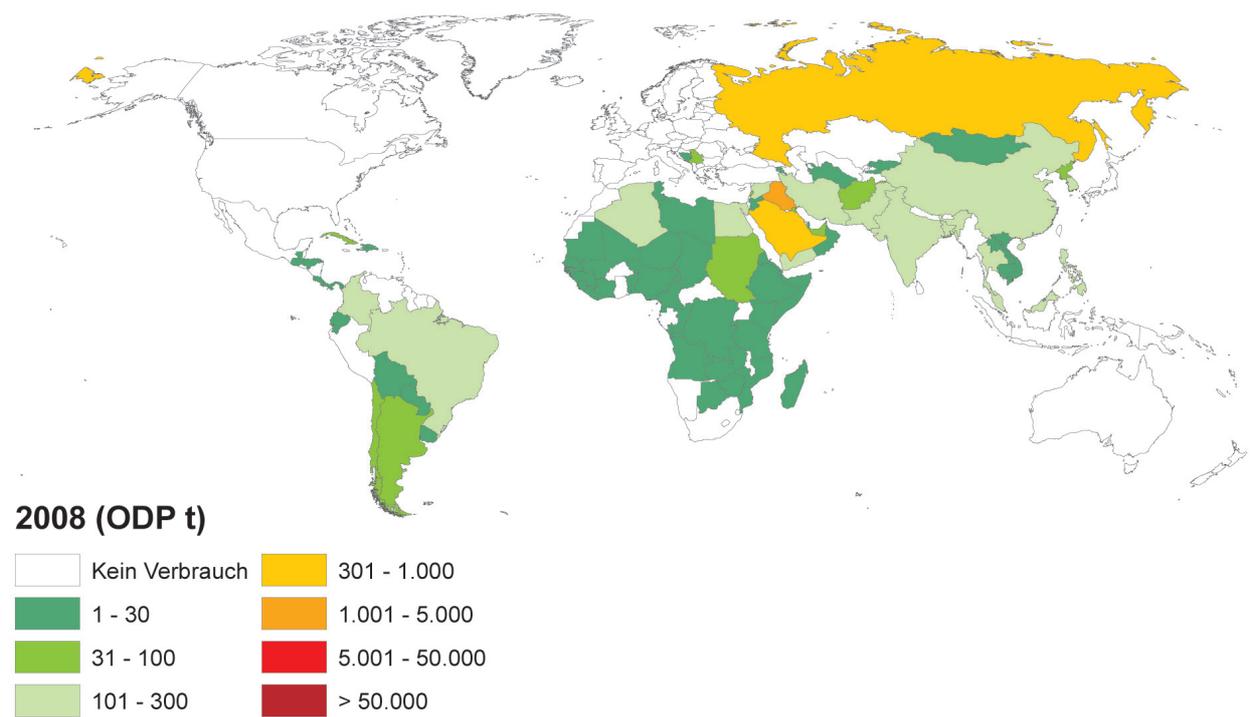
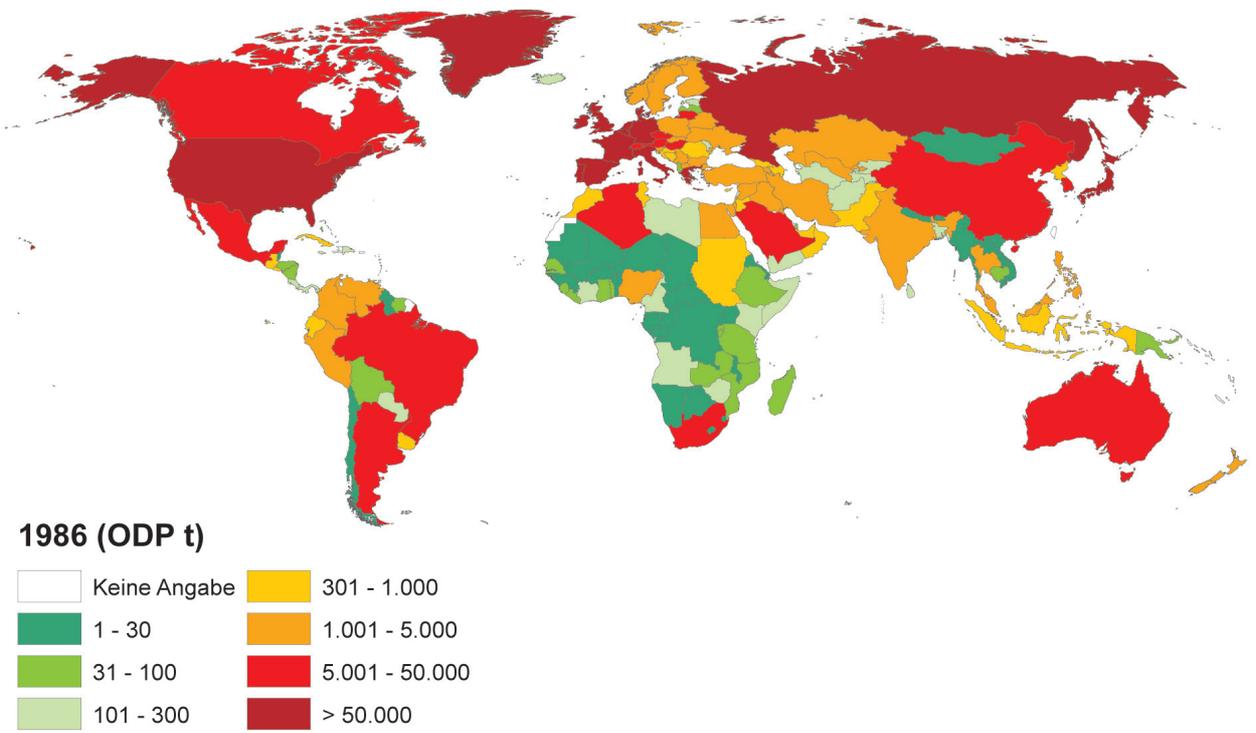
Das Protokoll von Montreal wurde 1987, nach dem ersten Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht in Wien 1985, zunächst von 46 Staaten unterzeichnet. Darin wurden Maßnahmen und Zeitpläne zur Reduzierung verschiedener FCKWs vereinbart. Das Montreal-Protokoll ist seit 1989 bindend für die Industriestaaten. Die obere Karte zeigt den Verbrauch (d.h. die Produktion und Importe abzüglich der Exporte und bereits vernichteter Bestände) von FCKWs im Jahr 1986 in ODP Tonnen (Gewicht * ODP²), bevor das Protokoll in Kraft trat. Bis auf einige afrikanische und asiatische Länder war hierbei ein weltweit hoher Verbrauch dieser Substanzen zu verzeichnen. Für die EU wurde ein einheitlicher Wert von rund 300 000 ODP t angegeben (vgl. UNEP 2007). Das komplette Verbot für die Produktion und den Verbrauch in Industrieländern gilt seit 1996, in der EU-12 bereits seit 1995. Dies beinhaltete auch die Vernichtung alter Bestände. Ausnahmen gelten für die Produktion und den Handel geringer Mengen für den Eigenbedarf und medizinische Zwecke (vgl. European Commission 2007).

Die untere Karte zeigt den FCKW-Verbrauch im Jahr 2008, der im Vergleich zu 1986 ein komplett anderes Bild darstellt. Demnach werden in Industrieländern bereits keine Schadstoffe mehr verwendet, während in den Entwicklungsländern zum Teil noch größere Mengen verbraucht werden. Für diese Länder wurden zur Ermöglichung des wirtschaftlichen Fortschritts im Artikel 5 des Protokolls andere Ziele und Fristen gesetzt. So sind das Abkommen und das Verbot für diese Länder erst seit Anfang 2010 bindend. Zur Umsetzung der Vertragspflichten in den Entwicklungsländern wurde 1991 ein multilateraler Fond, ver-

¹ Eine Dobson-Einheit entspricht einer Schichtdicke von 0,01 mm unter normalem Atmosphärendruck bzw. $2,7 \cdot 10^{16} \text{ O}_3/\text{cm}^2$ (vgl. NASA 2008).

² ODP = Ozone Depletion Potential. Dieses gibt das Ozonabbaupotential relativ zum Abbaupotential des FCKWs Trichlorfluormethan (R11) mit ODP = 1 an (vgl. UNDP 2007).

Abb. 1
FCKW-Verbrauch



Quelle: UNEP (2010).

waltet durch verschiedene Organisationen, eingerichtet (vgl. UNEP 2009).

Im Anschluss an die Verhandlungen in Montreal wurden eine Reihe zusätzlicher Vereinbarungen verabschiedet, da abzusehen war, dass die ursprünglichen Regelungen nicht ausreichen, um die Zerstörung der Ozonschicht aufzuhalten. So wurde der Zeitplan bis zum vollständigen Verbot der FCKWs während der Konferenzen von London, Kopenhagen, Wien, Montreal und Peking schrittweise verschärft. Infolge des Verbots wurde zudem verstärkt nach FCKW-Ersatzstoffen gesucht. Hier kamen in den neunziger Jahren zunächst halogenierte Fluorchlorkohlenwasserstoffe (H-FCKWs) zum Einsatz. In diesen wurden die Fluor- und Chloranteile teilweise durch Wasserstoff ersetzt. Dadurch werden diese Stoffe bereits in der Troposphäre abgebaut und besitzen daher nur ein geringes Ozonabbaupotential (vgl. Bayerisches Landesamt für Umwelt 2008). Allerdings stellen diese Stoffe (wie auch FCKWs) Treibhausgase mit einem Erwärmungspotential von bis zu 2 400 CO₂-Äquivalenten dar (vgl. EPA 2010). FCKWs spielen hierbei aufgrund der vereinbarten Reduktionen seit 1987 eine immer geringere Rolle, die verschiedenen Ersatzstoffe jedoch tragen zum Teil maßgeblich zur globalen Erwärmung bei. 1995 wurde in Wien daher der Abbau der H-FCKWs in das Montreal-Protokoll mit aufgenommen. Der Stufenplan sieht in den Industrieländern in Bezug auf den Verbrauch einen Ausstieg bis zum Jahr 2030 vor. Seit 2010 dürfen hier nur noch 35% der ursprünglichen Mengen verbraucht werden, ab 2015 nur noch 10% (vgl. ARAP 2007). In der EU sind die Regulierungen strikter festgelegt. Hier dürfen H-FCKWs bereits seit 2010 nicht mehr verbraucht werden, die Produktion soll bis 2014 um 80% gesenkt werden (vgl. ARAP 2007). Für die Entwicklungsländer ist hierbei wie auch bei den FCKWs ein längerfristiger Ausstieg vorgesehen. Ein vollständiges Verbot gilt hier erst ab 2040. Andere Ersatzstoffe wie z.B. chlorfreie FKWs (Fluorkohlenwasserstoffe) sind als besonders klimaschädliche Gase im Kyoto-Protokoll erfasst worden, über eine Aufnahme in das Montreal-Protokoll wird derzeit verhandelt (vgl. EIA 2009).

Ein unlängst erkanntes Problem stellt das Distickstoffoxid (Lachgas) dar, welches vorwiegend in der Landwirtschaft entsteht. Es ist im Kyoto-Protokoll als Treibhausgas festgelegt und wurde als eine weitere Substanz identifiziert, die Ozonmoleküle zerstören kann (vgl. Ravishankara et al. 2009). Obwohl Lachgas nur ein sehr geringes Ozonabbaupotential (ODP = 0,017) besitzt, kann es aufgrund der großen emittierten Mengen dennoch zum Abbau der Ozonschicht beitragen. Dieses Gas stellt damit seit dem Verbot der FCKWs das stärkste ozonschädliche Gas dar. Es wurde jedoch bisher noch nicht in das Montreal-Protokoll aufgenommen. Eine Reduzierung der Emissionen kann daher sowohl zum Klimaschutz als auch zum Erhalt der Ozonschicht beitragen (vgl. Ravishankara et al. 2009).

Obwohl der Prozess zum Abbau der FCKWs und ihrer Ersatzstoffe insgesamt als Erfolg gewertet werden kann, zeigen sich auch verschiedene Probleme. Zum einen sind die Schadstoffe trotz des Verbots vor allem in Entwicklungsländern noch in vielen alten Gebäuden und Geräten vorhanden und stellen somit ein Risiko dar (vgl. UNEP 2007). Zum anderen hat sich infolge des Verbots und verschiedener Gesetzeslücken im Abkommen ein Schwarzmarkt für FCKWs und deren Ersatzstoffe entwickelt, der nur schwer zu kontrollieren ist (vgl. European Commission 2007). Durch falsche Kennzeichnung der FCKWs als recycelte oder essentielle Produkte wurden in der Vergangenheit aus Ländern wie Indien oder China zum Teil große Mengen im Wert von 25 bis 60 Mill. US-Dollar (2006) in Industrieländer geschmuggelt (vgl. UNEP 2007). Nach dem Verbot der H-FCKWs in den Industrieländern wird sich der illegale Handel aus Entwicklungsländern auf diesem Gebiet noch verschärfen.

Die Auswirkungen des Ozonlochs werden in der Wissenschaft nicht ausschließlich als negativ angesehen. Inzwischen wurde nachgewiesen, dass das entstandene Ozonloch die Antarktis vor den Folgen des Klimawandels weitgehend bewahrt hat. Durch den Ozonverlust und die damit verbundene Abkühlung wurde das polare Windsystem verstärkt, welches die Antarktis klimatisch zusätzlich isolierte und zur Zunahme der Meereisbedeckung führte (vgl. AWI 2009).

Im Gegensatz dazu haben die Temperaturen auf der antarktischen Halbinsel im Westen, die außerhalb des polaren Luftwirbels liegt, in den letzten Jahren aufgrund veränderter Wind- und Meeresströmungen deutlich zugenommen. Dies führte zu einem Rückzug fast aller Gletscher in diesem Gebiet. Den neuesten Berechnungen zufolge nimmt die FCKW-Konzentration in der Stratosphäre langsam ab, so dass sich das Ozonloch voraussichtlich bis zum späten 21. Jahrhundert schließen wird (vgl. AWI 2009). Die Zunahme des Ozongehalts über der Antarktis könnte damit paradoxerweise die weitere Erwärmung dieses Gebietes begünstigen. Der weltweit hohe Ausstoß von Lachgas kann die Regeneration der Ozonschicht zwar einerseits verzögern, andererseits jedoch zur Klimaerwärmung beitragen, sofern hier nicht weitere Maßnahmen ergriffen werden (vgl. Ravishankara et al. 2009). Bei einer zusätzlichen Verdoppelung der derzeitigen Treibhausgaskonzentrationen wird von einer Erwärmung der Antarktis von bis zu 3°C ausgegangen. Aufgrund höherer Meerestemperaturen würde dies laut Hu und Fu (2009) zur Abschwächung des polaren Windgürtels beitragen und damit zu einer schnelleren Schließung des Ozonlochs sowie zu einer weiteren Erwärmung der Antarktis führen. Obwohl eine derartige Erwärmung nicht zum Abschmelzen der gesamten Antarktis führen wird, könnte allein die Westantarktis infolge höherer Luft- und Wassertemperaturen deutlich zum weltweiten Meeresspiegel-

anstieg beitragen (vgl. AWI 2009). Wie sich das Wechselspiel zwischen Ozonloch und Klimawandel in Zukunft tatsächlich verhalten wird, ist bisher jedoch noch unklar und wird von der Entwicklung der menschlichen Aktivitäten abhängen.

Literatur

- Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (2006), »Bestimmung der chemischen Ozonverluste in der arktischen Stratosphäre (Match)«, aufgerufen am 22. Juli 2010, <http://www.awi-potsdam.de/atmo/match/match-d.html>.
- Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (2009), »Antarktischer Klimawandel und die Umwelt«, aufgerufen am 26. Juli 2010, http://www.awi.de/fileadmin/user_upload/News/Press_Releases/2009/4_Quartal/Zusammenfassung.pdf.
- ARAP, Alliance for responsible atmospheric policy (2007), »Montreal Protocol HCFC phaseout schedule«, aufgerufen am 19. Juli 2010, <http://www.arap.org/regs/montreal.html>.
- Bayerisches Landesamt für Umwelt (2008), »FCKW und FCKW-Ersatzstoffe«, aufgerufen am 20. Juli 2010, www.fu.bayern.de/umweltwissen/doc/uw_22_fckw.pdf.
- EIA, Environmental Investigation Agency (2009), »A global hfc-phase-out: Essential action for the Montreal Protocol«, aufgerufen am 30. Juli 2010, <http://www.eia-international.org/files/reports/186-1.pdf>.
- EPA, Environmental Protection Agency (2010), »Class II Ozone-depleting substances«, aufgerufen am 27. Juli 2010, <http://www.epa.gov/ozone/science/ods/class2.html>.
- European Commission (2007), »The Montreal Protocol«, aufgerufen am 28. Juli 2010, http://ec.europa.eu/environment/ozone/pdf/montreal_prot.pdf.
- Farman, J.C., B.G. Gardiner und J.D. Shanklin (1985), »Large losses of total ozone in Antarctica reveal seasonal ClOx/NOx interaction«, *Nature* 315(6016), 207–210.
- Hu, Y. und Q. Fu (2009), »Antarctic stratospheric warming since 1979«, *Atmospheric Chemistry and Physics* 9, 1703–1726.
- Molina, M.J. und F.S. Rowland (1974), »Stratospheric sink for chlorofluoromethanes: chlorine atom-catalysed destruction of ozone«, *Nature* 249, 810–812.
- NASA (2008), »Ozone facts: What is a Dobson Unit?«, aufgerufen am 4. August 2010, <http://ozonewatch.gsfc.nasa.gov/facts/dobson.html>.
- Ravishankara, A.R., J.S. Daniel und R.W. Portmann (2009), »Nitrous Oxide (N₂O): The dominant ozone-depleting substance emitted in the 21st century«, *Science* 326(5949), 56–57.
- UNDP (2007), »Protecting the Ozone Layer«, aufgerufen am 20. Juli 2010, http://www.undp.org/chemicals/documents/MontrealProtocol_WEB.pdf.
- UNEP (2007), »Vital Ozone Graphics«, aufgerufen am 22. Juli 2010, http://www.grida.no/_res/site/file/publications/vitalozone.pdf.
- UNEP (2009), »Handbook for the Montreal Protocol on Substances that deplete the Ozone layer«, aufgerufen am 20. Juli 2010, http://ozone.unep.org/Publications/MP_Handbook/MP-Handbook-2009.pdf.
- UNEP (2010), »Ozone Secretariat. Data access centre«, aufgerufen am 20. Juli 2010, http://ozone.unep.org/Data_Reporting/.

A joint initiative of Ludwig-Maximilians-Universität and the Ifo Institute for Economic Research



Forum

AUGUST
2010

VOLUME 11

SPECIAL ISSUE

RESCUING EUROPE

Hans-Werner Sinn

A large, light-colored topographic map of Europe serves as the background for the central text. The map shows the continent's terrain, including mountain ranges and coastlines.

ifo Institut für Wirtschaftsforschung

im Internet:

<http://www.cesifo-group.de>

